Stand: 18.05.2024 17:12:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1391

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/1391 vom 19.05.2009
2. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 27.05.2009
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/1831 des HA vom 14.07.2009
4. Beschluss des Plenums 16/1866 vom 15.07.2009
5. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 15.07.2009
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.07.2009

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes

A) Problem

Die Bayerische Landesbank geriet im Zuge der internationalen Finanzmarktkrise im vierten Quartal 2008 in eine schwerwiegende und sich rapide verschlimmernde Krise. Sie wurde daraufhin durch verschiedene Kapitalmaßnahmen im Umfang von insgesamt 10 Mrd. Euro durch den Freistaat Bayern stabilisiert. Außerdem wurde sie vor Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) in Höhe von bis zu 4,8 Mrd. Euro abgesichert.

Die Bayerischen Sparkassen haben sich an der Rekapitalisierung und der Abschirmung nicht beteiligt. Dadurch wird der Freistaat Bayern überwiegender Mehrheitsaktionär an der BayernLB Holding AG, über die die Beteiligung an der Bayerischen Landesbank gehalten wird.

Die Bayerische Landesbank steht nun vor großen Herausforderungen. Im Rahmen der Umstrukturierung der Bank gilt es, die Bank neu aufzustellen und ein Geschäftsmodell zu entwickeln, mit dem die Bank im Wettbewerb bestehen kann.

In Folge dieser Ereignisse ergibt sich für das Bayerische Landesbankgesetz insbesondere folgender Änderungsbedarf:

1. Gremienzusammensetzung

Die bisherigen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Gremien der Bayerischen Landesbank (Verwaltungsrat, Generalversammlung) gehen von einer paritätischen Beteiligung des Freistaats Bayern und des Sparkassenverbands an der Bank aus. Die Bestimmungen passen somit nicht mehr zu den aktuellen Beteiligungsverhältnissen. Außerdem sieht das Gesetz bislang keinen Vertreter der Beschäftigten der Bank im Verwaltungsrat vor, so dass deren Belange gerade vor dem Hintergrund der Umstrukturierungen und Kosteneinsparungen nicht vertreten sind. Schließlich ist derzeit die Hereinnahme externen Sachverständigen in den Verwaltungsrat nicht vorgesehen.

2. Erweiterung der Strukturmöglichkeiten der Bayerischen Landesbank

Der nationale und internationale Bankenmarkt befindet sich in einem grundlegenden Umbruch. Die aktuelle Finanzmarktkrise beschleunigt diesen Prozess massiv. Banken stellen sich neu auf, trennen sich von Geschäftsfeldern, erwerben neue hinzu oder gehen Verbindungen mit anderen Kreditinstituten ein. Nicht zuletzt aufgrund der von der Europäischen Kommission geforderten aber auch betriebswirtschaftlich notwendigen Umstrukturierung wird sich auch die Bayerische Landesbank neu positionieren und insofern an dieser Neuordnung im Bankenmarkt teilnehmen. Als Anstalt des öffentlichen Rechts verfügen sie bzw. ihre Anteilseigner jedoch derzeit nur sehr eingeschränkt über die rechtlichen Instrumente des Umwandlungsrechts, um auf diese Entwicklungen zeitnah und flexibel reagieren zu können.

3. *Beschreibung der Aufgaben der Bayerischen Landesbank*

Die Aufgabenbeschreibung in Art. 2 des Bayerischen Landesbankgesetzes bringt den öffentlichen Auftrag der Bank nicht hinreichend präzise und bisher nur einen Teilbereich zum Ausdruck. Nicht zuletzt der Wegfall der staatlichen Haftungsprivilegien Anstaltslast und Gewährträgerhaftung hat außerdem deutlich gemacht, dass sie ihren öffentlichen Auftrag als eine im internationalen Wettbewerb stehende Geschäftsbank zu erfüllen hat. Dieser für die Bank fundamentale Umstand sollte auch im Gesetz nachvollzogen werden. Nicht zuletzt die politischen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Engagement der Bayerischen Landesbank in strukturierte ABS-Wertpapiere haben schließlich gezeigt, dass eine Neufassung und Präzisierung der Aufgabenbeschreibung sinnvoll ist.

B) Lösung

Wesentliches Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die Gremienzusammensetzung der Bank neu zu regeln. Außerdem soll das Instrumentarium des Umwandlungsrechts auch für die Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts nutzbar gemacht werden, um die Bank im Rahmen der anstehenden Umstrukturierung und Neuordnung des Bankenmarkts flexibel und optimal aufstellen zu können. Schließlich wird die Aufgabenbeschreibung in Art. 2 BayLBG überarbeitet.

Zu 1.)

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Bank wird grundlegend neu geregelt. Die Änderung der Beteiligungsverhältnisse wird in der Weise nachvollzogen, dass der Freistaat Bayern zukünftig über die Mehrheit in diesem Gremium verfügen kann. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des erheblichen finanziellen Engagements des Staates in der schwierigen Phase der Umstrukturierung erforderlich. Zusätzlich ist auch die Aufnahme sog. externer, d.h. nicht dem Freistaat Bayern bzw. der Sparkassenorganisation zuzurechnender Vertreter in den Verwaltungsrat vorgesehen. Schließlich soll auch die Interessenvertretung der Belegschaft der Bank durch einen verbindlichen Sitz im Verwaltungsrat institutionalisiert werden. Im Interesse der Effizienz des Gremiums wird eine zu große Erweiterung vermieden, indem die staatlichen Vertreter ein doppeltes Stimmrecht erhalten statt zusätzliche staatliche Vertreter zu entsenden.

Zu 2.)

Gemäß § 1 Abs. 2 des Umwandelungsgesetzes sind Umwandlungen einer landesrechtlichen Anstalt des öffentlichen Rechts nur möglich, wenn dies durch ein Landesgesetz ausdrücklich vorgesehen ist. Das Bayerische Landesbankgesetz ermöglicht dies jedoch bislang nur für Umwandlungen der selbstständigen Anstalten Bayerische Landesbausparkasse und Bayerische Landesbodenkreditanstalt. Umwandlungsmöglichkeiten bieten insbesondere den Vorteil, dass sie durch die gesetzlich angeordnete Gesamtrechtsnachfolge Umstrukturierungsmaßnahmen wesentlich erleichtern können. Auch kann dadurch für den Freistaat Bayern die Palette der strategischen Optionen in rechtlicher Sicht erweitert werden. Im Sinne einer größtmöglichen Flexibilisierung soll die Bank zukünftig deshalb das Instrumentarium des Umwandlungsrechts, wie es juristischen Personen des Privatrechts bereits zur Verfügung steht, nutzen können. Hierzu zählen die Möglichkeiten der Verschmelzung (Fusion), der Spaltung (Abspaltung und Ausgliederung), der Vermögensübertragung sowie des Rechtsformwechsels.

Zu 3.)

Die Aufgabenbeschreibung der Bayerischen Landesbank wird neu gefasst. Einerseits wird insbesondere die ordnungspolitische Funktion der Bank in Bayern als Kern des öffentlichen Auftrags der Bank ausdrücklich erwähnt und damit stärker als bisher betont. Andererseits wird klargestellt, dass es sich bei der Bayerischen Landesbank zugleich um eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank handelt. Als wesentliche Teile ihres künftigen Geschäftsmodells werden außerdem exemplarisch ihre Rolle als Staats-, Kommunal- und Sparkassenzentralbank erwähnt. Eine Fixierung eines bestimmten Geschäftsmodells wird damit nicht bezweckt noch erscheint dies sinnvoll oder möglich. Gerade weil die Bayerische Landesbank eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank ist, muss sie aus wirtschaftlichen Gründen in der Lage sein, laufend ihr Geschäftsmodell den sich wechselnden Anforderungen des Marktes anzupassen und insoweit über die notwendige Flexibilität verfügen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten**– Für den Staat und die Kommunen:**

Keine

– Für Wirtschaft und Bürger:

Keine

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes

§ 1

Das Gesetz über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762-6-F), zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender Art. 1a eingefügt:

„Art. 1a Umwandlung

(1) ¹Die Bank kann nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften an einer Vereinigung, Spaltung (Ausgliederung, Abspaltung), Vermögensübertragung und einem Rechtsformwechsel beteiligt sein. ²Sie kann durch Beschluss der Generalversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde

1. mit anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder sonstigen Rechtsträgern durch Verschmelzungsvertrag im Weg der Übertragung ihres Vermögens auf den anderen Rechtsträger oder der Neugründung unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge verschmolzen werden;
2. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Spaltungs- und Übernahmevertrag ganz oder zum Teil auf andere bestehende oder dadurch gegründete Rechtsträger unter eigener oder unter Beteiligung der Träger der Bank an diesem Rechtsträger übertragen; wird eine unselbständige Anstalt der Bank ausgegliedert oder abgespalten, kann an die Stelle der Übertragung auf einen neu gegründeten übernehmenden Rechtsträger die rechtliche Vonselbständigung der unselbständigen Anstalt unter Beteiligung der Bank, der Träger oder mittelbaren Träger der Bank an der vonselbständigten Anstalt treten;
3. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Übertragungsvertrag auf andere bestehende Rechtsträger gegen Gewährung einer Gegenleistung an die Bank oder die Träger der Bank, die nicht in einer Beteiligung besteht, übertragen;

4. durch Formwechsel in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden; die Generalversammlung stellt die Satzung der Aktiengesellschaft fest; eine notarielle Beurkundung ist nicht erforderlich; die Träger der Bank gelten als Gründer der Aktiengesellschaft und erhalten die Aktien entsprechend ihrem Anteil am Grundkapital der Bank;

5. als übernehmender Rechtsträger an Verschmelzungen, Spaltungen oder Vermögensübertragungen beteiligt sein.

(2) ¹Bei einer Umwandlung nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 sind bestehende Rechte der Gläubiger der Bank zu wahren. ²Die Gewährträgerhaftung nach Art. 4 und 22 gilt fort. ³Das Nähere über die Umwandlung regelt die Satzung der Bank.

(3) ¹Wird die Bank nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 als übertragender Rechtsträger mit einem anderen Rechtsträger verschmolzen oder überträgt sie nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 oder 3 eine rechtlich unselbständige Anstalt auf einen anderen Rechtsträger, geht die Trägerstellung der Bank an der unselbständigen Anstalt auf den übernehmenden Rechtsträger über. ²Ist der übernehmende Rechtsträger eine juristische Person des Privatrechts, wird dieser mit der Trägerschaft an der unselbständigen Anstalt beliehen. ³Im Fall des Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 wird die Bank mit Wirksamwerden eines Formwechsels mit der Trägerschaft an ihren rechtlich unselbständigen Anstalten beliehen. ⁴Die Anstalten unterliegen der Rechtsaufsicht entsprechend Art. 17 Abs. 1 und 2. ⁵Der beliebige Träger unterliegt hinsichtlich der Beachtung des öffentlichen Auftrags der Anstalten der Fachaufsicht der Aufsichtsbehörde gemäß Art. 17 Abs. 1 Satz 1; sie kann ihm insoweit Weisungen erteilen.

(4) ¹Im Rahmen von Umwandlungsvorgängen nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2 kann die Bank zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte auch rechtlich selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts als übernehmende Rechtsträger errichten oder ihre unselbständigen Anstalten vonselbständigen. ²Diese selbständigen Anstalten haben einen Vorstand, dem die Geschäftsführung der Anstalten obliegt, und einen Verwaltungsrat. ³Weitere Einzelheiten über die Aufgaben, Befugnisse, Vertretung und Rechtsverhältnisse dieser Anstalten sowie über die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse ihrer Gremien werden in einem von der Bank zu erlassenden Statut bestimmt, soweit dieses Gesetz keine Regelung trifft. ⁴Art. 17 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. ⁵Geht die Trägerschaft an diesen Anstalten nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 auf eine juristische Person des Privatrechts über, wird diese mit der Trägerschaft an der übernehmenden Anstalt beliehen. ⁶Abs. 3 Satz 5 gilt entsprechend.

- (5) Umwandlungen nach Abs. 1 sind Umwandlungen im Sinn des Umwandlungsgesetzes, auf die dessen Vorschriften entsprechend anzuwenden sind, soweit dieses Gesetz, die Satzung der Bank oder ein Staatsvertrag nicht etwas anderes bestimmen.
- (6) Bei Umwandlungen nach Abs. 1 ist das besondere Interesse der Träger, im Fall der Beleihung der mittelbaren Träger an der Aufgabenerfüllung der unselbständigen Anstalten zu berücksichtigen.“
3. Art. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
- „(1) ¹Die Bank hat insbesondere die Aufgabe, in Bayern durch ihre Geschäftstätigkeit unter Beachtung der Markt- und Wettbewerbsanforderungen den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. ²Sie ist eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert.
- (2) ¹Die Bank unterstützt durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben. ²Sie ist Sparkassenzentralbank und betreibt ihre Geschäfte insoweit unter Berücksichtigung der Belange der Sparkassen. ³Sie ist auch Kommunalbank und übernimmt für den Freistaat Bayern die Funktion einer Hausbank.“
- b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:
- „(4) Die Bank kann zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte insbesondere
1. Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen ausgeben und sonstige Schuldbuchforderungen begründen,
 2. Unternehmen oder Beteiligungen daran erwerben oder veräußern,
 3. sich an Verbänden beteiligen,
 4. Gesellschaften gründen,
 5. rechtlich unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts innerhalb der Bank errichten,
 6. die Trägerschaft an anderen Anstalten des öffentlichen Rechts ganz oder zum Teil durch Vertrag übernehmen; dies gilt nicht für Sparkassen.“
4. Art. 3 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:
- „⁴Die Anteilsinhaber des beliebigen Trägers sind mittelbare Träger der Bank (mittelbare Träger).“
- bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.
- b) In Abs. 2 Nr. 5 werden die Worte „und die Generalversammlung“ gestrichen.
5. In Art. 4 Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „ihren“ die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden“ eingefügt.
6. Art. 8 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) ¹Der Verwaltungsrat besteht vorbehaltlich der Regelung in Abs. 3 aus elf Mitgliedern. ²Er setzt sich zusammen aus
1. dem Staatsminister der Finanzen,
 2. dem Staatsminister des Innern,
 3. dem Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie,
 4. einem weiteren Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen,
 5. einem Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse,
 6. einem Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände,
 7. einem Vertreter der Personalvertretung der Bayerischen Landesbank,
 8. vier weiteren externen Mitgliedern, die vom Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bestellt werden.
- ³Für jedes Verwaltungsratsmitglied können bis zu zwei Stellvertreter bestellt werden. ⁴Die Mitglieder gemäß Nrn. 5 und 6 werden vom Sparkassenverband Bayern, das Mitglied gemäß Nr. 7 wird von der Personalvertretung der Bank bestellt.“
- b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:
- „(4) Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Staatsminister der Finanzen.“
- c) Abs. 5 Satz 3 wird aufgehoben.
- d) Abs. 6 erhält folgende Fassung:
- „(6) Die Mitglieder gemäß Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 verfügen über ein doppeltes Stimmrecht, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.“
- e) Es werden folgende Abs. 7 und 8 angefügt:
- „(7) Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats muss über Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen.
- (8) Das Nähere über Zusammensetzung, Aufgaben, Geschäftsgang und sonstige Rechtsverhältnisse des Verwaltungsrats regelt die Satzung.“

7. Art. 10 erhält folgende Fassung:

**„Art. 10
Generalversammlung**

(1) ¹Die Träger bzw. im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 die mittelbaren Träger üben ihre Rechte in Bezug auf die Bank in der Generalversammlung aus. ²Die Generalversammlung beschließt insbesondere über die Satzung der Bank.

(2) ¹Die Träger entsenden jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung. ²Im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 entsenden die mittelbaren Träger an Stelle des beleihenden Trägers jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung.

(3) ¹Das Stimmrecht wird entsprechend dem Anteil der Träger am Grundkapital der Bank einheitlich durch jeweils einen Vertreter des jeweiligen Trägers (Stimmführer) ausgeübt. ²Im Fall der Beleihung richtet sich das Stimmrecht der Stimmführer der mittelbaren Träger nach ihrem mittelbaren Kapitalanteil an der Bank.

(4) Das Nähere regelt die Satzung.“

8. Art. 21 Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden und bis zu sechs weiteren Mitgliedern, die auf Vorschlag des Staatsministers des Innern berufen werden. ³Den Vorsitz führt der Staatsminister des Innern oder ein von ihm benannter Vertreter.“

9. Art. 22 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die Haftung des Sparkassenverbands Bayern entfällt für zukünftig begründete Verbindlichkeiten, sobald der Sparkassenverband Bayern nicht mehr unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Landesbodenkreditanstalt beteiligt ist.“

b) In Abs. 3 wird das Wort „Kapitalanteilen“ durch die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden unmittelbaren oder mittelbaren Anteilen am Kapital der Landesbodenkreditanstalt“ ersetzt.

§ 2

Art. 24 des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen - Sparkassengesetz – SpkG - (BayRS 2025-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 461), wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 wird aufgehoben.

2. Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

A. Allgemeiner Teil

Die internationalen Finanzmärkte befinden sich seit Mitte des Jahres 2007 in der Krise. Ausgehend von den Problemen auf dem US-Hypothekenmarkt hat sich die Krise seitdem weltweit ausgebreitet und insbesondere mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 zu einer massiven System- und Vertrauenskrise zugespitzt. Den erheblichen Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten konnte sich auch die Bayerische Landesbank nicht entziehen. So musste die Bayerische Landesbank infolge dieser Ereignisse insbesondere im vierten Quartal 2008 erhebliche Belastungen hinnehmen und geriet so in eine schwerwiegende und sich rapide verschlechternde Krise.

Vor dem Hintergrund ihrer Systemrelevanz für das gesamte Bankensystem in Deutschland und Europa sowie der nachlaufenden Gewährträgerhaftung für bis zum 18.07.2005 begründete Verbindlichkeiten hat sich der Freistaat Bayern entschlossen, die Bank mit einer Kapitalzufuhr in Höhe von 10 Mrd. Euro zu stabilisieren und vor weiteren Verlustrisiken aus dem ABS-Portfolio in Höhe von bis zu 4,8 Mrd. Euro abzuschirmen. Die Bayerischen Sparkassen haben sich an den Kapitalmaßnahmen sowie der Abschirmung nicht beteiligt. Die allein durch den Freistaat durchgeführten Stabilisierungsmaßnahmen haben deshalb zu einer deutlichen Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse an der Bayerischen Landesbank geführt.

Aufgrund der damit einhergehenden Vorgaben der Europäischen Kommission aber auch aufgrund betriebswirtschaftlicher Notwendigkeiten stehen bei der Bayerischen Landesbank nun eine tiefgreifende Umstrukturierung und eine Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Bank an. Hierzu gehören eine Redimensionierung der Bank und ein weitgehender Rückzug aus Auslandsaktivitäten. Ziel ist es, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zu überwinden und die Bank zukunftsfähig zu machen.

Das Bayerische Landesbankgesetz regelt die Aufgaben, die innere Struktur und Willensbildung sowie den für die Tätigkeit der Bank maßgeblichen Rechtsrahmen. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die notwendigen Anpassungen des Gesetzes vor dem Hintergrund der skizzierten Situation vorzunehmen.

Dies betrifft zum einen die Neuregelung der Zusammensetzung der Gremien. Ausgehend von der im Jahr 2002 durchgeführten Gremienreform werden die internen Strukturen konsequent weiterentwickelt. Durch die damalige deutliche Verkleinerung des Gremiums konnten Effizienz und Sitzungsturnus deutlich verbessert werden. Die Reduzierung der Sitze des Sparkassenverbands Bayern im Rahmen der Anpassung an die geänderten Beteiligungsverhältnisse soll nun dazu genutzt werden, den Verwaltungsrat auch für externe Mitglieder zu öffnen, ohne dabei die Effizienz des Gremiums zu gefährden. Durch die Heranziehung von Fachleuten aus Wirtschaft und Wissenschaft können außerdem die beabsichtigte stärkere Kundenfokussierung der Bayerischen Landesbank unterstützt und gleichzeitig externer Sachverstand zur Restrukturierung der Bank eingebracht werden. Dabei gilt es, auch die Interessen der Belegschaft der Bayerischen Landesbank ausreichend zu berücksichtigen. Aus diesem Grund soll die Personalvertretung der Bayerischen Landesbank zukünftig auch auf eigener gesetzlicher Grundlage einen Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden.

Darüber hinaus soll das Instrumentarium des Umwandlungsrechts in das Landesbankgesetz integriert werden. Im Gegensatz zu ihren privatrechtlich organisierten Wettbewerbern kann die Bayerische Landesbank als Anstalt des öffentlichen Rechts diese rechtlichen Möglichkeiten derzeit nicht nutzen. Bislang waren lediglich be-

stimmte Umwandlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den beiden unselbständigen Anstalten der Bank möglich. Dies erweist sich jedoch vor dem Hintergrund der anstehenden Restrukturierung als Nachteil. So ist es z.B. denkbar, dass sich die Bayerische Landesbank im Rahmen der Redimensionierung auch von Geschäftsaktivitäten trennen oder andere Geschäftsfelder an einer Stelle innerhalb des Konzerns bündeln will, weil dies betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Hier könnte die Möglichkeit der Abspaltung, Ausgliederung oder Vermögensübertragung unter Gesamtrechtsnachfolge hilfreich sein. Darüber hinaus liegt es auch im Vermögensinteresse des Freistaats, auf sich in der Zukunft bietende strategische Optionen rasch und flexibel reagieren zu können. Aus diesem Grund soll auch die Verschmelzung oder der Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft als zusätzliche Option zur materiellen Privatisierung ermöglicht werden. Derzeit ist noch nicht absehbar, welche konkreten strategischen Optionen sich für den Freistaat Bayern bieten und welche sich als am günstigsten erweisen wird. Im Sinne einer größtmöglichen Flexibilisierung sollen jedoch bereits jetzt die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die Beschreibung der Aufgaben der Bank in Art. 2 BayLBG ist seit ihrer Gründung im Jahr 1972 – von geringfügigen Ergänzungen abgesehen – weitgehend unverändert geblieben. Die Aufgaben der Bank als Sparkassenzentralbank, Kommunalbank und Staatsbank im Sinne einer Hausbank des Freistaats Bayern sind gleichwohl auch heute noch aktuell und gültig. Allerdings ist festzustellen, dass sich sowohl die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, aber auch die Bank selbst seitdem grundlegend verändert und weiterentwickelt haben. Auch hat das Engagement der Bank in ABS-Wertpapieren im vergangenen Jahr zu einer Debatte über den öffentlichen Auftrag der Bank geführt. Vor diesem Hintergrund soll die ordnungspolitische Funktion der Bank als Teil ihres öffentlichen Auftrags gesetzlich präzisiert werden. Auf der anderen Seite war die Bayerische Landesbank schon bei Ihrer Gründung als im Wettbewerb stehende Geschäftsbank angelegt, ohne dass dies im Gesetzestext explizit zum Ausdruck kam. Spätestens der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung hat diesen Charakter der Bank aber noch deutlicher gemacht, so dass eine gesetzliche Klarstellung angezeigt erscheint.

B. Zwingende Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung

Eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts kann nach allgemeinen öffentlich-rechtlichen Grundsätzen nur durch oder aufgrund eines Gesetzes geschaffen werden. Rechtsgrundlage der Bayerischen Landesbank ist das Gesetz über die Bayerische Landesbank.

Das Bayerische Landesbankgesetz regelt die Aufgaben, die Struktur und Zusammensetzung der Organe sowie den im Übrigen für die Bank maßgeblichen Rechtsrahmen. Außerdem sind Umwandlungen bei Anstalten des öffentlichen Rechts nur möglich, wenn sie ausdrücklich gesetzlich vorgesehen sind, vgl. § 1 Abs. 2 und § 301 Abs. 2 UmwG.

Die geschilderten Ziele können deshalb nur durch eine gesetzliche Regelung erreicht werden.

C. Einzelbegründung

§ 1

Zu 1.:

Art. 1 Abs. 3 BayLBG regelt bisher bestimmte Umwandlungsmöglichkeiten in Bezug auf die rechtlich unselbständigen Anstalten der Bank. Diese Beschränkung auf die Bayerische Landesbau-

sparkasse und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt soll künftig aufgehoben werden. Stattdessen soll in dem neuen Art. 1a BayLBG generell das Instrumentarium des Umwandlungsrechts in einem eigenständigen Artikel in das Landesbankgesetz integriert werden. Der bisherige Art. 1 Abs. 3 BayLBG kann deshalb entfallen.

Zu 2.:

Der neue Artikel 1a integriert das bekannte Instrumentarium des Umwandlungsrechts in das Landesbankgesetz. Gemäß § 1 Abs. 2 UmwG ist das Umwandelgesetz bislang nicht auf die Bayerische Landesbank als Anstalt des öffentlichen Rechts anwendbar. Demnach ist eine Umwandlung außer in den im UmwG geregelten Fällen nur möglich, wenn sie durch ein Bundes- oder Landesgesetz ausdrücklich vorgesehen ist. Bislang hat das BayLBG lediglich die Ausgliederung und Abspaltung der rechtlich unselbständigen Anstalten sowie die Verschmelzung der Bayerischen Landesbausparkasse in Art. 1 Abs. 3 ermöglicht. Andere Umwandlungen sind nicht zulässig.

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Umstrukturierung stellt dies für die Bayerische Landesbank einen nicht unerheblichen Nachteil dar. Verschmelzung, Rechtsformwechsel und insbesondere Spaltungsvorgänge können die Umstrukturierung von Rechtsträgern wesentlich erleichtern. Zum einen wird eine aufwendige Einzelrechtsübertragung sämtlicher Wirtschaftsgüter eines Unternehmens entbehrlich; es gilt der Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge. Zum anderen können Umstrukturierungen ohne Zustimmung der Gläubiger erfolgen. An dessen Stelle tritt eine gesamtschuldnerische Nachhaftung des übertragenden Rechtsträgers. Das Umwandlungsrecht ist deshalb bei privatrechtlich organisierten Unternehmen ein bewährtes und oft genutztes Instrument, um eine betriebswirtschaftlich notwendige Neuausrichtung von Unternehmen flexibel und rasch umsetzen zu können. Darüber hinaus werden mit dem Instrumentarium des Umwandlungsrechts auch die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um ggf. sich in der Zukunft bietende Optionen zügig wahrnehmen zu können. Hierzu zählen Fusionen ebenso wie eine mittelfristig mögliche Privatisierung der BayernLB. Konkrete Pläne hierzu gibt es derzeit nicht.

Art. 1a Abs. 1 Satz 1 enthält zunächst die Grundaussage, dass die Bank an einer Verschmelzung, Ausgliederung, Abspaltung, Vermögensübertragung oder einem Rechtsformwechsel beteiligt sein kann. Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines derartigen Instruments ist ein entsprechender Beschluss der Generalversammlung und andererseits die Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Damit bleiben sämtliche Maßnahmen in der Entscheidungshoheit der Eigentümer sowie unter rechtlicher Kontrolle der Aufsicht.

Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 regelt den Fall der Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger.

Unter dieser Vorschrift wäre z.B. eine Fusion mit einer anderen Bank möglich. In diesem Fall oder bei Maßnahmen mit vergleichbarer Tragweite und Bedeutung wird unabhängig davon zusätzlich der Landtag eingebunden werden. Eine Landesbankfusion würde voraussichtlich ohnehin eines vom Landtag zu billigenden Staatsvertrags bedürfen. Die Bayerische Landesbank könnte bei einer Verschmelzung sowohl in einer anderen Bank aufgehen oder (in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2 Nr. 5) selbst eine andere Bank aufnehmen; auch die Schaffung eines neuen Rechtsträgers ist möglich. Eine Verschmelzung mit der BayernLB Holding AG wird ebenfalls ermöglicht. Die Vorschrift dient also insbesondere dazu, die strategischen Handlungsmöglichkeiten der Eigentümer zu erweitern.

Durch Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 werden Spaltungsvorgänge ermöglicht. Darunter fällt nach der Fassung des Gesetzentwurfs die Abspaltung oder Ausgliederung von Vermögensteilen der Bank.

Bei der Abspaltung gehen dabei Vermögensteile auf den übernehmenden Rechtsträger über, wobei der Träger der Bank als Gegenleistung eine Beteiligung am übernehmenden Rechtsträger erhält. Der übernehmende Rechtsträger wird damit zur „Schwester“ der Bayerischen Landesbank.

Bei der Ausgliederung können ebenfalls Vermögensteile auf einen übernehmenden Rechtsträger mit Gesamtrechtsnachfolge übertragen werden. Im Unterschied zur Abspaltung erhält hier die Bank selbst eine entsprechende Beteiligung am übernehmenden Rechtsträger. Der übernehmende Rechtsträger wird damit zur „Tochter“ der Bank.

Unter dem Begriff der Beteiligung ist dabei auch die Trägerschaft zu verstehen, wenn eine Anstalt des öffentlichen Rechts abgespalten oder ausgegliedert oder eine unselbständige Anstalt verselbständigt wird.

Beispielhaft lassen sich auf dieser Grundlage die unselbständigen Anstalten zu Schwester- oder Tochterunternehmen der Bank abspalten oder ausgliedern. Im Rahmen der Umstrukturierung könnten außerdem bestimmte Unternehmensteile vereinfacht innerhalb des BayernLB-Konzerns an einer Stelle gebündelt werden, sofern dies betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint. Schließlich können auf diesem Weg auch nicht dem Kerngeschäft der Bayerischen Landesbank zuzurechnende Engagements oder nicht strategische Geschäftsfelder separiert werden.

Im Fall einer beabsichtigten Abspaltung oder Ausgliederung der unselbständigen Anstalten besteht außerdem die Option, diese unselbständigen Anstalten zu verselbständigen und als Tochter- oder Schwesterunternehmen der Bank fortzuführen. Eine rechtstechnisch komplizierte Neugründung der Bayerischen Landesbausparkasse oder Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zur Aufnahme der „alten LBS Bayern“ bzw. der „alten BayernLabo“ wird dadurch entbehrlich und der Umwandlungsvorgang insgesamt vereinfacht. Die Trägerschaft an den verselbständigten Anstalten kann dabei entweder auf die Bank (Fall der Ausgliederung) oder den Träger oder die mittelbaren Träger der Bank (Fall der Abspaltung) übergehen.

Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 regelt die Vermögensübertragung. Dabei können Vermögensteile wie bei der Spaltung unter Gesamtrechtsnachfolge auf einen übernehmenden Rechtsträger übertragen werden. Im Unterschied dazu muss die Gegenleistung jedoch nicht in einer Beteiligung am neuen Rechtsträgers bestehen, sondern kann auch in Geld erfolgen. Dies kann z.B. dann sinnvoll sein, wenn sich die Eigentümer von bestimmten Vermögensteilen endgültig trennen wollen (z.B. Veräußerung an Dritte). Beispielhaft wäre auf dieser Grundlage etwa die Übertragung der LBS als unselbständige Anstalt allein auf die Sparkassenverband Bayern (d.h. ohne Beteiligung des Staates über die BayernLB Holding AG) rechtlich möglich, wenn dies auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beabsichtigt ist.

Nr. 4 ermöglicht den Wechsel der Landesbank von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft. Mit diesem Schritt könnte z.B. ein (Teil-) Börsengang der Bank ermöglicht und damit eine weitere Ausstiegsmöglichkeit des Freistaats geschaffen werden.

Nr. 5 ermöglicht schließlich, die Bank als übernehmender Rechtsträger an Umwandlungsvorgängen eines anderen Unternehmens zu beteiligen, unabhängig davon ob dies auf Grundlage des Umwandlungsgesetzes oder einer anderen gesetzlichen Regelung erfolgt. So könnte z.B. ein Unternehmensteil eines anderen Unter-

nehmens auf die Bank als aufnehmender Rechtsträger unter Gesamtrechtsnachfolge abgespalten werden.

Abs. 2 Satz 1 schreibt zunächst verbindlich vor (siehe auch bisherigen Art. 1 Abs. 3 Nr. 1 Satz 4), dass bestehende Rechte von Gläubigern gewahrt werden müssen. Dies ist notwendige Kompensation dafür, dass die genannten Umwandlungsvorgänge keiner Zustimmung der Gläubiger bedürfen. Deren Interessen können jedoch durch Umwandlungen berührt sein, z.B. wenn im Fall einer Abspaltung die Haftungsmasse verringert wird. Es wird (wie bisher bereits im alten Art. 1 Abs. 3 BayLBG) klargestellt, dass im Außenverhältnis die Gewährträgerhaftung gemäß Art. 4 und Art. 22 BayLBG bestehen bleibt. Die Rechte der Gläubiger aus der Gewährträgerhaftung werden durch die Übertragung von Verbindlichkeiten im Rahmen von Umwandlungsvorgängen oder durch die Verselbständigung der unselbständigen Anstalten in keinem Fall beeinträchtigt.

Abs. 3 dient folgendem Zweck: Die unter Abs. 1 ermöglichten Umwandlungsvorgänge können Rückwirkungen auf die unselbständigen Anstalten der Bank haben. Bislang ist die Bank selbst Trägerin dieser unselbständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Sofern die Anstalten jedoch abgespalten, ausgegliedert oder durch Verschmelzung in sonstiger Weise auf einen anderen Rechtsträger übergehen, so geht gemäß Abs. 3 Satz 1 die Trägerschaft an den Anstalten auf den neuen Rechtsträger über. Sofern es sich hierbei um einen privaten Rechtsträger handelt, kann dieser nicht ohne Weiteres die Trägerstellung übernehmen. Vielmehr wird er in diesem Fall mit der Trägerschaft beliehen. Das gleiche gilt schließlich auch dann, wenn die Bayerische Landesbank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. In diesen Beleihungsfällen unterliegt der neue Träger hinsichtlich der Beachtung des öffentlichen Auftrags der Anstalt dann auch der Fachaufsicht durch die Aufsichtsbehörde.

Im Rahmen von Verschmelzungs- oder Spaltungsvorgängen nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 ist ggf. auch die Gründung neuer Rechtsträger in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zur Aufnahme der übergelassenen Vermögensteile erforderlich oder sinnvoll. Im Falle der unselbständigen Anstalten reicht insofern auch eine Verselbständigung. Abs. 4 erhält hierzu die erforderliche Ermächtigung, sofern dies der Erfüllung der Aufgaben oder Geschäfte dient, und gibt die Grundstruktur sowie die Aufsicht dieser neuen Rechtsträger für den Satzungsgeber vor. Soweit dieses Gesetz bereits Regelungen enthält, die auf eine neue selbständige Anstalt ihrem Wesen nach übertragbar sind (z.B. Art. 20 BayLBG für die Bayerische Landesbodenkreditanstalt) binden diese auch den Satzungsgeber. Ein beliehener Träger unterliegt auch in diesem Fall der Fachaufsicht.

Abs. 5 enthält einen Generalverweis auf die Vorschriften des Umwandlungsrechts. Darüber werden die entsprechenden Vorschriften des Bundesumwandlungsrechts in Bezug genommen. Sofern in den genannten Bestimmungen nichts Abweichendes geregelt ist, gelten diese Vorschriften analog.

Abs. 6 schreibt vor, dass bei sämtlichen Umwandlungsvorgängen das besondere Interesse der Träger bzw. im Fall der Beleihung der mittelbaren Träger an der Aufgabenerfüllung der unselbständigen Anstalten, d.h. der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt und der Bayerischen Landesbausparkasse, berücksichtigt werden muss. Im Hinblick auf den gesetzlichen Förderauftrag gemäß Art. 20 BayLBG (der auch die Finanzierung von Förderprogrammen zu Lasten der laufenden Erträge umfasst, woraus sich aber Interessenskonflikte mit privaten Eigentümern ergeben könnten) soll die Bayerische Landesbodenkreditanstalt in jedem Fall in staatlicher Verantwortung bleiben.

Zu 3.:

Vor dem Hintergrund der Debatte um Inhalt und Reichweite des öffentlichen Auftrags der Bank sowie ihres zulässigen Tätigkeitsbereichs soll die Aufgabenbeschreibung in Art. 2 ergänzt und präzisiert werden. Die in Art. 20 beschriebenen Förderaufgaben der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt bleiben unverändert.

Zu den Aufgaben der Bank gehört es nach der neuen Fassung des Art. 2, in Bayern eine angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Diese an das Sparkassenrecht angelehnte Formulierung soll die ordnungspolitische Funktion der Landesbank zum Ausdruck bringen und durch ihre hervorgehobene Stellung in Abs. 1 Satz 1 besonders betonen. Die Bestimmung lässt dabei den Charakter der Bank als im internationalen Wettbewerb stehende Geschäftsbank unberührt. Dieser seit ihrer Gründung gültige Umstand soll gerade nach dem Wegfall der staatlichen Haftungsgarantien für die Bank im Gesetz künftig ausdrücklich erwähnt und damit klargestellt werden. Gerade weil die Bank mit Ausnahme der Landesbodenkreditanstalt und anders als Förderbanken nicht mehr über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verfügt, kann die Bank ihren öffentlichen Auftrag nur erfüllen, wenn sie keinen anderen oder zusätzlichen rechtlichen Anforderungen oder Beschränkungen unterliegt wie ihre Wettbewerber. Mit dem zweiten Halbsatz von Satz 2 soll erstmals auch der regionale Geschäftsfokus der Bank gesetzlich zum Ausdruck gebracht werden. Im Zeitalter der Globalisierung und des Wegfalls von Handelsbeschränkungen kann dabei nicht auf einzelne Länder, sondern muss auf zusammenhängende Wirtschaftsräume abgestellt werden. Ohne die Bank damit ausschließlich auf die genannten Regionen zu begrenzen, wird damit eine programmatische Leitlinie vorgegeben, die die Bank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit und ihres Geschäftsmodells zu berücksichtigen hat. Die Bank kann deshalb auch in anderen Ländern bzw. Kontinenten tätig sein, wird aber einen Schwerpunkt ihres Geschäftsmodells in den benannten Wirtschaftsräumen haben.

Die bisher in Abs. 1 nicht abschließend genannten besonderen Aufgaben der Bank als Sparkassenzentralbank, Kommunalbank und Hausbank des Freistaats Bayern gelten unverändert fort, sollen aber künftig mit geringfügigen sprachlichen Änderungen in Abs. 2 geregelt werden. Es wird außerdem klargestellt, dass die Bank als Sparkassenzentralbank auch die Belange der Sparkassen zu berücksichtigen hat. Abs. 3 bleibt unverändert. Eine ex-ante ausgesprochene, dauerhafte Beschränkung der Bank auf bestimmte Arten von Bank- oder Finanzdienstleistungen ist nicht möglich und würde die Bank im Übrigen auch in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Wie bisher zählt Abs. 4 beispielhaft – nur in übersichtlicherer Form – einzelne Geschäftstätigkeiten auf, die die Bank durchführen kann. Dabei geht der bisherige Abs. 2 zukünftig ohne materielle Änderung in Abs. 4 Nr. 1 auf. Neu sind die Nrn. 5 und 6. Gemäß Nr. 5 kann die Bank rechtlich unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts innerhalb der Bank errichten. Dies kann sinnvoll sein, um z.B. im Rahmen der Umstrukturierung bislang in rechtlich selbständiger Form existierende Geschäftsfelder innerhalb der Bank zu bündeln und einer besseren Steuerung zu unterziehen. Nr. 6 enthält schließlich nur zwei Klarstellungen. Zum einen kann die Bank auch die Trägerschaft an anderen Anstalten des öffentlichen Rechts übernehmen, wie dies zum Beispiel bei der SaarLB bereits erfolgt ist. Zum anderen wird aber ausdrücklich klargestellt, dass dies nicht für die Trägerschaft von Sparkassen gilt.

Zu 4.:

- a) Die Ergänzung des neuen Satzes 4 erfolgt allein aus rechtstechnischen Gründen. Die Legaldefinition des „mittelbaren Trägers“ ermöglicht es, die Stimmenverteilung in der Generalversammlung im Falle der Beleihung anhand der Anteilsquote der Personen zu bestimmen, die über die beliehene BayernLB Holding AG mittelbar an der Bank beteiligt sind (siehe hierzu auch unten 7.).
- b) Aufgrund der Neuregelung der Zusammensetzung der Generalversammlung entfällt künftig das Besetzungsrecht des beliehnen Trägers für die Generalversammlung.

Zu 5.:

Durch die allein vom Freistaat Bayern durchgeführten Rekapitalisierungsmaßnahmen haben sich die (mittelbaren) Anteilsquoten an der Bayerischen Landesbank verschoben. An der Haftungsaufteilung im Innenverhältnis zwischen Sparkassenverband Bayern und Freistaat Bayern für die bis 18.07.2005 begründeten, der Gewährträgerhaftung unterliegenden Verbindlichkeiten, ändert dies jedoch nichts, da die Kapitalanteile an der Bank bzw. (seit Beleihung) an der BayernLB Holding AG zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit maßgeblich sind. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll in Art. 4 Abs. 4 deshalb klargestellt werden, dass es bezüglich der Haftungsverteilung im Innenverhältnis auf den Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit ankommt. Freistaat Bayern und Sparkassenverband Bayern teilen sich die Gewährträgerhaftung folglich im Innenverhältnis je zur Hälfte.

Zu 6.:

In Art. 8 Abs. 2 wird die Zusammensetzung des Verwaltungsrats wie folgt neu geregelt:

Nr. 1 bis 4 nennt die unmittelbar dem Freistaat Bayern zuzurechnenden Mitglieder des Verwaltungsrats. Hierbei wird wie bisher auf die sach nächsten Minister des Staatsministeriums der Finanzen, des Staatsministeriums des Innern und des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie abgestellt. Hinzu kommt ein weiterer Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen. Die Anzahl der staatlichen Vertreter wird dabei von bisher fünf auf vier reduziert.

Nr. 5 und Nr. 6 entsprechen dem bisherigen Art. 8 Abs. 2 Satz 3 Nr. 6 und Nr. 7, d.h. weiterhin bleibt ein Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse und ein Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände Mitglied des Verwaltungsrats. Dies ist sachgerecht, da die Bayerische Landesbank weiterhin die Funktion einer Sparkassenzentralbank und einer Kommunalbank übernimmt. Außerdem bleiben die bayerischen Sparkassen mit einem Minderheitsanteil an der Bayerischen Landesbank beteiligt. Im Sinne eines stärkeren Verständnisses der Sparkassen als Kunde und kooperativer Geschäftspartner und einer engeren Zusammenarbeit im Markt soll der Sparkassenvertreter bewusst Mitglied des Vorstands einer Sparkasse sein. Der Sparkassenvorstand kann gleichwohl nebenamtlich Verbandsfunktionen (z.B. Landesobmann der Bayerischen Sparkassen) übernehmen.

Nr. 7 bestimmt, dass künftig auch die Beschäftigten der Bank über einen Vertreter des Personalrats im Verwaltungsrat vertreten sind. Die Personalvertretung, die seit Januar 2009 über einen vom beliehnen Träger zu besetzenden Sitz im Verwaltungsrat verfügt, erhält damit ein eigenes gesetzliches Besetzungsrecht. Damit ist gewährleistet, dass bei allen Entscheidungen des Verwaltungsrats auch die ggf. betroffenen Interessen der Bankmitarbeiter berücksichtigt werden.

Mit Nr. 8 wird das politische Ziel der amtierenden Koalitionsregierung umgesetzt, auch externen Sachverstand in das Gremium einzubeziehen. Diese Vertreter werden wie alle übrigen Verwaltungsratsmitglieder weisungsfrei sein und über volles Stimmrecht verfügen. Das Kontrollgremium kann dadurch von wertvollen Erfahrungen aus Wissenschaft und Wirtschaft profitieren. Unter „externen“ Mitgliedern werden dabei solche Personen verstanden, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Bank oder deren Vorstand stehen, die einen Interessenkonflikt begründet sowie in Abgrenzung zu den Nr. 1 – 6 nicht der Staatsregierung (z.B. als Mitglied der Staatsregierung selbst oder Mitarbeiter einer obersten Dienstbehörde (Ministerium)), den kommunalen Spitzenverbänden oder dem Sparkassenverband Bayern unmittelbar zuzurechnen sind. Dies schließt ein Anstellungsverhältnis zum Freistaat Bayern (z.B. als Professor) nicht aus.

Aufgrund der Verschiebung der Anteilsquoten wird der regelmäßige Wechsel des Vorsitzes zwischen Sparkassenverband und Freistaat Bayern aufgehoben. Verwaltungsratsvorsitzender ist künftig stets der Staatsminister der Finanzen (Abs. 4). Abs. 5 Satz 3 wird aufgehoben, da er insbesondere wegen Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 nicht mehr generell passt. Er wird durch eine geeignete Regelung in der Satzung ersetzt.

Der neue Abs. 6 weist den Vertretern gemäß Nr. 1 bis 4 ein Doppelstimmrecht zu. In der Satzung kann jedoch in der Weise davon abgewichen werden, dass auch diese Personen lediglich ein einfaches Stimmrecht innehaben. Vor dem Hintergrund des erheblichen finanziellen Beitrags des Freistaats Bayern zur Stabilisierung der Bank ist es jedoch bis auf weiteres erforderlich, dass der Freistaat Bayern über die Mehrheit im Kontrollgremium verfügen kann. Aufgrund seiner Stellung als Mehrheitsgesellschafter entspricht dies dem in Art. 65 BayHO zum Ausdruck kommenden Rechtsgedanken und ist auch bei privaten Wirtschaftsunternehmen als üblich anzusehen. Die Staatsregierung beabsichtigt deshalb, dieses Doppelstimmrecht (jedenfalls für die Dauer der Umstrukturierung der Bank) in Anspruch zu nehmen. Die technische Umsetzung als durch die Satzung abdingbares Doppelstimmrecht schafft dabei die notwendige Flexibilität, um bei einer Änderung der Umstände (z.B. erfolgreicher Abschluss der Umstrukturierung der Bank) oder im Falle neuer strategischer Optionen auch darauf verzichten zu können. Schließlich wird durch das Instrument des Doppelstimmrechts eine unerwünschte, weil die Effizienz des Gremiums beeinträchtigende personelle Ausweitung des Gremiums vermieden.

Gemäß Art. 41 der EU-Richtlinie 2006/43/EG muss mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats oder eines Prüfungsausschusses über Sachverstand in Rechnungslegung und/oder Abschlussprüfung verfügen. Dies wird in Abs. 7 aufgegriffen. Die in dieser EU-Bestimmung ebenfalls geforderte Unabhängigkeit ist durch die Zusammensetzung des Verwaltungsrats (insbesondere Abs. 1 Nrn. 5, 6 und 8) gewährleistet. Abs. 8 enthält eine Regelungsermächtigung für die Satzung.

Zu 7.:

Art. 10 Abs. 1 definiert künftig die Aufgabe der Generalversammlung als Gremium zur Wahrnehmung der Eigentümerinteressen in Bezug auf die Bank mit der Entscheidungskompetenz in wesentlichen Grundsatzfragen, insbesondere der Änderung der Satzung. Damit wird – ohne dabei eine materielle Änderung gegenüber ihrem bisherigen Wesen vornehmen zu wollen – die Bestimmung in ihrer Struktur der Regelung in Art. 8 Abs. 1 zum Verwaltungsrat angeglichen. An die Stelle einer enumerativen Aufzählung möglicher Beschlussgegenstände werden lediglich Zweck und Charakter des Gremiums allgemein beschrieben und nur die Satzungsänderung als die maßgebliche Kompetenz gesetzlich festge-

legt. Es ist vorgesehen, den bisherigen Aufgabenkatalog unverändert in die Satzung zu überführen.

Grundlegend neu geregelt werden die Zusammensetzung und die Beschlussfassung in der Generalversammlung (siehe Abs. 2 und 3). Entsprechend dem Vorbild anderer Landesbanken entsenden die Eigentümer künftig nicht mehr bestimmte, mit einem individuellen Stimmrecht ausgestattete Personen. Stattdessen richtet sich das Stimmrecht der Eigentümer nach der jeweiligen Anteilsquote. Das Stimmrecht wird durch bis zu drei Stimmvertreter ausgeübt, die dieses nur einheitlich durch einen Stimmführer für den jeweiligen Eigentümer ausüben können. Mit diesem Systemwechsel kann eine deutliche Verschlankeung des Gremiums erreicht werden. Falls notwendig wäre auch eine kurzfristige Anberaumung einer Sitzung leichter möglich. Das Stimmrecht nach Beteiligungsquote entspricht im Übrigen auch der Praxis bei Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften und nähert die innere Struktur der Bank damit Gepflogenheiten in der privaten Wirtschaft an, was unter dem Gesichtspunkt der Attraktivität für Investoren vorteilhaft erscheint. Letztlich wird auch der Organisationsaufwand für die Einberufung der Sitzungen deutlich reduziert.

Maßgeblich für das Stimmrecht ist grundsätzlich die jeweilige Anteilsquote des Anteilshabers an der Bank. Im Falle der Beleihung ist die mittelbare Anteilsquote an der Bank maßgeblich.

Zu 8.:

Bislang war der Staatsminister des Innern kraft Gesetzes stets Mitglied und Vorsitzender des Beirats der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt. Dies soll künftig flexibilisiert werden, so dass statt des Staatsministers des Innern auch ein von ihm benannter Vertreter Vorsitzender sein kann.

Zu 9.:

In Art. 22 Abs. 1 wird zunächst klargestellt, dass der Sparkassenverband Bayern dann nicht mehr als Gewährträger für die Bayerische Landesbodenkreditanstalt haftet, sobald er nicht mehr (mittelbar) am Kapital der Landesbodenkreditanstalt beteiligt ist. Die Haftung entfällt lediglich für die zukünftig begründeten Verbindlichkeiten. Für die bis zu diesem Zeitpunkt begründeten Verbindlichkeiten bleibt die Gewährträgerhaftung fortbestehen.

Analog zur Änderung des Art. 4 Abs. 4 soll auch bei der Gewährträgerhaftung zugunsten der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt gemäß Art. 22 Abs. 3 klargestellt werden, dass es für die Haftungsverteilung im Innenverhältnis auf die Kapitalanteile zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit ankommt.

§ 2

Art. 1a BayLBG ermöglicht künftig einen Rechtsformwechsel der Bayerischen Landesbank in eine Aktiengesellschaft, sie ist folglich künftig nicht mehr zwingend eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Als Folgeänderung wird Art. 24 Satz 2 SpkG aufgehoben.

§ 3

§ 3 regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des

Sparkassengesetzes (Drs. 16/1391)

- Erste Lesung -

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Hierzu darf ich das Wort Herrn Staatsminister Fahrenschoen erteilen.

Staatsminister Georg Fahrenschoen (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorgeschaltet für alle Fußballfreunde unter Ihnen: Es steht 1 : 0 für Barcelona.

Ich lege Ihnen jetzt den Entwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes vor. Der Anlass ist Ihnen allen bekannt. Nach der notwendigen Stabilisierungsmaßnahme, die angesichts der tragenden Rolle, die die bayerischen Sparkassen für die regionale Versorgung mit Kreditgeschäften haben, vom Freistaat Bayern allein zu tragen war, haben sich die Anteilsverhältnisse an der Bayerischen Landesbank deutlich verändert. Die Bestimmungen des Landesbankgesetzes, insbesondere die Zusammensetzung der Gremien, müssen an diese Situation angepasst werden.

Mit dem Gesetzentwurf verfolgt die Staatsregierung weitere Ziele. Wir wollen erstens der Bank das Instrumentarium an die Hand geben, damit sie die notwendige Umstrukturierung und die Neuausrichtung auf einer gesicherten Grundlage zügig und effizient durchführen kann. Zum Zweiten wollen wir hinsichtlich der Organisationsstruktur und der Aufgabenbereiche einen Rechtsrahmen schaffen, der von potenziellen Investoren, Geschäftspartnern, Kunden und anderen Beteiligten in der Finanzmarktindustrie als verlässlich, angemessen und attraktiv wahrgenommen wird.

Zum Dritten wollen wir uns als Mehrheitseigentümer die notwendige Flexibilität schaffen, um strategische Optionen in der Zukunft wahrnehmen zu können. Dies umfasst sowohl

die Möglichkeit von Fusionen als auch die Möglichkeit einer Privatisierung. Weiterhin gilt: Die Bayerische Staatsregierung steht sämtlichen Optionen offen gegenüber. Angesichts des finanziellen Kraftakts, den wir für die BayernLB stemmen mussten, können wir es uns gar nicht leisten, einzelne Optionen schon heute pauschal und ohne nähere Prüfung zu verwerfen.

Ich will trotzdem drei Schwerpunkte des Gesetzentwurfs erläutern. Erstens: Die Neuordnung der Gremien. Der Verwaltungsrat wird künftig aus 11 Personen bestehen. Neben den Vertretern des Freistaats Bayern nehmen wir erstmals vier externe Mitglieder in den Verwaltungsrat auf. Wir schaffen damit die Möglichkeit, Sachverstand aus Wirtschaft und Wissenschaft in das Gremium und damit in die Arbeit des Verwaltungsrats einzubeziehen. Um an dieser Stelle gleich etwaigen Zweiflern entgegenzutreten, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die Aufnahme dieser vier externen Mitglieder ist keine Alibiveranstaltung. Diese vier externen Mitglieder sind auch keine willfährigen Marionetten der Staatsregierung. Sie werden vielmehr unabhängig, weisungsfrei und mit vollem Stimmrecht ihr Amt wahrnehmen. Der Verwaltungsrat wird über die externen Mitglieder hinaus durch je einen Vertreter der Personalvertretung der Bank, der Sparkassen und der Kommunen komplettiert.

Ich halte es im Übrigen für zwingend, dass der Freistaat Bayern zumindest während der schwierigen Umstrukturierungsphase über die Mehrheit in diesem Aufsichtsgremium verfügt. Aufgrund des finanziellen Kraftaktes des Freistaates stehen wir in einer ganz besonderen Verantwortung, und diese Verantwortung müssen wir, wie es auch die Mehrheitseigentümer in der Privatwirtschaft tun, wahrnehmen. Um dies sicherzustellen, sieht der Gesetzentwurf ein doppeltes Stimmrecht für die Vertreter des Freistaats vor.

Die Zusammensetzung der Generalversammlung passen wir vergleichbaren Regelungen für andere Landesbanken an. In Zukunft stimmen die Anteilseigner einheitlich durch entsprechende Stimmführer ab. Das Stimmrecht richtet sich dabei nach der Anteilsquote.

Der zweite Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die Aufnahme des Umwandlungsrechts in das Landesbankengesetz. Mit dem Gesetzentwurf wollen wir insbesondere Maßnahmen ermöglichen wie zum Beispiel Verschmelzungen oder Fusionen, den Wechsel der Rechtsform in eine Aktiengesellschaft oder Möglichkeiten zur Abspaltung oder Ausgliederung von Vermögensteilen sowie Vermögensübertragungen. Ich will dabei allerdings auch betonen, dass derzeit keine dieser Maßnahmen unmittelbar bevorsteht. Im Sinn größtmöglicher Flexibilität sollten wir uns aber die Möglichkeiten hierzu offenhalten. Selbstverständlich wird bei weitreichenden und grundlegenden strategischen Entscheidungen der Landtag vorab eingebunden. Eine Fusion oder eine materielle Privatisierung ohne vorherige Einbindung des Landtags wird es nicht geben. Als Finanzminister ist es mir wichtig, bei diesen grundlegenden Fragen in Abstimmung mit dem Landtag zu handeln.

Der dritte Schwerpunkt ist die Neufassung der Aufgabenbeschreibung der BayernLB. Wir wollen zunächst den öffentlichen Auftrag und die ordnungspolitische Funktion im Landesbankgesetz stärker betonen. Zentrale Funktion der Bank ist es demnach, in Bayern eine angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Daneben ist und bleibt die Bayerische Landesbank aber auch eine im internationalen Wettbewerb stehende Geschäftsbank. Auch diesen Aspekt müssen wir aufführen. Jeder, der pauschal den Rückzug aus all diesen Geschäftsbereichen fordert, handelt entweder ohne Kenntnis der momentanen Realitäten, oder er setzt die Zukunft der Bank, ihrer Mitarbeiter und letztendlich auch die Beteiligung des Freistaates aufs Spiel.

Das bedeutet freilich nicht, dass die Bank aus den Ereignissen der Vergangenheit nichts gelernt hätte. Im Gegenteil, Sie alle wissen, dass wir die Bank einer radikalen Umstrukturierung unterwerfen. Die Risikopositionen werden massiv verringert. Die Kosten werden deutlich gesenkt, und die Geschäftsaktivitäten werden auf die Kernbereiche fokussiert. Die Bank per Gesetz auf ein einziges Geschäftsmodell festzulegen, wäre

gleichwohl nicht verantwortbar. Deshalb muss die Bank auch in Zukunft alle Arten von Bankgeschäften betreiben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bayerische Landesbank wurde im vergangenen Jahr durch die Finanzmarktkrise massiv und schmerzlich getroffen. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Die Bank hat daraufhin einen umfassenden Restrukturierungsplan und ein neues Geschäftsmodell entwickelt. Auf diesem Weg aus der Krise ist die Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes nun ein weiterer wichtiger Schritt. Ich bitte Sie, diesen Weg der Bank gemeinsam mit der Staatsregierung zu unterstützen. Ich freue mich auf die Debatten im federführenden Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt das Wort Frau Kollegin Inge Aures erteilen.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Minister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute möchte ich von hinten anfangen. Sie wollen das Landesbank-Gesetz ändern und begründen dies gleich im ersten Satz mit einer internationalen Finanzkrise, einer schwerwiegenden, sich rapide verschlimmernden Krise. Das ist aber leider nur ein Teil der Begründung, die hier zutrifft. Sie müssten das Gesetz nicht ändern, wenn sich die politisch Verantwortlichen im Verwaltungsrat und die Vorstände der Bayerischen Landesbank an das bestehende Landesbank-Gesetz gehalten hätten.

(Beifall bei der SPD)

Hätten sie nicht das gemacht, was sie wollten, sondern hätten sie das getan, was ihre eigentliche Aufgabe war, dann wäre das Finanzdesaster in dieser Größenordnung nicht entstanden.

(Beifall bei der SPD)

Die Damen und Herren des Vorstands der BayernLB, die Damen und Herren des Verwaltungsrats und die Führungsgremien des Sparkassenverbandes haben in ihrer Geltungssucht, in ihrer Überheblichkeit, in ihrer Machtgier und in ihrer Arroganz jegliches vernünftige Maß und Ziel für das Machbare verloren. Sie haben ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllt.

(Beifall bei der SPD)

Der Verwaltungsrat beschließt die Richtlinien für die Geschäftspolitik der Bank und überwacht deren Geschäftsführung. So steht es in Artikel 8, und zwar schon im alten Text. Hat sich einer daran gehalten? Das frage ich Sie. Hat einer die Geschäftsführung überwacht? Dies ist derzeit nicht zu erkennen.

Sehr verehrter Herr Minister, Sie haben es gerade vorgetragen. Der neue Verwaltungsrat soll nun anstatt mit zehn zukünftig mit elf Mitgliedern besetzt werden. Dem Verwaltungsrat gehören der Staatsminister der Finanzen, der Staatsminister des Innern, der Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, ein weiterer Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen, ein Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse, ein Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände, die Personalvertretung der BayernLB sowie weitere vier externe Mitglieder an, die in Abstimmung zwischen den drei im Verwaltungsrat vertretenen Ministerien berufen werden. Es ist gut und richtig - so sieht es die SPD-Fraktion -, dass ein Mitglied der Personalvertretung entsandt werden kann. Besser wäre es natürlich, wenn mehrere Mitglieder der Personalvertretung vertreten wären und nicht nur ein einziges Mitglied quasi als Feigenblatt.

Nicht nachvollziehbar für uns - das haben Sie auch nicht begründet, lieber Herr Minister - ist das doppelte Stimmrecht für die drei Minister und für den weiteren Stellvertreter aus dem Finanzministerium. Anscheinend trauen Sie Ihren eigenen Leuten nicht, sonst würden Sie ihnen ein Stimmrecht übertragen können, oder Sie brauchen gleichzeitig Gürtel und Hosenträger, damit bestimmt nichts passiert.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir, dass das Stimmrecht aufgeteilt wird. Darauf komme ich noch einmal zurück.

Wir fordern auch, dass Vertreter der Opposition in den Verwaltungsrat berufen werden müssen. Es kann nicht sein, dass Sie weiterhin die Geschäfte untereinander ausmauscheln. Heute haben wir schon wieder einiges gehört, was uns die nächste Zeit sicher beschäftigen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrter Herr Minister, das Plenum lassen Sie vollkommen außer Acht. Sie haben nur die Vertreter der Regierung berufen. Der Landtag als der eigentliche Herr des Geschehens ist im Verwaltungsrat gar nicht vertreten.

Ein doppeltes Stimmrecht kann mit Ausnahme für den Verwaltungsratsvorsitzenden nur dann möglich sein, wenn es in einer Pattsituation angewandt wird. Das ist bei den Aktiengesellschaften gang und gäbe. Das wäre ein Weg, den man noch nachvollziehen kann und mit dem Sie das doppelte Stimmrecht begründen könnten. Ansonsten ist es aber nicht klar.

Nicht geregelt haben Sie in der Gesetzesvorlage die Frage, wer Sie vertreten soll. Aus der Vorlage ist nicht erkennbar, ob die Vertretung kraft Amtes erfolgt oder wie es sich sonst darstellt. Es kann auch nicht sein, dass der Vertreter einer Institution, der im Laufe der Zeit aus dieser Funktion ausscheidet, trotzdem im Verwaltungsrat bleibt. Sie haben es zugelassen, dass einer, der aus einem bestimmten Amt ausscheidet, trotzdem im Verwaltungsrat bleibt. Einer, der kein Minister mehr ist, könnte trotzdem im Verwaltungsrat vertreten sein. Das kann doch nicht sein.

Interessant ist der schärfste Satz in Artikel 8 Absatz 7: "Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats muss über Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen." Glauben Sie nicht, dass Sie im Vergleich zur alten Besetzung ein bisschen übertrieben haben? Ist nach Ihrer Denkart nicht einer schon einer zu viel?

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Der neu eingefügte Artikel 1a "Umwandlung" ist sicher der Einstieg in die von Ihnen geplante Privatisierung der Bank. Er eröffnet viele Möglichkeiten. Wir tragen aber natürlich einen Teil mit. Flexibilität ist sicher notwendig, um auf der Höhe der Zeit zu sein.

Der Artikel 2, der die Aufgaben regelt, enthält eine genauere Definition. Die Bank hat danach bezüglich ihrer Geschäftstätigkeit ihre Aufgaben expressis verbis in Bayern. Sie muss dabei unter Beachtung der Wettbewerbserfordernisse den Wettbewerb stärken.

Für eine angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft hätte sie bislang schon sorgen müssen. Sie hätte insbesondere den Mittelstand und die öffentliche Hand mit Geld und kreditwirtschaftlichen Leistungen versorgen müssen. Das war bisher schon die Aufgabe der Bank. Sie ist eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert.

So weit, so gut. Das war eigentlich schon immer die Aufgabe. Bisher hat es aber keinen interessiert. Im Absatz 2 steht: "Sie ist auch Kommunalbank und übernimmt für den Freistaat Bayern die Funktion einer Hausbank." Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, derzeit ist es aber umgekehrt. Derzeit ist der Freistaat die Hausbank für die Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Die BayernLB besitzt ein Schlosshotel in Velden, wie wir heute gehört haben. In der Bilanz des Jahres 2008 ist nachzulesen, dass dieses Hotel ein Minus von 10.919.000 Euro aufweist. Ich denke, dass uns diese Angelegenheit noch weiter beschäftigen wird.

Lieber Herr Minister Fahrenschon, die Beteiligung der Personalvertretung im Verwaltungsrat war längst überfällig und notwendig. Sie haben sie jetzt auf den Weg gebracht. Keine Vergabe des doppelten Stimmrechts, angemessene Mitbestimmung der Opposi-

tion, um die Transparenz zu gewährleisten, klare Definition der Aufgaben und vor allem keine Hintertürchen für Tricks und nicht bankrelevante Beteiligungen sowie Flexibilität in der Geschäftspolitik sind die Stichworte. Herr Minister Fahrenschoen, Sie sollten sich gut überlegen, ob Sie die Opposition nicht doch in den Verwaltungsrat hineinnehmen sollten; denn ich frage mich, was passieren wird, wenn die CSU einmal nicht mehr die Mehrheit hat. Was machen Sie denn dann?

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Aures, das war eine grenzwertige Überziehung.

Ich möchte Ihnen jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, "Schullandschaft aus der Schiefelage holen - mit neuen Schulmodellen eine Perspektive für den ländlichen Raum ermöglichen", Drucksache 16/1408, mitteilen. Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 91 Abgeordnete. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe außerdem das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Pfaffmann, Güll und Fraktion der SPD, betreffend "Die Wirklichkeit als Maßstab, Schule am Ort stärken - Innovative Schulformen zulassen", Drucksache 16/1419, bekannt. Mit Ja haben 63 und mit Nein 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir fahren nun mit unserer Debatte fort. Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Weidenbusch für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf reagiert die Bayerische Staatsregierung auf die Entwicklungen bei der BayernLB und auf dem internationalen Finanzmarkt. Sie tut dies in den dargestellten drei Teilbereichen. Frau Kollegin Aures, abweichend von dem, was ich eigentlich sagen wollte, möchte ich mich mit Ihrem Wortbeitrag auseinandersetzen.

Ich denke, es ist richtig, dass wir in einer Phase, in der wir mit unserem Geschäftsmodell in der Notifizierung sind und noch nicht sicher wissen, wie es weitergeht, im Teil 1 eine offene Regelung formuliert haben. Wir nutzen an dieser Stelle die gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten, die in Deutschland gegeben sind, aus. Ich halte das für klug, weil wir damit mit unserem Landesbank-Gesetz für die Zukunft gerüstet sind.

Frau Kollegin Aures, der zweite Teilbereich, den Sie kritisiert haben, ist der Artikel 8 und dabei die fehlende Beteiligung der Opposition. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich weiterhin der Meinung bin, dass wir die Eigentümerinteressen in der Sonderkommission des Landtags wahrnehmen. Wenn Sie das Gefühl haben, Sie würden über etwas zu spät oder später als der Verwaltungsrat informiert, sollten Sie das sagen.

(Susann Biedefeld (SPD): Wenn man nachfragt, kriegt man keine Antwort!)

- Frau Biedefeld, ich verzeihe Ihnen diesen Zwischenruf. Sie sitzen nicht in dieser Kommission. Die Kollegen, die in dieser Kommission sitzen, wissen aber, dass wir versuchen, die Informationen schnellstmöglich zu geben, zum Teil vor dem Verwaltungsrat, sofern die Eigentümerposition betroffen ist. Dabei bleibt es.

Am meisten habe ich mich über Ihre Kritik an dem neuen Absatz 7 amüsiert, weil sich mir hier die Frage stellt, wie viel Kolleginnen und Kollegen die Opposition hat, die über diese Qualifikationen verfügen.

(Zuruf: In der FDP!)

- Die FDP ist momentan ein Teil der Regierung. Ich wüsste nicht, wer von der Opposition über Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen würde. Frau

Kollegin Aures, wenn Sie die Anzahl der entsprechend qualifizierten Verwaltungsratsmitglieder auf elf ausdehnen wollen, brauchen Sie erst einmal jemanden, der über den entsprechenden Sachverstand verfügt.

(Inge Aures (SPD): Ich habe nicht von elf Mitgliedern gesprochen!)

- Sie meinen, die CSU hätte dann schon jemanden?

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Was ist denn die banktechnische Auszeichnung des Innenministers?)

- Der Innenminister ist in diesem Gremium, weil er die fachliche Aufsicht der Sparkassen ist.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Ich glaube, es würde Ihnen mehr nützen, wenn Sie zuhörten.

Die Zuordnung der Ministerien beruht auf dem Sinn dieser Landesbank und auf dem Sinn dieses Gesetzes. Der Finanzminister sitzt drin, weil das Finanzministerium das Halten der Beteiligung vermittelt. Der Innenminister sitzt drin, weil die Sparkassenseite seiner Aufsicht unterliegt. Der Wirtschaftsminister sitzt drin, weil ein Teil des öffentlichen Auftrags massiv den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums betrifft. Das ist selbsterklärend. Die Tatsache, dass der Amtschef des Finanzministeriums dazugenommen wurde, wird der Tatsache gerecht, dass das Finanzministerium in dieser Frage am sachnächsten ist, weil es die Beteiligung verwaltet.

In Artikel 8 Absatz 2 Nummer 8 ist weiterhin ausdrücklich geregelt, dass vier weitere externe Experten hinzukommen. Ich begrüße die weitere Ausgestaltung dieses Artikels. Ich sage aber in aller Deutlichkeit: Wir werden erst sehen, wie lange das so bleiben wird. In der Vergangenheit hat man geglaubt, bestimmte Regelungen für die Ewigkeit gießen zu können. Wir müssen uns aber mit der Realität auseinandersetzen und bei der politischen Arbeit ein bisschen Demut mitbringen. Wir müssen feststellen, dass auch dieses

Gesetz vielleicht einmal wieder einer Überarbeitung bedürfen wird. Ich denke, der bisherige Versuch mit einem Verwaltungsrat und der Kommission ist gut; wenn er schiefgeht, werden Sie sich ohnehin zu Wort melden. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Pohl das Wort für die Freien Wähler erteilen.

Bernhard Pohl (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Änderung des Landesbank-Gesetzes ist sinnvoll, aber keine Begründung dafür, was in den vergangenen Jahren passiert ist. Ich denke nicht, dass das alte Landesbank-Gesetz das Problem war. Es hat gewisse Türen geöffnet; das mag sein. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass im Zentrum immer noch das Handeln verantwortlicher Personen - Vorstand und Verwaltungsrat - steht. Vorstand und Verwaltungsrat haben das Unternehmen dorthin gebracht, wo es heute steht,

(Beifall bei den Freien Wählern)

und zwar in eine Situation, die existenzbedrohend war und der Bayerischen Landesbank den Garaus gemacht hätte, wenn nicht der Freistaat Bayern mit öffentlichen Geldern eingesprungen wäre.

Ich warne vor der Illusion zu glauben, dass man mit dem Mittel der Gesetzgebung Fehlleistungen dieser Art hätte vermeiden können oder in Zukunft vermeiden kann, auch wenn dieses Landesbank-Gesetz in vielen Teilen ein Weg in die richtige Richtung ist.

Sicherlich ist es sinnvoll, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren. Ich verrate kein Geheimnis: Es ist zwingend notwendig, denn die Europäische Union wird hier den Dauen draufhalten. Das ist die erste wichtige und wesentliche Lehre, die wir aus diesem Desaster ziehen müssen, und deswegen ist dieser Teil zu begrüßen.

Wir haben zweitens die Frage zu beantworten: Wie setzt sich der Verwaltungsrat künftig zusammen? Dass es da eine Umstrukturierung geben muss, ist aufgrund der geänderten Anteilsverhältnisse klar. Allerdings stellt sich mir durchaus die Frage, warum dieses Gremium wiederum ausschließlich von denjenigen besetzt wird, die in der Vergangenheit nicht gerade mit Kompetenz gegläntzt haben, zumindest die Gruppierung, der diese Personen angehören.

Herr Kollege Weidenbusch, wenn Sie sagen, in den Nichtregierungsgruppierungen gäbe es keine Experten, die man da hinsetzen könnte, nehme ich das so zur Kenntnis, aber ich gestatte mir den Hinweis, dass weder SPD noch GRÜNE noch Freie Wähler am bisherigen Verwaltungsrat beteiligt waren, der ja für die Schieflage dieser Bayerischen Landesbank verantwortlich ist.

Meine Damen und Herren, es wird über einige Details zu reden sein. Insbesondere wird darüber zu reden sein, ob es richtig und sinnvoll ist, die Umwandlungsmöglichkeiten so weit zu fassen, dass eine komplette Privatisierung der Landesbank möglich ist. Wir haben in der Vergangenheit darauf hingewiesen und stehen auch heute noch dazu: Wir wollen die Bayerische Landesbank in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft erhalten. Wir halten eine Bayerische Landesbank mit einem öffentlichen Auftrag für notwendig. Ob diese als Solist auftritt oder mit anderen Landesbanken irgendwann verschmolzen wird oder auf andere Art und Weise kooperiert, ist Zukunftsmusik. Aber eine komplette Privatisierung der Bayerischen Landesbank wollen wir nicht. Wir sehen deshalb auch keine Notwendigkeit, die Vorschriften so weit zu fassen, dass dieses ermöglicht werden könnte.

Wir wollen ganz konkret die Bayerische Landesbank erhalten und möchten nicht die von einigen hier wohl favorisierte Privatisierung, schon deshalb nicht, weil wir die Sparkassen hier mit im Boot halten wollen, weil die Landesbank der Kooperationspartner der Sparkassen sein und bleiben soll und es schlechterdings kaum vorstellbar ist, dass sich die Sparkassen mit einer Landesbank zusammenschließen und mit einer Landesbank weiter Geschäfte machen, die irgendwann in mittlerer Zukunft privatisiert wird.

Noch ganz kurz ein weiterer Punkt. Es ist wichtig, dass dem Sparkassenverband ein Zustimmungsvorbehalt bei Umstrukturierungsmaßnahmen eingeräumt wird, nicht weil er so grandios gearbeitet hätte in der Vergangenheit, aber die Sparkassen sind nun einmal in der nachgelagerten Gewährträgerhaftung noch voll mit drin und bleiben auch nach dem Gesetzentwurf voll mit drin. Deswegen ist es gerechtfertigt, bei derart grundlegenden Dingen wie den Umstrukturierungsmaßnahmen diese an den Zustimmungsvorbehalt des Sparkassenverbandes zu binden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als Nächstem darf ich für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Hallitzky das Wort erteilen.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens steht es immer noch 1 : 0 und zweitens ist es dann, wenn es hier um Milliarden geht, offensichtlich nicht so spannend, als wenn draußen die Champions League gezeigt wird.

Dabei wird die Debatte um die Landesbank im Ausschuss hochspannend werden. Es geht in diesem Gesetzentwurf im Grunde um vier große Baustellen, nämlich erstens um die künftigen Aufgaben, zweitens um die Frage, was bei einer Umstrukturierung passiert, drittens um die künftige Zusammensetzung der Gremien, und viertens geht es um die Frage, da auch das Sparkassengesetz geändert wird, was da im Huckepackverfahren ebenfalls geändert werden kann. Ich möchte nun kurz ein paar Aspekte ansprechen, die uns dabei wichtig sind.

Das erste ist das Thema Aufgaben. Wir wollen die Aufgabenbeschreibung präzisieren. Wir wollen eine stärkere Beschränkung der Geschäftstätigkeit fixiert haben und wir wollen, dass die Geschäfte der Banken die öffentlichen Aufgaben nicht gefährden. Und wir wollen fixieren - was die Landesbank ohnehin will -, dass Interbankenhandel und Investmentbanking keine strategischen Geschäftsfelder der Landesbank sind. Wir wollen also einige Sachen ausschließen, von denen sich die Landesbank laut eigenem Bekun-

den ohnehin als strategischem Geschäftsfeld verabschieden will. Wir halten es für wichtig, das zu fixieren und nicht offen zu lassen.

Zweitens das Thema Umstrukturierung: Nachdem der Bayerische Landtag als Vertreter des Volks eine 10-Milliarden-Euro-Spritze zugunsten der Landesbank beschließen musste, halte ich es für angemessen, dass bei der Umstrukturierung und einem Verkauf von Teilen oder der gesamten Landesbank der Bayerische Landtag zustimmungspflichtig wird. Herr Fahrenschon hat gesagt, er werde das nicht gegen den Willen des Landtags tun; so habe ich ihn verstanden. Aber wir haben es im Gesetzestext nicht gefunden und wollen das darin verankern.

Außerdem wollen wir, dass der öffentlich-rechtliche Sektor, also die Sparkassen bzw. der Sparkassenverband, für die LBS ein Vorkaufsrecht bekommt für den Fall, dass die Landesbank zerschlagen würde. Die Bayern LaBo sollte dann ans Land gehen. Wir wollen hier das Vorkaufsrecht, weil die Wohnungsbauförderung zum Förderkomplex Bayerns passt. Dies könnte man und sollte man fixieren.

Das dritte Thema ist die Gremienzusammensetzung. Das ist eine spannende Sache. Nachdem diese Eigenkapitalhilfe in der nicht unerheblichen Höhe von 10 Milliarden Euro stattgefunden hat, spricht vieles dafür, neben der Exekutive auch die Vertreter und Vertreterinnen der Legislative, nämlich des Landtages als Finanzgeber, in den Verwaltungsrat einzubeziehen. Zudem hat die Kontrolle in der Vergangenheit nicht so ausgesehen - diese Debatte führen wir ja immer wieder, ich will sie deshalb jetzt nicht noch einmal führen -, dass es nicht gut gewesen wäre, wenn eine Art organisierter Widerspruch politischer Art und vielleicht auch fachlicher Art durch den Landtag erfolgen würde. Ich wäre gerne bereit, Kollege Weidenbusch, wenn wir uns dabei auf die gleichen persönlichen Qualifikationskriterien einigen, wie wir sie bei den Ministern voraussetzen.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei diesen gelten keine bankenrechtlichen Kriterien, und das sollte dann bei den Vertretern der Legislative in dem Gremium genauso sein. Das nur zu der Frage, wie man es denn organisieren könnte.

Dann wäre auch das doppelte Stimmrecht hinfällig. In einem widerspreche ich allerdings der SPD: In Ihrer Logik - für den Fall, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf durchkommen, was ich nicht glaube, weil Sie sicher auf uns zugehen werden -, macht es in der Tat Sinn, ein doppeltes Stimmrecht zu verankern, weil die letztendlich Verantwortlichen die Eigentümer sind und damit die Politik und es nicht sein kann, dass sich die Politik hinter die Voten der beteiligten Experten zurückziehen und so tun kann, als wäre sie dann doch nicht verantwortlich gewesen. Es ist also aus unserer Sicht unabdingbar, dass die Letztentscheidungsmehrheit bei den Vertreterinnen und Vertretern der Politik liegt, entweder in Ihrem Modell der Exekutive oder - wenn Sie klug sind - in unserem Modell der Legislative und der Exekutive.

Ein vierter Komplex, den ich an dieser Stelle nur ganz kurz ansprechen möchte: Wir haben jetzt bereits in der Realität und künftig auch im Gesetz ein Personalratsmitglied in der Landesbank. Wir wissen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verwaltungsrat der Sparkassen bisher nicht vertreten sind. Wir öffnen ohnehin das Sparkassengesetz, und wir wissen, dass der Handlungsdruck groß ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen, dass in allen anderen Bundesländern - außer Bayern - die Arbeitnehmervertreter selbstverständlich in den Verwaltungsräten der Sparkassen sind, und wir sehen auch keinerlei Gründe, weder rechtliche noch inhaltliche, die dem entgegenstehen könnten. Es ist ein Anachronismus, dass es in Bayern bisher nicht so ist. Wir wollen also die notwendige Änderung und Anpassung des Sparkassengesetzes wegen der Gremienzusammensetzung dazu nutzen, in diesem Sparkassengesetz künftig auch die Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat der Sparkassen zu fixieren. Das können wir in

diesem Zusammenhang auch machen, weil das Sparkassengesetz ja ohnehin geändert werden muss.

Auch darum bitte ich um Ihre Zustimmung. Wir werden es detailliert noch debattieren. Ich danke Ihnen einstweilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion darf ich nun dem Kollegen Franz Xaver Kirschner das Wort erteilen.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind schon viele Dinge angesprochen worden. Ich darf sofort auf Sie, Frau Aures, zu sprechen kommen, nachdem die Zeit fortgeschritten ist. Ich habe mir das Thema Opposition lange überlegt: Wer sitzt drin, wer sitzt nicht drin? Ich sitze in einem Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft, und ich muss Ihnen sagen: Ich möchte das nicht drei- oder viermal tun, weil ich mir der Haftung, die ich habe, bewusst bin.

Ich möchte nicht behaupten, dass es anmaßend ist, wenn sich Politiker vorstellen oder glauben können, im Verwaltungsrat der Landesbank querzudenken; das mag ja sein. Aber wenn ich die Strukturen, die Geschäfte nicht von Grund auf kenne und die Komplexität einer Bank, insbesondere einer Landesbank, die sich international bewegt, sehr groß ist, kann ich mich nicht hinstellen und sagen: Ich gehöre der FDP an und möchte da hinein, weil wir Querdenker sind! Also ich weiß nicht, ob das hinreichend ist für die Tätigkeit des Verwaltungsrats.

Bei dieser Gelegenheit, liebe Frau Aures und lieber Herr Hallitzky, darf ich darauf hinweisen, dass inzwischen auch die Kollegen der CSU in Berlin einen Gesetzentwurf vorgelegt haben - ich weiß nicht, in welcher Lesung er ist -, der darauf abzielt, dass die BaFin, die Bundesaufsicht für Finanzwesen, ermächtigt wird, auch Verwaltungsräte und Aufsichtsräte von Banken, wie es bisher nur für Vorstände gegolten hat, abzusetzen.

Insofern hat auch dieses einen Grund eben im Hinblick auf IKB, im Hinblick auf die Landesbanken und auch im Hinblick auf die KfW. Wer sitzt denn bei der KfW im Verwaltungsrat? Wer saß denn im Verwaltungsrat der KfW? - Alle politischen Parteien, auch die FDP, auch die SPD, auch die GRÜNEN und die CSU.

(Zuruf von den GRÜNEN: Auch die FDP!)

- Klar, habe ich doch erwähnt! Ist denn das eine Garantie dafür, dass die Kompetenz vorhanden ist, weil man einer politischen Partei angehört? Ich sage ganz klipp und klar: Nein!

(Beifall bei der FDP)

Frau Aures, Sie haben das Thema Jahresabschlussprüfung angeschnitten, es hat mich auch sehr beschäftigt. Sie haben einen sehr guten Vortrag gehalten, darum muss ich darauf eingehen. Sie haben mit Recht das Thema angeschnitten: In den Verwaltungsrat gehört eine Person, die von Rechnungslegung und Jahresabschlussprüfung Ahnung hat. Ich muss Ihnen gestehen: Ich habe Herrn Fahrenschoen bereits einen Brief geschrieben und habe drei Personen gefordert. Dem wurde nicht nachgekommen. Je mehr ich es mir überlege, desto wichtiger ist es, weil sich das Thema Jahresabschlussprüfung auf einen Stichtag bezieht, den 31.12. oder einen anderen Stichtag, wo man sich um Bewertungsfragen kümmert.

Das eigentliche Thema, wo wir Kompetenz in der Landesbank brauchen, ist das Geschäftsmodell, und das hat mit der Jahresabschlussprüfung - ich gehöre dem Berufsstand an -, sage ich Ihnen ganz ehrlich, herzlich wenig zu tun.

Wir werden das Thema Haftung der Verwaltungsräte analog dem Aktienrecht regeln. Wir haben es bereits, es ist nur rechtlich noch nicht durchgedrungen, und es kommt, davon bin ich überzeugt.

Was Herrn Pohl anbetrifft - wo ist er denn? -, hat er immer gesagt: Alle Parteien gehören in den Verwaltungsrat. Nachdem die Freien Wähler keine Partei sind, wollen sie wahrscheinlich auch nicht hinein.

(Allgemeine Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Herr Hallitzky hat das Thema Zustimmung zur Umstrukturierung angeschnitten, wenn die Bank verkauft wird. Wir wissen heute nicht, was in fünf Jahren ist, und wir wissen aufgrund der Komplexität des Marktes beileibe nicht, was sein könnte. Wir können uns das wahrscheinlich gar nicht ausmalen. Insofern ist es richtig, wenn wir eine möglichst große Bandbreite der Möglichkeiten schaffen. Ich sage Ihnen eins: Wenn es uns gelingen sollte, was ich mir wünsche, zu erreichen, dass die Landesbank kapitalmarktfähig wird - glauben Sie, dass dann der bayerische Staat die Landesbank verkaufen würde? Doch nie und nimmer, weil er damit wertvolle Dinge aus der Hand gibt!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN)

- Ja, lassen Sie es doch mal! Wir brauchen doch unser Geld zurück. Wenn Sie den Laden verkaufen, bekommen Sie die zehn Milliarden nicht mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir aber ursprünglich von der CSU so gehört, dass wir die zehn Milliarden zwar hineinstecken, aber irgendwann wieder erlösen!

- Allgemeine Unruhe)

- Ja klar! Die Frage ist: Kapitalmarktfähigkeit heißt doch nichts anderes als: Wenn ich 50,01 % - es kann von der EU auch gefordert werden - an die Börse bringe, dann bin ich an der Börse. Deswegen habe ich meinen Betrieb nicht an eine andere private Bank, wovon die Sparkassen immer Angst haben, verkauft. Richtig? Ich garantiere Ihnen eins, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn die Bank mit 50,01 % an der Börse ist, dann wird der bayerische Staat immer die Mehrheit haben, weil die Aktionäre nicht erscheinen. Also insofern sollten wir uns alle Möglichkeiten offenhalten.

Zu den Sparkassen: So sehr ich sie mag - und nachdem ich Kunde bei der Sparkasse bin, mag ich sie besonders, weil sie gut sind - so sehr bin ich strikt dagegen, dass man die Sparkassen schützt. Sie haben vor zwei Jahren gesagt, sie könnten 2,4 Milliarden schultern, und am Schluss haben sie nicht einmal eine Milliarde schultern können. Deshalb bin ich auch jetzt strikt dagegen, dass man sagt, wir legen uns fest; wenn irgendetwas passiert, dann geben wir den Sparkassen ein Vorkaufsrecht. Das würde ich bei mir nicht akzeptieren und akzeptiere ich auch nicht bei der Landesbank. - Damit bin ich fertig.

(Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Gott sei Dank!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/1391, 16/1831

zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/1502, 16/1831

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes
(Drs. 16/1391)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl und Fraktion (FW)

Drs. 16/1524, 16/1831

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes
(Drs. 16/1391)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Franz Schindler, Sabine Dittmar u.a. SPD

Drs. 16/1526, 16/1831

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes
(Drs. 16/1391)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Inge Aures, Adelheid Rupp, Susann Biedefeld u.a. SPD

Drs. 16/1584, 16/1831

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes
(Drs. 16/1391)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Ernst Weidenbusch u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 16/1698, 16/1831

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes
(Drs. 16/1391)
hier: Zustimmungsvorbehalt des Landtags

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin zu 1: **Erika Görlitz**
Berichterstatter zu 2: **Eike Hallitzky**
Berichterstatter zu 3: **Bernhard Pohl**
Berichterstatterin zu 4 und 5: **Dr. Simone Strohmayer**

Mitberichterstatter zu 1: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatterin zu 2 – 5: **Erika Görlitz**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.

Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/1502, Drs. 16/1524, Drs. 16/1526, Drs. 16/1584 und Drs. 16/1698 eingereicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/1502, Drs. 16/1524, Drs. 16/1526 und Drs. 16/1584 in seiner 35. Sitzung am 24. Juni 2009 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1526 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1584 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1524 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 FW: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1502 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/1502, Drs. 16/1524, Drs. 16/1526, Drs. 16/1584 und Drs. 16/1698 in seiner 14. Sitzung am 2. Juli 2009 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 1 Nr. 2 dem Art. 1a Abs. 1 folgende Sätze 3 und 4 angefügt werden:

„Maßnahmen nach Satz 2 bedürfen der Einwilligung des Landtags oder des vom Landtag hierzu beauftragten Landtagsausschusses, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist; ist die Einwilligung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald zu unterrichten.

⁴Art. 65 Abs. 7 der Bayerischen Haushaltsordnung bleibt unberührt.“

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1698 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Enthaltung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme zum Gesetzentwurf seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1526 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1524 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 FW: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1502 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 FW: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1584 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/1502, Drs. 16/1524, Drs. 16/1526, Drs. 16/1584 und Drs. 16/1698 in seiner 14. Sitzung am 8. Juli 2009 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1698 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1526 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1524 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1502 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1584 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/1502, Drs. 16/1524, Drs. 16/1526, Drs. 16/1584 und Drs. 16/1698 in seiner 18. Sitzung am 14. Juli 2009 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 3 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2009“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1698 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme zum Gesetzentwurf seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1526 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1524
hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1502
hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1584
hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/1391, 16/1831

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes

§ 1

Das Gesetz über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762-6-F), zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender Art. 1a eingefügt:

„Art. 1a Umwandlung

(1) ¹Die Bank kann nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften an einer Vereinigung, Spaltung (Ausgliederung, Abspaltung), Vermögensübertragung und einem Rechtsformwechsel beteiligt sein. ²Sie kann durch Beschluss der Generalversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde

1. mit anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder sonstigen Rechtsträgern durch Verschmelzungsvertrag im Weg der Übertragung ihres Vermögens auf den anderen Rechtsträger oder der Neugründung unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge verschmolzen werden;
2. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Spaltungs- und Übernahmevertrag ganz oder zum Teil auf andere bestehende oder dadurch gegründete Rechtsträger unter eigener oder unter Beteiligung der Träger der Bank an diesem Rechtsträger übertragen; wird eine unselbständige Anstalt der Bank ausgegliedert oder abgespalten, kann an die Stelle der Übertragung auf einen neu gegründeten

übernehmenden Rechtsträger die rechtliche Verselbständigung der unselbständigen Anstalt unter Beteiligung der Bank, der Träger oder mittelbaren Träger der Bank an der verselbständigten Anstalt treten;

3. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Übertragungsvertrag auf andere bestehende Rechtsträger gegen Gewährung einer Gegenleistung an die Bank oder die Träger der Bank, die nicht in einer Beteiligung besteht, übertragen;
4. durch Formwechsel in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden; die Generalversammlung stellt die Satzung der Aktiengesellschaft fest; eine notarielle Beurkundung ist nicht erforderlich; die Träger der Bank gelten als Gründer der Aktiengesellschaft und erhalten die Aktien entsprechend ihrem Anteil am Grundkapital der Bank;
5. als übernehmender Rechtsträger an Verschmelzungen, Spaltungen oder Vermögensübertragungen beteiligt sein.

³Maßnahmen nach Satz 2 bedürfen der Einwilligung des Landtags oder des vom Landtag hierzu beauftragten Landtagsausschusses, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist; ist die Einwilligung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald zu unterrichten. ⁴Art. 65 Abs. 7 der Bayerischen Haushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) ¹Bei einer Umwandlung nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 sind bestehende Rechte der Gläubiger der Bank zu wahren. ²Die Gewährträgerhaftung nach Art. 4 und 22 gilt fort. ³Das Nähere über die Umwandlung regelt die Satzung der Bank.

(3) ¹Wird die Bank nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 als übertragender Rechtsträger mit einem anderen Rechtsträger verschmolzen oder überträgt sie nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 oder 3 eine rechtlich unselbständige Anstalt auf einen anderen Rechtsträger, geht die Trägerstellung der Bank an der unselbständigen Anstalt auf den übernehmenden Rechtsträger über. ²Ist der übernehmende Rechtsträger eine juristische Person des Privatrechts, wird dieser mit der Trägerschaft an der unselbständigen Anstalt beliehen. ³Im Fall des Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 wird die Bank mit Wirksamwerden eines Formwechsels mit der Trägerschaft an ihren rechtlich unselbständigen Anstalten beliehen. ⁴Die Anstalten unterliegen der Rechtsaufsicht entsprechend Art. 17 Abs. 1 und 2. ⁵Der beliehene Träger unterliegt hinsichtlich der Beachtung des öffentlichen Auftrags der Anstalten der Fachaufsicht

der Aufsichtsbehörde gemäß Art. 17 Abs. 1 Satz 1; sie kann ihm insoweit Weisungen erteilen.

(4) ¹Im Rahmen von Umwandlungsvorgängen nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2 kann die Bank zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte auch rechtlich selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts als übernehmende Rechtsträger errichten oder ihre unselbständigen Anstalten verselbständigen. ²Diese selbständigen Anstalten haben einen Vorstand, dem die Geschäftsführung der Anstalten obliegt, und einen Verwaltungsrat. ³Weitere Einzelheiten über die Aufgaben, Befugnisse, Vertretung und Rechtsverhältnisse dieser Anstalten sowie über die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse ihrer Gremien werden in einem von der Bank zu erlassenden Statut bestimmt, soweit dieses Gesetz keine Regelung trifft. ⁴Art. 17 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. ⁵Geht die Trägerschaft an diesen Anstalten nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 auf eine juristische Person des Privatrechts über, wird diese mit der Trägerschaft an der übernehmenden Anstalt beliehen. ⁶Abs. 3 Satz 5 gilt entsprechend.

(5) Umwandlungen nach Abs. 1 sind Umwandlungen im Sinn des Umwandlungsgesetzes, auf die dessen Vorschriften entsprechend anzuwenden sind, soweit dieses Gesetz, die Satzung der Bank oder ein Staatsvertrag nicht etwas anderes bestimmen.

(6) Bei Umwandlungen nach Abs. 1 ist das besondere Interesse der Träger, im Fall der Beleihung der mittelbaren Träger an der Aufgabenerfüllung der unselbständigen Anstalten zu berücksichtigen.“

3. Art. 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Die Bank hat insbesondere die Aufgabe, in Bayern durch ihre Geschäftstätigkeit unter Beachtung der Markt- und Wettbewerbserfordernisse den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. ²Sie ist eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert.

(2) ¹Die Bank unterstützt durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben. ²Sie ist Sparkassenzentralbank und betreibt ihre Geschäfte insoweit unter Berücksichtigung der Belange der Sparkassen. ³Sie ist auch Kommunalbank und übernimmt für den Freistaat Bayern die Funktion einer Hausbank.“

b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Bank kann zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte insbesondere

1. Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen ausgeben und sonstige Schuldbuchforderungen begründen,
 2. Unternehmen oder Beteiligungen daran erwerben oder veräußern,
 3. sich an Verbänden beteiligen,
 4. Gesellschaften gründen,
 5. rechtlich unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts innerhalb der Bank errichten,
 6. die Trägerschaft an anderen Anstalten des öffentlichen Rechts ganz oder zum Teil durch Vertrag übernehmen; dies gilt nicht für Sparkassen.“
4. Art. 3 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:

„⁴Die Anteilhaber des beliehenen Trägers sind mittelbare Träger der Bank (mittelbare Träger).“
 - bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.
 - b) In Abs. 2 Nr. 5 werden die Worte „und die Generalversammlung“ gestrichen.
5. In Art. 4 Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „ihren“ die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden“ eingefügt.
6. Art. 8 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Der Verwaltungsrat besteht vorbehaltlich der Regelung in Abs. 3 aus elf Mitgliedern. ²Er setzt sich zusammen aus

 1. dem Staatsminister der Finanzen,
 2. dem Staatsminister des Innern,
 3. dem Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie,
 4. einem weiteren Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen,
 5. einem Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse,
 6. einem Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände,
 7. einem Vertreter der Personalvertretung der Bayerischen Landesbank,
 8. vier weiteren externen Mitgliedern, die vom Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bestellt werden.

³Für jedes Verwaltungsratsmitglied können bis zu zwei Stellvertreter bestellt werden. ⁴Die Mitglieder

gemäß Nrn. 5 und 6 werden vom Sparkassenverband Bayern, das Mitglied gemäß Nr. 7 wird von der Personalvertretung der Bank bestellt.“

- b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Staatsminister der Finanzen.“

- c) Abs. 5 Satz 3 wird aufgehoben.

- d) Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Mitglieder gemäß Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 verfügen über ein doppeltes Stimmrecht, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.“

- e) Es werden folgende Abs. 7 und 8 angefügt:

„(7) Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats muss über Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen.

(8) Das Nähere über Zusammensetzung, Aufgaben, Geschäftsgang und sonstige Rechtsverhältnisse des Verwaltungsrats regelt die Satzung.“

7. Art. 10 erhält folgende Fassung:

**„Art. 10
Generalversammlung**

(1) ¹Die Träger bzw. im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 die mittelbaren Träger üben ihre Rechte in Bezug auf die Bank in der Generalversammlung aus. ²Die Generalversammlung beschließt insbesondere über die Satzung der Bank.

(2) ¹Die Träger entsenden jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung. ²Im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 entsenden die mittelbaren Träger an Stelle des beliebigen Trägers jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung.

(3) ¹Das Stimmrecht wird entsprechend dem Anteil der Träger am Grundkapital der Bank einheitlich durch jeweils einen Vertreter des jeweiligen Trägers (Stimmführer) ausgeübt. ²Im Fall der Beleihung richtet sich das Stimmrecht der Stimmführer der mittelbaren Träger nach ihrem mittelbaren Kapitalanteil an der Bank.

(4) Das Nähere regelt die Satzung.“

8. Art. 21 Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden und bis zu sechs weiteren Mitgliedern, die auf Vorschlag des Staatsministers des Innern berufen werden. ³Den Vorsitz führt der Staatsminister des Innern oder ein von ihm benannter Vertreter.“

9. Art. 22 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die Haftung des Sparkassenverbands Bayern entfällt für zukünftig begründete Verbindlichkeiten, sobald der Sparkassenverband Bayern nicht mehr unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Landesbodenkreditanstalt beteiligt ist.“

- b) In Abs. 3 wird das Wort „Kapitalanteilen“ durch die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden unmittelbaren oder mittelbaren Anteilen am Kapital der Landesbodenkreditanstalt“ ersetzt.

§ 2

Art. 24 des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen - Sparkassengesetz – SpkG - (BayRS 2025-1-1), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 461), wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 wird aufgehoben.
2. Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich rufe Tagesordnungs-
punkt 20 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des
Sparkassengesetzes (Drs. 16/1391)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

(Drs. 16/1502)

und

**Änderungsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl und
Fraktion (FW)**

(Drs. 16/1524)

und

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/1526 und
16/1584)**

und

**Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU- und der FDP-Fraktion
hier: Zustimmungsvorbehalt des Landtags (Drs. 16/1698)**

Ich eröffne die Aussprache und stelle fest, dass zehn Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart worden sind.

Erster Redner ist Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, Hohes Haus! Die Entscheidung über Gesetze gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Ohne die Beratung der anderen Gesetze, die wir gestern und heute schon auf der Tagesordnung hatten, abwerten zu wollen, glaube ich, dass gerade die Änderung des Bayerischen Landesbankgesetzes zu den besonders bedeutenden Gesetzentwürfen gehört, legen wir doch mit dieser Änderung den Rahmen für das künftige Handeln der Landesbank fest. Wenn das Parlament nun entscheidet, müssen wir uns deshalb unserer Verantwortung besonders bewusst sein, dass dies auch weitreichende Konsequenzen haben kann.

Es geht um Folgendes. Wie sind die Aufgaben der Landesbank künftig definiert? Wie setzen sich die Gremien zusammen? Wer hat welche Befugnis? Wie wird die Kontrolle ausgeübt? Welche Lehren ziehen wir aus dem Debakel des vergangenen Jahres?

Kaum ein Ereignis hat so nachhaltig in den Haushalt des Freistaates Bayern eingegriffen. Für die Entscheidung des Vorstandes der Landesbank - meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich diesen Vergleich zum Thema Haushaltspolitik und Budgethoheit einmal in aller Ruhe bewusst machen -, die Gewährträgerhaftung auf über 100 Milliarden Euro zu erhöhen, waren und ist keine Zustimmung des Parlament vorgeschrieben.

Zum Vergleich: Der Finanzminister, der hier anwesend ist, hat nach der Haushaltsordnung bei Maßnahmen, die den Staatshaushalt betreffen, nur ein Notbewilligungsrecht unter engen Voraussetzungen, und zwar in der Regel begrenzt auf eine Größenordnung von bis zu fünf Millionen Euro. Das sind die unterschiedlichen Positionen, wer hier Geld ausgeben darf und wer stark gestaltet. Wir haben das im letzten Jahr erfahren.

Bei der Landesbank bestanden für den Vorstand keine derartigen Beschränkungen. Würde es die Gewährträgerhaftung für neue Verbindlichkeiten der Bank immer noch geben, müssten wir hier über ein gesetzliches Limit diskutieren, und nach meiner Auffassung müssten wir dort auch definitiv eine Grenze einziehen.

Bevor ich auf den Gesetzentwurf, seine Veränderungen und die Beratungsergebnisse in den Ausschüssen eingehe, möchte ich einige Worte des Dankes und der Anerkennung aussprechen. Dank gilt allen Fraktionen für die kritische und engagierte Beratung des Änderungsgesetzes. Dank gilt insbesondere auch dem Rechtsausschuss, der gestern Vormittag dafür gesorgt hat, dass wir heute die Zweite Lesung durchführen können und damit auch die Verabschiedung möglich ist.

Wir alle verfolgen eine klare Zielsetzung. Wir wollen sicherstellen, dass sich eine solche Schieflage, wie sie im Herbst letzten Jahres bei der Bayerischen Landesbank eingetreten ist, in Zukunft nicht wiederholt.

Die Änderung der gesetzlichen Grundlagen im Gesetz über die BayernLB ist neben der Aufarbeitung der Geschehnisse und der Ausgestaltung des zukünftigen Geschäftsmodells ein ganz wesentlicher Bestandteil dieses Klärungs- und Anpassungsprozesses.

Nun zu der Frage: Was ist das Wesentliche und Neue an diesem Gesetzentwurf? Drei Änderungen sind aus meiner Sicht besonders hervorzuheben: Erstens: Die Aufgaben sind neu definiert worden. Wichtig ist, dass die gesetzliche Regelung über die Aufgaben der Bayerischen Landesbank nur den Rahmen bzw. die Leitplanken für das zukünftige Geschäftsmodell darstellt. Für die konkrete Ausgestaltung des Geschäftsmodells, mit dem die Bayerische Landesbank in Zukunft bestehen will, hat der Vorstand ein Konzept vorzulegen und mit dem Verwaltungsrat abzustimmen. Man wird sehen, ob und inwieweit im Zuge des Beihilfegenehmigungsverfahrens darüber hinaus auch Vorgaben der EU-Kommission zu beachten sind. In jedem Fall werden die Eckpunkte des zukünftigen Geschäftsmodells auch mit Vertretern des bayerischen Parlaments abgestimmt, nämlich im Rahmen der Landesbankkommission und dem für Beteiligungen zuständigen Haushaltsausschuss.

Zweitens: Außerdem ist wichtig, dass erstmals das Personal im Verwaltungsrat vertreten ist. Die Interessen der Mitarbeiter und Beschäftigten der BayernLB waren bislang im Verwaltungsrat nicht vertreten. Angesichts der aktuellen Situation bei der Landesbank

war jedoch ein Umdenken angesagt. Aus Respekt vor der Leistung und dem Umstrukturierungsbeitrag der Mitarbeiter erscheint es geboten, in den Verwaltungsrat einen Personalvertreter aufzunehmen, der die Interessen der Beschäftigten vertritt. An dieser Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten recht herzlich danken, der diese Initiative angestoßen hat.

Drittens: Bei den Beratungen im Landtag haben wir erreicht, dass Umwandlungsmaßnahmen bei der Bank nur mit Zustimmung des Parlaments möglich sind. Nach dem Gesetzentwurf der Staatsregierung wären für Umwandlungsmaßnahmen nach den Regelungen im Landesbankgesetz nur ein Beschluss der Generalversammlung und die Einwilligung der Aufsichtsbehörde erforderlich gewesen. Die Zustimmung des Bayerischen Landtags war nach der einschlägigen Regelung im Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht vorgesehen.

Die kritische Diskussion im Rahmen der parlamentarischen Beratungen hat jedoch gezeigt - und das war auch Ihr Beitrag von den Oppositionsfraktionen -, dass in diesem Punkt Nachbesserungsbedarf besteht. Mit Blick auf das Demokratieprinzip und die Gewaltenteilung sowie das Budgetrecht des Parlaments erscheint die Frage nach einer angemessenen und verbindlichen Beteiligung des Landtags an den Entscheidungen über größere Umstrukturierungen im Bereich der Landesbank berechtigt, zumal im Verwaltungsrat, dem Kontrollgremium innerhalb der Bank, Mitglieder des Parlaments auch künftig nicht vertreten sein werden. Vor diesem Hintergrund haben die Regierungsfraktionen einen Änderungsantrag eingebracht, der Umwandlungsmaßnahmen unter den Zustimmungsvorbehalt des Landtags stellt.

Auch wenn die Forderungen der Oppositionsparteien im Hinblick auf die Beteiligung von Fraktionsvertretern im Verwaltungsrat noch erheblich weitergingen, bestand bei den Beratungen in den Ausschüssen quer über alle Fraktionen Einigkeit darüber, dass dieser Zustimmungsvorbehalt zugunsten des Landtags richtig, sinnvoll und geboten ist.

Grundsätzlich möchte ich ansprechen: Der Bayerische Landtag ist Volksvertreter, Haushaltsgesetzgeber und Kontrolleur der Exekutive. Daher gelten Offenheit, Transparenz und Kontrolle. Im Haushaltsplan zum Beispiel haben wir ein eigenes Kapitel zum Thema Landesbank. Dies ermöglicht eine kontinuierliche Kontrolle des staatlichen Handelns. An dieser Stelle darf ich auf einen interessanten Beitrag von Heribert Prantl in der SZ vom 27. Juni verweisen, wo er schreibt: Das Parlament braucht neue Kraft.

Das Parlament ist für die Kontrolle der Exekutive verantwortlich, auch dort, wo die Exekutive, zum Beispiel im Verwaltungsrat der BayernLB, selbst eine kontrollierende Funktion wahrnimmt. Der Zustimmungsvorbehalt zugunsten des Landtags bei Umstrukturierungen im Rahmen umwandlungsrechtlicher Maßnahmen stärkt gerade hier die Rolle des Parlaments und hat daher eine wichtige, grundsätzliche und klarstellende Funktion.

In Bezug auf die Bayerische Landesbank hat der Bayerische Landtag sogar eine eigene Kommission eingesetzt, die die Krisenbewältigung der BayernLB parlamentarisch begleitet. Besonderer Dank gilt daher den Mitgliedern der Landesbankkommission und ihrem Vorsitzenden Ernst Weidenbusch. Die Kommission - Sie, die Damen und Herren dort - nimmt im Zusammenwirken der Fraktionen eine allseits respektierte, aber auch schwierige Aufgabe wahr. Die Landesbankkommission hat kürzlich einstimmig den Auftrag für ein Gutachten beschlossen, das Verantwortlichkeiten und Haftungsfragen im Zusammenhang mit den hohen Verlusten der BayernLB im internationalen Kapitalmarktgeschäft klären soll.

Diese Aufklärung, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, liegt vor allem im Interesse der Steuerzahler, die die im Herbst beschlossene Stützungsaktion mit einer Kapitalerhöhung von 10 Milliarden Euro finanzieren müssen.

Auch der Oberste Rechnungshof kann einen Beitrag leisten, insbesondere in Bezug auf Fragen, wo die Bayerische Haushaltsordnung strengere Vorgaben benötigt, um solche Risiken, wie sie sich hier entwickelt haben, künftig zu vermeiden.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Für eine nachhaltige Verbesserung der Geschäfts- und Kontrollstrukturen bei der Bayerischen Landesbank muss man an mehreren Punkten ansetzen: erstens bei dem Handeln der verantwortlichen Personen. Hier muss man die Geschehnisse aus der Vergangenheit aufarbeiten. Das erwarten die Bürger Bayerns, und das ist auch erforderlich, um für die Zukunft die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Justiz ermittelt unabhängig und wird ihrem gesetzlichen Auftrag zur Aufklärung nachkommen.

Zweitens: Bei den Geschäftsstrukturen der Landesbank und ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung geht es um den öffentlichen Auftrag, das künftige Geschäftsmodell und die strategischen Weichenstellungen im operativen Geschäft.

Drittens: Bei den Kontrollmechanismen neben den aufsichtsrechtlichen Strukturen richtet sich dabei der Fokus insbesondere auf den Verwaltungsrat der BayernLB, aber eben auch auf den Bayerischen Landtag als Vertreter der Legislative.

Zum Schluss möchte ich festhalten: Die Änderung des Landesbankgesetzes ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung, wenngleich noch viel zu tun bleibt.

Abschließend danke ich - -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ja, kommen Sie bitte zum Schluss.

Georg Winter (CSU): Abschließend danke ich Herrn Staatsminister Fahrenschon für die engagierte Arbeit in Sachen Landesbank, dem Ausschussdienst des Landtags, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen für die Unterstützung bei der Vorbereitung der parlamentarischen Beratungen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Winter. Die nächste Wortmeldung hat Frau Aures.

Inge Aures (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben es heute gehört: Die Krise kommt aus Amerika. Das möchte ich verneinen. Die Krise ist eine hausgemachte Krise, die bei uns in Bayern entstanden ist und ein bisschen von Amerika mitverursacht worden ist.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU)

- Ich weiß, es wäre Ihnen ganz recht, wenn Sie das abschieben könnten auf andere. Aber diesen Schuh müssen Sie sich schon selber anziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zuerst einmal möchte ich sagen, wir würden heute nicht hier stehen und müssten das Landesbankgesetz nicht beraten, hätten Sie, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen vor allem von der CSU - die FDP war noch nicht mit in der Regierung -, die Bayerische Landesbank nicht volle Kanne an die Wand gefahren. Das ist nun einmal so. Dann wäre die Änderung dieses Gesetzes nicht notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sagen Sie, man wolle das für den Wettbewerb öffnen. Aus meiner Sicht müsste das Gesetz so geändert werden, dass man sowohl den Vorstand als auch den Verwaltungsrat einfängt, damit die eben nicht mehr tun und lassen können, was sie wollen, wie es in der Vergangenheit war.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir als SPD-Fraktion erstens: kein doppeltes Stimmrecht für die Vertreter - es sind ja jetzt vier, drei Minister und ein Vertreter aus dem Ministerium, der Staatsregierung. Zweitens: Wir wollen die Vertretung aller Fraktionen des Landtags im Verwaltungsrat haben, und zwar aus folgendem Grund: Wir sind als Bayern zu 94 % Eigentümer der Landesbank, und wir, das ist das bayerische Volk, das sind die Steuer-

zahlerinnen und Steuerzahler, müssen als Landtag dort vertreten sein und nicht nur die Staatsregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen fordern wir auch eine Personalvertretung. Das ist draußen schon gang und gäbe, nur wir hinken noch hinterher. Als Feigenblatt hat man jetzt ein Mitglied des Personalrats hineingenommen. Wir als SPD fordern, dass drei Personen die Arbeitnehmerseite vertreten, um adäquat repräsentiert zu sein. Deshalb ist das ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Eines verstehe ich nicht. Herr Minister Herrmann - er ist jetzt schon gegangen - hat beim Sparkassentag am 25. Juni in Schweinfurt gesagt, als es bei den Sparkassen um die Beteiligung der Mitarbeiter ging, er wolle das in seinem Haus noch einmal prüfen. Das hat er den Verdi-Vertretern versprochen. Ich frage mich: Was hat das Gesetz in der Tagesordnung zu suchen, wenn er erst verspricht, es werde offen geprüft und alles werde detailliert noch einmal hinterfragt, aber heute Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen?

Herr Weidenbusch, ich möchte mich bei Ihnen für die kollegiale Zusammenarbeit bedanken. Wir stoßen zwar manchmal zusammen, aber das gehört dazu, und das finde ich nicht tragisch.

Eines fanden wir vonseiten der SPD ganz gut. Es ist aufgefallen, dass der Landtag bei Veräußerungen oder strukturellen Veränderungen nicht beteiligt worden wäre. Deswegen mussten Sie das Gesetz jetzt ändern. Es ist sehr gut, dass Ihnen das aufgefallen ist.

Leider können wir trotzdem nicht zustimmen. Ich lese Ihnen einmal Folgendes vor:

Zustimmung bei Veräußerungen und strukturellen Maßnahmen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist. Ist die Einwilligung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald zu unterrichten.

Was heißt das auf Deutsch? Wenn das Gesetz am 1. August in Kraft tritt, können Sie machen, was Sie wollen. Sie haben dann einen Persilschein. Da können Sie nach wie vor so schalten und walten, wie es in der Vergangenheit war. Sie besorgen sich also durch die Hintertür die volle Kompetenz. Aber das kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern noch einmal, sich auf die Kerngeschäfte zu konzentrieren. Das hatten Sie schon für die Vergangenheit versprochen, aber nicht getan. Die heimische Wirtschaft sollte gestärkt werden. Konsortialkredite für die Firmen der Regionen sind ja Mangelware. Man hat wochenlang darauf gewartet, dass bei der Landesbank endlich einer Nein gesagt hat, das heißt, dass es keine Konsortialkredite vor allem mit den Sparkassen gibt. Hier fordern wir, dass sich die Zusammenarbeit mit den Sparkassen wieder wesentlich verbessert. Wir sind Partner, auch wenn die Sparkassen jetzt nur noch 6 % halten.

Ich sage Ihnen - es ist schön, dass das auch im Protokoll stehen wird -: Herr Minister, ich hoffe, Sie halten sich daran, dass sich Vorstand und Verwaltungsrat in Zukunft gefälligst ein anderes Hobby suchen sollten, statt dauernd unser Geld zu verjubeln, Hotels zu betreiben, Golfplätze zu unterhalten, Skihallen zu bauen oder gar Fluglinien zu unterhalten. Dies kann nicht unsere Aufgabe sein. Sie wollten das Geld nicht verjubeln, sondern dafür sorgen, dass es in die Kasse zurückkommt.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist Herr Huber nicht mehr da. Er hat heute mehrmals gesprochen. Heute früh hat er gesagt - ich habe mir alles mitgeschrieben -, man habe bei der Kernenergie alles im

Griff, sie sei bestens kontrolliert. Das hat er aber auch in Bezug auf die Landesbank gesagt. Wenn das auch für die Kernenergie so gelten soll, dann gute Nacht!

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimmste daran ist, dass der Mann das, was er hier sagt, auch noch glaubt. Das hat man heute gemerkt. Das hat er nämlich später im Rahmen der Wirtschaftsdiskussion erneut vorgetragen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das verstehe ich nicht.

Ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen. Das sage ich auch dem Verwaltungsratsvorsitzenden. Es werden jetzt wieder munter Vorstände in Rente geschickt. Gleichzeitig werden neue eingestellt. Hätte man nicht, statt jetzt vollendete Tatsachen zu schaffen, erst einmal warten sollen, bis man weiß, was die EU eigentlich will und wohin die Reise gehen soll?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel von uns allen muss sein - über alle Parteien hinweg -: Die zehn Milliarden Euro müssen zurück in die Staatskasse. Die Zinsbelastung, die uns das Geld kostet, beträgt schätzungsweise 500 Millionen Euro pro Jahr. Dieses Geld fehlt uns. Ich denke, dieses Geld können wir besser für Schulen, Universitäten, soziale Einrichtungen usw. verwenden. Außerdem könnten damit viele Arbeitsplätze finanziert werden.

Gut ist, dass man die Gehälter der Manager jetzt durch die Begrenzung ein bisschen zurückgestuft hat. Diese Notwendigkeit hat man endlich eingesehen. Man hat im Mai Konsequenzen gezogen. Die werden jetzt ihre Früchte tragen.

Man sollte auch einmal darüber nachdenken, Bonuszahlungen aus einer Zeit, in der sie ausgereicht wurden, zurückzufordern.

Die Finanzexperten Faltlhauser, Huber & Co. - so möchte ich die einmal zusammenfassen - sind zusammen eine Arbeitsplatzvernichtungsmaschine. Herr Minister, Sie haben in Ihrer Rede vorhin gesagt, Sie hätten seit Januar bei der Förderbank Kredite von 210 Millionen Euro ausgegeben. Ich habe dreimal nachgerechnet, damit ich mich bei den

vielen Nullen nicht vertue. 210 Millionen von 10 Milliarden Euro sind schlappe 2,1 %. Das bezieht sich auf 900 Unternehmen. Aber Sie hätten 45.000 Firmen fördern können, wenn Sie die 10 Milliarden Euro in die Wirtschaft gepumpt hätten statt in ein schwarzes Loch.

(Beifall bei der SPD)

In der Zukunft wird es bei den Sparkassen um viel Geld gehen. Die Sparkassen leiden unter der Situation ja auch. Das wird immer schöngeredet. Aber das Geld fehlt den Kommunen in den Steuerkassen. Heute konnten wir in der Zeitung lesen, wie es sich damit verhält. Ich denke, man sollte die Dinge nicht schönreden, sondern selber nachschauen, wie es sich damit verhält.

Im Übrigen, stimmen Sie, Herr Minister, mich ein bisschen hoffnungsvoll. Heute steht in der Zeitung, Sie seien ein charismatischer Minister. Also schauen wir mal. Ich habe mir sagen lassen, Sie haben schon einmal in der Landesbank gearbeitet. Auch bei unserem Ministerpräsidenten - er ist leider schon weg - habe ich ein bisschen Hoffnung. Dessen Bruder ist ein exzellenter Sparkassendirektor. Ich war einmal seine Chefin; deshalb weiß ich, wovon ich rede. Da habe ich die Hoffnung, dass der Sparkassendirektor dem Ministerpräsidenten sagt, wo es in der Zukunft langgehen soll.

Es fehlt also ein Haufen Geld. Es muss wieder zurück. In der Zukunft sollten wir auf jeden Fall versuchen, die Öffentlichkeit einzubinden. Wir dürfen nicht immer so tun, als unterläge alles der Geheimhaltung; denn wenn wir am nächsten Tag in die Zeitung schauen, sehen wir, dass alles brühwarm mitgeteilt wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass Sie unseren Änderungsantrag schon übernommen haben. Leider haben Sie sich wieder einen Persilschein ausgestellt. Aber nun passe ich auf; keine Sorge!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Pohl von den Freien Wählern zu Wort gemeldet.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen warne ich ausdrücklich davor, zu glauben, die Änderung des Landesbankgesetzes würde ein Desaster, wie wir es erlebt haben, verhindern. Maßgeblich sind immer noch die handelnden Personen in Vorstand und Verwaltungsrat.

Trotzdem ist es unsere Aufgabe als Gesetzgeber, die Leitplanken festzuziehen, die Grenzen zu bestimmen, innerhalb derer sich Vorstand und Verwaltungsrat künftig bewegen können.

Es geht um drei Punkte: erstens Redimensionierung, zweitens Veräußerung und Umwandlung, drittens Neubesetzung des Verwaltungsrats.

Die Redimensionierung ist keine Erfindung der Regierungskoalition. Die Redimensionierung haben alle Fraktionen dieses Hauses gefordert, nicht zuletzt auch die Europäische Union.

Die Landesbank hat sich künftig auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren: die Förderung der heimischen Wirtschaft. Frau Kollegin Aures, Sie haben völlig recht: Was hätte man mit diesen 10 Milliarden plus 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 alles machen können! Wir haben nicht die heimische Wirtschaft gefördert, sondern die Immobilienwirtschaft in Tennessee und Massachusetts, und das unter dem Deckmantel eines öffentlichen Auftrags!

Die Redimensionierung geht ganz sicher in die richtige Richtung. Hier ist dem Gesetzentwurf der Staatsregierung, aber auch den Gesetzentwürfen der anderen Fraktionen, der Freien Wähler, der GRÜNEN und der SPD, uneingeschränkt zuzustimmen.

Bei Veräußerung und Umwandlung fordern wir eine doppelte Zustimmung. Erstens muss der Bayerische Landtag zustimmen. Ich finde es gut, dass die Regierungskoalition, Herr

Kollege Winter, unseren Vorschlägen hier gefolgt ist. Denn es ist in der Tat richtig: Der Landtag hat die Budgethoheit. Die Landesbank wird über Jahre, vielleicht sogar über Jahrzehnte unsere Haushalte bestimmen. Sollte die Bayerische Landesbank gegen die Wand fahren, bedeutet das einen Schaden von möglicherweise 100 Milliarden Euro. Deshalb ist es absolut berechtigt, bei Umwandlungen und Veräußerungen den Bayerischen Landtag zu beteiligen.

Wir meinen, dass aber auch die Sparkassen beteiligt werden müssen. Sie müssen auch ein Vetorecht bekommen. Faktisch hatten sie das bisher schon; denn sie waren zu 50 % beteiligt. Jetzt sind sie noch zu fünf-Komma-x Prozent beteiligt, sodass sie eine Veräußerung, Teilveräußerung oder Umwandlung nicht mehr verhindern können. Aber sie sind nach wie vor in der nachgelagerten Gewährträgerhaftung. Wenn etwas schiefgeht, haften die Sparkassen gesamtschuldnerisch zusammen mit dem Freistaat Bayern. Deswegen ist es erforderlich, dass die Sparkassen nach wie vor etwas mitzureden haben.

Zweitens. Die Landesbank will stärker gemeinsame Geschäfte mit den Sparkassen betreiben, um erfolgreich zu sein. Das bedeutet aber auch, dass Vertrauen geschaffen werden muss, das zum Teil verloren gegangen ist. Dieses Zustimmungserfordernis - dieses Vetorecht - wäre eine vertrauensbildende Maßnahme.

Drittens, Verwaltungsrat. Hier spreizt sich die Regierungskoalition besonders. Ich verstehe es nicht. Wir haben nämlich gesagt, dass wir keinen zweiten Mann aus dem Finanzministerium brauchen. Herr Staatsminister, Sie reichen uns aus dem Finanzministerium! Es macht doch keinen Sinn, wenn Sie - mit Verlaub - einen Menschen mitbringen, der Ihren Weisungen unterworfen ist. Da könnten Sie gleich Ihr Stimmrecht verdoppeln oder, in Ihrem Fall, vervierfachen. Wenn Sie von Sachverständigen Rat brauchen, dann können Sie den doch jederzeit in Ihrem Haus einholen, deswegen muss doch kein zweiter Mann drin sitzen.

Wir fordern aber, dass der bayerische Ministerpräsident da drin sitzt, der auch die Verantwortung für die Geschicke dieser Landesbank zu übernehmen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wie war es denn in der Vergangenheit? - Es gab einen Sauter, der wegen 300 Millionen gehen musste, wegen einer Entscheidung, die er noch nicht einmal mitgetragen hat, sondern die ihm diktiert wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Sauter (CSU))

Er musste gehen, der Ministerpräsident saß ruhig in seinem Sessel. Auch Erwin Huber hat die Verantwortung übernommen. War es aber Erwin Huber allein, meine Damen und Herren? Ich sage: Bei dieser Lage der Landesbank ist es erforderlich, dass der Chef höchstpersönlich im Verwaltungsrat sitzt, ganz abgesehen davon, dass der bayerische Ministerpräsident natürlich auch den größten Sachverstand im Kabinett mitbringt.

(Lachen bei der SPD)

Da hat Herr Kollege Huber im Wirtschaftsausschuss herzlich gelacht. Ich weiß heute noch nicht, warum er das getan hat. Das ist nun einmal so. Herr Kollege Weidenbusch, Sie werden sich gewiss darüber Gedanken gemacht haben, warum nicht Sie Ministerpräsident geworden sind, sondern Herr Seehofer.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das liegt an den Einkommensmöglichkeiten!)

- Herr Kollege Weidenbusch, da gratuliere ich Ihnen. - Meine Damen und Herren, der bayerische Ministerpräsident gehört dort hin, damit er politische Verantwortung übernimmt, aber nicht nur der bayerische Ministerpräsident: Alle Fraktionen gehören in den Verwaltungsrat hinein.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Der Herr Pohl!)

Wir haben gefordert, je ein Vertreter der Fraktionen soll dort hinein. Das war ein Angebot, meine Damen und Herren - das haben Sie wahrscheinlich gar nicht gemerkt - der Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, hier eine Mitverantwortung zu übernehmen. Die CSU in ihrer zurückgewonnenen Arroganz meint aber, sie könne dieses Angebot ausschlagen, weil sie natürlich über den viel größeren Sachverstand verfügt, wie sie jedenfalls meint.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Herr Kollege, ich sage Ihnen eines: Das Schicksal dieser Regierung wird nach dieser Abstimmung untrennbar mit dem Schicksal der Bayerischen Landesbank verbunden sein.

(Unruhe)

Wenn die Bayerische Landesbank in Turbulenzen gerät, haben Sie das allein zu verantworten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dann sind wir völlig außen vor.

(Zuruf von der CSU: Glückwunsch!)

Wir haben es anders vorgeschlagen. Wir haben, der katastrophalen Situation der Bank geschuldet, unsere Mitarbeit angeboten. Sie wollten sie nicht haben. Sie werden jetzt die Verantwortung und die Konsequenzen alleine zu tragen haben.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sagen Sie den anderen Fall auch!)

- Herr Kollege Weidenbusch, sparen Sie sich Ihren Zwischenruf.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch)

Ich rede jetzt zu Ende; Sie können danach noch Ausführungen machen.

(Zuruf von den Freien Wählern: Nein!)

Zwei Vertreter aus dem Personalrat müssen in den Verwaltungsrat, nicht nur ein Vertreter, sondern zwei Vertreter, genauso viele wie die Sparkassen stellen; denn in dieser Bank werden Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Deswegen ist es berechtigt, die Mitarbeitervertreter in stärkerem Umfang als von der Regierung gewünscht einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich möchte mich bei Staatsminister Fahrenschoen für die gute und offene Zusammenarbeit bedanken, auch beim Kommissionsvorsitzenden Weidenbusch für die kollegiale Zusammenarbeit. Ich möchte mich ausdrücklich den Worten von Frau Aures anschließen, dass wir die Debatten öffentlich führen sollten. Die Nichtöffentlichkeit muss die Ausnahme bleiben; denn der Steuerzahler hat ein Recht darauf zu erfahren, was in der Vergangenheit mit der Landesbank passiert ist und wohin sie in Zukunft geht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Wir, die Freien Wähler, haben beizeiten Anträge auf Aufklärung und Prüfung zivilrechtlicher Haftung gestellt. Wir haben - leider vergeblich - auch gefordert, dass strafrechtlich die Zügel etwas stärker angezogen werden und dass die Justizministerin als Chefin der Staatsanwaltschaft ihrer Verantwortung hier besser nachkommt - leider vergeblich. Dennoch werden wir auch diesen Aspekt nach wie vor im Auge behalten und keine Ruhe geben. Hier geht es um 14,8 Milliarden plus X, um einen gigantischen Schaden, der dem Freistaat Bayern durch die Unfähigkeit von Vorstand und Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank entstanden ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Pohl. Ehe ich Herrn Halitzky für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an das Podium bitte, möchte ich bekannt geben,

dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Gesetzentwurf auf Drucksache 16/1391 beantragt hat.

(Zuruf von der SPD: Aus gebotenem Anlass!)

Bitte, Herr Hallitzky.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wird das auch im Biergarten bekannt gegeben? - Peter Winter (CSU): Warum, sind da so viele von euch dort?)

- Ich gehe davon aus, dass das nicht das Problem der SPD ist.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich ausdrücklich den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Georg Winter an, der betont hat, dass die Debatte, die wir hier heute über die Reform des Landesbankgesetzes führen, zu den wichtigsten Debatten dieser Plenarwoche gehört.

(Margarete Bause (GRÜNE): Deswegen ist sie so spät am Nachmittag!)

Ich bitte die Kollegen der CSU, das an die Herren Seehofer und Schmid weiterzugeben, die es nicht für nötig befinden, bei dieser Debatte dabei zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern - Thomas Kreuzer (CSU): Drei oder vier GRÜNE sind nur da! - Peter Winter (CSU): Ihre Kollegen sind auch nicht da!)

Herr Seehofer und Herr Schmid meinten aber, sie müssten sich nach einer vierstündigen Debatte über die zeitliche Terminierung mokieren.

Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich hätte der CSU auch empfohlen, eine namentliche Abstimmung zu beantragen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie viele sind denn von euch da?)

- Von der Opposition dürften wohl im Moment mehr da sein als von Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir hatten die große Chance, durch eine grundlegende Reform des Landesbankgesetzes gemeinsam - -

(Thomas Kreuzer (CSU): Drei GRÜNE sind da!)

- Zählen wir durch, ich zähle in dem Fall mit: Eins, zwei, drei, vier, fünf, mit Ludwig Hartmann sechs. Jetzt rechnen Sie das mal für Ihre Fraktion aus.

(Alexander König (CSU): Das ist eine lächerliche Diskussion!)

- Das ist keine lächerliche Diskussion. Sie haben die Terminierung der Debatte über die Regierungserklärung soeben moniert. Dann ist es keine lächerliche Diskussion, wenn ich Sie darauf aufmerksam mache, dass diejenigen, die sich soeben beschwert haben, jetzt nicht da sind, Herr Kollege.

Ich komme nun zum Inhalt. Sie haben die Chance einer grundlegenden, gemeinsamen Reform, die auch die notwendigen Konsequenzen aus der Vergangenheit zieht, nicht genutzt; Sie haben sie nicht nutzen wollen.

Sie haben die Chance nicht genutzt, die Aufgaben der Landesbank so zu präzisieren, dass künftig die Zockerei auf internationalen Spielwiesen ausgeschlossen wird. Dabei wollten wir lediglich gesetzlich fixieren, dass besonders riskante Bereiche, insbesondere der Interbankenhandel und das Investmentbanking keine strategischen Geschäftsfelder der Landesbank mehr sind. Wir wollten also einige Bereiche ausschließen, von denen sich die Landesbank laut eigenen Bekundungen ohnehin verabschieden will. Herr Kollege Klein, es ist völlig klar, dass es bei einer Landesbank immer Interbankenhandel geben wird, aber als strategisches Geschäftsfeld gehört er weg.

In der Vergangenheit hat die Zockerei der Landesbank auf internationalen Handlungsfeldern, von denen sie offensichtlich keine Ahnung hatte, mehrere Milliarden gekostet. Herr Kollege Pohl, es sind nicht die Summen, die Sie nennen, aber es sind mehrere Milliarden. Ein anderer Teil ist tatsächlich auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen. Es geht aber um mehrere Milliarden, die diese Zockerei gekostet hat und die nicht nur die

öffentlichen Aufgaben der BayernLB, sondern die gesamte Existenz der BayernLB massiv gefährdet hat. Nur durch die zehn Milliarden Euro Kapitalspritze, die alleine die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Bayerns zu tragen haben - 800 Euro pro bayerischen Bürger, von der Wiege bis zur Bahre -, konnte die Landesbank gerettet werden. Deshalb ist es völlig unverantwortlich, sich zu verweigern, wenn es darum geht, diese Aufgaben als strategische Handlungsfelder auszuschließen.

Ein bisschen in die richtige Richtung, nämlich die unsere, bewegt haben Sie sich bei der Frage der Zustimmungspflichtigkeit des Landtags bei künftigen Entscheidungen über die Umstrukturierung der Landesbank. Dass der Landtag hierüber entscheiden muss, ist zwingend geboten. Angesichts der Milliarden, um die es hier geht, haben Sie mit Ihrer Politik das Königsrecht des Landtags, das Budgetrecht, ausgehebelt. Ich möchte für das Entgegenkommen auch dem Ausschussvorsitzenden Georg Winter ausdrücklich danken. Ich möchte ihm insbesondere deshalb danken, weil die Staatsregierung - darauf haben Sie selber hingewiesen - eigentlich sehr, sehr wenig Neigung verspürte, das so in das Gesetz hineinzuschreiben. Die Staatsregierung wollte weiterhin einen Freibrief haben. Deshalb ist das Lob für Sie zugleich eine scharfe Kritik an dem Minister. Sie, Herr Fahrenschohn, haben offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass es die Vertreter der Exekutive waren, die mit ihrer unverantwortlichen Landesbankpolitik das Budgetrecht des Landtags, der Legislative, systematisch unterminiert haben, und dass es deshalb beschämend ist, wenn sich heute das Parlament gegen den Willen der Staatsregierung dieses Recht mühsam zurückerkämpfen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deutlich zu wenig entgegengekommen sind Sie uns aber bei der Frage, was denn der letzten Entscheidung des Landtags unterliegt. So wäre der Kauf dieses undurchschaubaren Konglomerats der Hypo Group Alpe-Adria für die Landesbank nach wie vor - auch nach dem neuen Recht - ohne Information und ohne Zustimmung des Landtags möglich gewesen. Es wäre auch jetzt der Einstieg in den strukturierten Wertpapierhandel - auch in den Dimensionen, in denen er stattgefunden hat - ohne Information und ohne Zustim-

mung des Landtags möglich. Da der Umfang der Landtagskompetenz zu gering ist, lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich hat der Landtag mit der von den GRÜNEN beantragten Landesbankkommission einen Fuß in die Tür zum Vorzimmer der Kontrolle gesetzt. Natürlich ist durch die Einarbeitung einer sehr beschränkten Zustimmungspflicht, die materiell im Übrigen auch kaum über das hinausgeht, was die Haushaltsordnung ohnehin vorsieht, der Einfluss des Landtags marginal gewachsen. Aber allein die Tatsache, dass diese Neuregelung des Landtags, wie ich eben skizziert habe, weder beim Einstieg in den Handel mit strukturierten Wertpapieren noch beim Kauf der Hypo Group Alpe-Adria an der rechtlichen Situation irgendetwas geändert hätte, beweist:

Erstens: Die Staatsregierung ist zu keinem Zeitpunkt in der Lage gewesen, im Verwaltungsrat die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.

Zweitens: Die Staatsregierung hat als fatale und viele Milliarden kostende Konsequenz ihrer Politik alleine die fundamentale Erosion der finanzpolitischen Spielräume Bayerns zu verantworten.

Drittens: Damit hat die Staatsregierung die faktische Bedeutung der Budgethoheit dauerhaft und dramatisch verringert. Das unterscheidet im Übrigen auch die Landesbank von allen anderen Beteiligungen des Freistaats, weil der Regelfall ist, dass eine Beteiligung von der Exekutive kontrolliert wird. Der Eingriff in die Budgethoheit ist aber nur bei der Landebank gegeben.

Der Gesetzentwurf, über den wir heute debattieren, schafft keine Grundlage dafür, dass sich in Zukunft etwas ändert. Deshalb muss der Landtag, deshalb müssen die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen, Regierung wie Opposition, künftig in der Lage sein, unmittelbar die Entscheidungen der Bayerischen Landesbank kontrollieren und beeinflussen zu können. Aus diesem Grund fordern alle Oppositionsparteien mit Recht und

mit großer Verantwortung - darauf wurde bereits hingewiesen - einen Sitz für jede Fraktion im Verwaltungsrat der Landesbank ein. Nur dort können die Parlamentarier kontrollieren, ob, wie früher, gezockt wird oder ob mit uns eine zukunftsfähige Landesbankstrategie erarbeitet wird. Dass die Regierungsfractionen diese politisch dringend notwendige Forderung ablehnen, ist eine demokratisch nicht zu akzeptierende und finanzpolitisch gefährliche Ausgrenzung der gesamten Opposition.

Völlig unzureichend sind auch die Vorschläge der Staatsregierung zur Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Verwaltungsräten der Landesbank und der Sparkassen. Für die Landesbank haben Sie diesen vordemokratischen Zustand der fehlenden Arbeitnehmersvertretung mittlerweile zumindest wahrgenommen, auch wenn noch lange nicht die Rede davon sein kann, dass Sie diesen Anachronismus mit dem Sitz eines einzigen Mitglieds im Verwaltungsrat aufseiten der Betriebsangehörigen bereits aufgearbeitet hätten. Zu unserem großen Unmut sind Sie leider nur mit homöopathischen Dosen unterwegs.

Total ausgefallen sind Sie hinsichtlich der Frage nach der wirtschaftsdemokratischen Ausstattung von Verwaltungsräten in den Sparkassen. In Bayern - nur in Bayern - haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis heute keinen einzigen Vertreter in den Aufsichtsgremien der Sparkassen. Sie halten es nicht einmal für nötig, sich ernsthaft anlässlich der Debatte um das Sparkassengesetz, das Bestandteil der heutigen Diskussion ist, mit der Frage auseinanderzusetzen, warum wohl von Baden-Württemberg bis Mecklenburg-Vorpommern kein anderes Bundesland an diesem arbeitnehmerfeindlichen Anachronismus festhält - niemand außer der Bayerischen Staatsregierung. Öffnen Sie die Verwaltungsräte der Sparkassen für die Vertreterinnen und Vertreter der Belegschaft, die doch gerade in der derzeitigen Umbruchsituation in den Sparkassen ein großes Interesse daran haben, ihre Anliegen selber zu vertreten, und stimmen Sie den entsprechenden Anträgen der Opposition zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die in den Ausschüssen verhandelten marginalen Verbesserungen des Landesbankgesetzes reichen in keiner Weise aus, um aus dem Gesamten ein akzeptables Werk zu zimmern. Sie haben mit dem Gesetzentwurf ganz im Gegenteil alle Chancen auf eine dringend notwendige durchgreifende Reform der Kontrolle ebenso vertan wie die Chancen auf arbeitnehmerfreundlichere Regelungen für Landesbank und Sparkassen. Das, was Sie heute verabschieden wollen, ist ein ganz schlechtes Gesetz, dem wir nicht zustimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Hallitzky. Nächste Wortmeldung: Herr Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gründe für die Änderung des Landesbankgesetzes wurden hinreichend diskutiert. Ich schließe mich dem vollständig an. Das Landesbankgesetz ist überaltert und hat überarbeitet werden müssen.

Zu den Forderungen der Opposition - ich greife die Dinge gleich auf - hinsichtlich des Vorkaufsrechtes: Was bedeutet in der Praxis ein Vorkaufsrecht für einen Gesellschafter, der am Schluss 6 % hat? Herr Hallitzky, was bedeutet ein Vorkaufsrecht für einen 6-%-Gesellschafter in der Praxis? Auf der einen Seite wollen wir zehn Milliarden zurück haben, gleichzeitig geben wir mit diesem Gesetz mit einem Vorkaufsrecht einem Mitgesellschafter, der sich - aus welchen Gründen auch immer - einer Unterstützung verweigert hat, ein Vorkaufsrecht. Würden Sie Ihrem Nachbarn bei Ihrem Grundstück ein Vorkaufsrecht einräumen? Man kann das nicht vertreten, weil wir dadurch den Wert der Landesbank mindern. Jeder, der kommt - egal, ob bei einer Fusion mit einer großen Landesbank oder bei einer Fusion der Landesbank Süd -, wir mindern den Wert der Landesbank, wenn wir in das Gesetz ein Vorkaufsrecht hineinschreiben. Insofern kann ich dem nicht zustimmen.

Soweit mir bekannt ist, ist das Thema Landesbausparkasse mit den Sparkassen weitgehend in einem Vertrag geregelt. Damit dürfte sich das Thema erledigt haben. Sie sprechen beim Vorkaufsrecht von einem Marktpreis. Da bin ich völlig Ihrer Meinung. Nur: Wer bestimmt denn den Marktpreis? Wir fertigen Gutachten über Unternehmenswerte; bei zehn Gutachten werden zehn verschiedene Werte attestiert, und der Streit geht los. Wenn das Vorkaufsrecht in einem Vertrag niedergelegt ist, dann bedeutet das nichts anderes, als dass beim Kauf des Unternehmens durch einen fremden Dritten ein Preis für die Landesbausparkasse festgelegt wird und damit die Sparkassen geschädigt werden. Der Grund liegt darin, dass jeder, der das Unternehmen kauft, dafür Sorge tragen wird, dass in der Definition des Marktpreises bzw. des Kaufpreisanteils für die Landesbausparkasse ein möglichst hoher Wert festgeschrieben wird. Wenn das Produkt an die Sparkassen herausverkauft wird, bleibt vom restlichen Unternehmenswert wesentlich weniger übrig, das heißt, sollte das Unternehmen - wie auch immer - privatisiert werden, belasten wir die Sparkassen mit einem erhöhten Vorkaufspreis und reduzieren praktisch den Preis für einen Fremdeinsteiger, der sich unter Umständen ein Schnäppchen holen kann. Das ist mit Sicherheit von Ihnen gut gemeint.

Zur Landesbodenkreditanstalt: Bayern ist mehrheitlicher Gesellschafter - ich habe das hier schon einmal dargelegt -, und es besteht ein ganz klarer öffentlicher Auftrag. Ich mache mir keine Sorgen, da der bayerische Staat dafür Sorge tragen wird, dass bei einer Privatisierung oder Fusionierung die Landesbodenkreditanstalt herausgegliedert wird. Wir haben mit der Umwandlung eine Flexibilität geschaffen, was marktgerecht ist; denn wir können uns in der heutigen Situation nicht festlegen, wie es von manchen gefordert wird: Wenn, dann werden wir nur fusionieren. - Es gibt andere Optionen. So kann uns sogar die Privatisierung von der EU vorgeschrieben werden, ohne dass wir das wollen. Wenn uns von der FDP oder mir unterstellt wird, wir wollten privatisieren, dann frage ich: Was heißt denn das? Das liebste wäre mir - das will ich ganz ehrlich sagen -, wenn die Bank kapitalmarktfähig würde und wir 50% und eine Aktie behalten würden, weil wir dann in einer Hauptversammlung immer die Mehrheit hätten.

Eine Sorge, die mich momentan umtreibt, steht im Zusammenhang mit der Landesbank. Ich muss jetzt etwas ausholen. Das Konzept der Bad Bank, das hier angedacht wird, greift etwas zu kurz. Was bedeutet denn das für die deutschen Banken? Früher gab es 10, 15 Wettbewerber. Wie viele Wettbewerber haben wir im Bankensektor denn heute noch? Drei. Diese drei sind äußerst schwach. Die HypoVereinsbank benennt sich nun um in Unicredit. Schauen Sie sich einmal im Internet um, wie es dieser Bank geht! Ihr geht es sogar noch schlechter als der Landesbank. Dann gibt es noch die Commerzbank, und es gibt die Dresdner Bank, die nur deshalb überlebt hat, weil der deutsche Staat 18 Milliarden Euro bei einem Börsenwert von 2,5 Milliarden Euro zugeschossen hat. Weiterhin gibt es noch einige Institute aus Österreich, die erklären, ihr Marktanteil in Bayern sei groß genug und sie bräuchten keinen größeren Anteil.

Wer, bitte schön, soll in Zukunft unsere Unternehmen finanzieren? Ich kenne ein Solarunternehmen, das einen Kredit in Höhe von 25 Millionen Euro benötigt. Die Sparkasse ist zu klein dafür. Die Commerzbank und die HypoVereinsbank ziehen sich zurück, weil der Markt sehr volatil ist. Wir brauchen zukünftig in Bayern - ich sage das laut und deutlich - eine ganz starke Landesbank. Ich habe die größte Sorge bezüglich der Bad Banks; denn in den nächsten 20 Jahren werden keine Dividenden ausgezahlt werden. Würden Sie sich in Zukunft an einer deutschen Bank beteiligen, wenn Sie keine Dividende bekommen? Ich sage klar: Nein. Die Folge wird sein, dass der Börsenwert dieser deutschen Banken ins Bodenlose sinkt und die restlichen deutschen Banken Übernahmekandidaten werden und von ausländischen Investoren aufgekauft werden. Dann möchte ich sehen, wie es dem bayerischen Mittelstand und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Das ist meine große Sorge. Also: Wir brauchen eine möglichst starke Landesbank.

Ich komme zur Besetzung des Verwaltungsrats. Ich habe gelesen, was Sie, Herr Halitzky, und Sie, Herr Pohl, vorgetragen haben. Ich habe mir gedacht: Das klingt gar nicht so blöde.

(Bernhard Pohl (FW): Danke!)

- Das war im ersten Moment. Ich bin ehrlich zu Ihnen. - Wenn man sich aber das Thema genauer anschaut, dann befällt einen eine große Sorge. Oft schlägt man die Zeitung auf und liest, was wir in der Landesbankkommission besprochen haben. Mein Name steht eigentlich nie in der Zeitung. Daraus lässt sich schließen, dass ich wahrscheinlich nichts sage. Ich habe die große Sorge, dass wir dieselben Probleme bekommen, die in der Landesbankkommission herrschen. Man liest immer wieder über Interna in der Zeitung, was nicht in Ordnung ist.

(Bernhard Pohl (FW): In welcher Zeitung denn?)

Der zweite Punkt ist ein ganz wesentlicher. Schauen Sie sich doch einmal die KfW und die IKB an, schauen Sie sich die Landesbanken an. In allen Banken saßen Politiker.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

- Ich verstehe Sie, Frau Bause. - Wer nimmt für sich in Anspruch, die Kompetenz zu haben, zu der Arbeit in einem Verwaltungsrat beitragen zu können? Das sind für mich die Finanzexperten, sonst niemand.

(Zurufe von der SPD)

- Darum lassen wir es doch. - Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe den Herrn Finanzminister gebeten, das Gremium mit mehr Sachkompetenz zu besetzen. Ich habe auch das Interesse verstanden, dass in der schwierigen Situation die Mehrheit beim bayerischen Staat bleiben muss. Insofern kann ich den Doppelstimmrechten zustimmen. Die GRÜNEN wollten, dass in die Satzung aufgenommen wird, dass kaufmännische Grundsätze gelten. Kaufmännische Grundsätze sind im Handelsgesetzbuch definiert. Diese Regelung brauchen wir in das Gesetz nicht aufzunehmen.

Damit komme ich zu einem ganz wesentlichen Punkt: Interbankenhandel und Investmentbanking seien keine strategische Maßnahme. Das ist so, als wenn man behaupten würde, es sei keine Strategie für Opel, Autos zu bauen. Opel könne zwar Getriebe bauen, aber keine Autos. Wir haben es hier mit einer Bank zu tun. Es besteht die Gefahr, dass

originäre Bankgeschäfte eingeschränkt werden. In seiner Rede anlässlich der Pressekonferenz am 15. März dieses Jahres hat Herr Kemmer ganz klar ausgedrückt, dass die Risikoaktiva massiv zurückgeführt werden, und zwar um 70 Milliarden Euro, und dass Geschäfte ohne Kundenbezug eingestellt werden. Die Probleme, die bei der Landesbank entstanden sind, resultierten ausschließlich aus Geschäften ohne Kundenbezug. Es waren Eigenanlagen auf dem amerikanischen Markt, Beteiligungen an Fonds oder Ähnlichem. Daran muss sich ein Vorstand messen lassen. Dazu ist ein Verwaltungsrat vorhanden. Der Verwaltungsrat erlässt üblicherweise eine Geschäftsordnung. Im Rahmen dieser Geschäftsordnung kann sich der Vorstand bewegen. Eine Geschäftsordnung kann man einfacher als ein Gesetz ändern. Das heißt, man kann sich den Marktgegebenheiten wesentlich besser anpassen.

Ich komme jetzt im Detail darauf zu sprechen, was das für die Landesbank bedeuten würde. Wir wollen 10 Milliarden Euro zurück haben. Sie beschweren sich mit Recht, dass zu viele Arbeitsplätze - von 19.000 auf 14.000 - abgebaut werden müssen. Aber wie wollen wir denn die Bank halten, wenn wir ihr das wesentliche Geschäft wegnehmen? Der Eigenhandel soll ausgenommen sein. Die Bank kann also für Kunden in Zukunft kein Investmentbanking mehr betreiben. Was den Interbankenhandel betrifft, so ist festzustellen, dass die Landesbank keine Geldanlagen hat. Die Landesbank benötigt die Sparkassen und andere Banken, damit sie zu Geld kommt. Wie soll die Landesbank an Geld kommen, um Geld ausgeben zu können, wenn sie keine Eigenanlagen hat, weil das untersagt oder strategisch nicht gewollt ist? Das ist mir unerklärlich. Der Interbankenhandel ist für eine Geschäftsbank der Größenordnung wie der Landesbank ein essenzieller Bestandteil der Geschäftsaktivitäten. Das ist notwendig bei nahezu allen Kundentransaktionen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Seien Sie so freundlich und kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Für das Investmentbanking gilt das Gleiche. Der Landesbank wird untersagt, Vermögensverwaltung für private Kunden zu betreiben. Der Landesbank wird untersagt, Emissionen an der Börse zu tätigen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kommen Sie bitte wirklich zum Schluss.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Damit habe ich eigentlich schon alles gesagt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Hallitzky hat um eine Zwischenintervention gebeten. Herr Dr. Kirschner, Sie müssen am Pult bleiben.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Lieber Herr Hallitzky, bitte.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kirschner, Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die Bayerische Landesbank als bayerische Bank ohne ein eigenes Retailgeschäft, ohne ein eigenes Einlagengeschäft, keine Zukunft hat. Zum Ersten. Deshalb ist es für die Landesbank, wenn sie auf Bayern beschränkt sein soll, zwingend notwendig, ein solches Retailgeschäft aufzubauen, ob mit der HypoVereinsbank oder mit den Sparkassen sei dahingestellt. Die jetzige Debatte über Fusionen bei den Sparkassen hat auch damit zu tun. Auch das wissen Sie. Wenn die Landesbank das macht, dann muss sie die Sparkassen fragen: Macht ihr das mit uns, oder müssen wir das gegen euch machen? - In dieser Situation ist es zwingend notwendig, solche Assets wie die Landesbausparkasse gegenüber den Sparkassen abzusichern, weil die Landesbank sonst über die Kundendateien und über alle möglichen Daten verfügen könnte, obwohl die Landesbausparkasse letztendlich eine Sparkassensache ist. Deshalb ist das Vorkaufsrecht für die Sparkassen dringend notwendig.

Zum Zweiten: Die politische Verantwortung bei einer staatlichen Beteiligung liegt in aller Regel - das zu unserer Kritik an der Gremienzusammensetzung - bei der Exekutive. In dem Moment, in dem das Verhalten der Exekutive dazu führt, egal ob schuldhaft oder nicht - in dem Fall war es sogar schuldhaft -, dass das Budgetrecht des Landtags aus-

gehebelt wird, verliert sie nach meiner festen demokratischen Überzeugung das Recht, alleine in diesem Verwaltungsrat zu entscheiden. In dem Moment geht die Aufgabe der Kontrolle im Verwaltungsrat von der Exekutive auf die Legislative über. Das ist die Meinung der Opposition.

Sie sollten einmal in einer stillen Stunde überlegen, was Sie machen, wenn die Staatsregierung demnächst weiter den Mist macht, den sie in den vergangenen Jahren gemacht hat, und die Landesbank aufgrund eigener Entscheidungen noch weiter in solche Bredouillen reinschlittern lässt. Wir als Opposition müssten dann sagen, wir wollten in den Verwaltungsrat hinein, aber ihr habt das gegen unseren Willen verbockt. Deswegen rate ich Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, aber auch aus demokratischen Gründen: Stimmen Sie zu, dass die Legislative in den Verwaltungsrat der Landesbank gehört; denn nur dort kann sie unmittelbar Kontrolle ausüben, nur dort ist sie weiter als im Vorzimmer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Hallitzky, Sie haben zwei Fragen gestellt. Die eine bezog sich auf das Vorkaufsrecht. Ich habe es vorhin erwähnt. Nach meinem Kenntnisstand - das ist auch der Kenntnisstand der Landesbankkommission, und das ist hier kein Geheimnis - liegt ein Vertrag zwischen den Sparkassen und der Landesbank in Sachen Landesbausparkasse vor. Wenn die Sparkassen so ein großes Interesse daran haben, sollen sie jetzt bitte einen Preis nennen und erklären, was sie bereit sind zu bezahlen, denn die Werthaltigkeit wird sich in den nächsten drei bis fünf Jahren wohl nicht wesentlich ändern. Dann haben wir ganz klare Werte, und dann bin ich völlig bei Ihnen.

Ich wehre mich nur dagegen, dass ein Vorkaufsrecht zum Schaden der Steuerzahler geschaffen wird, während gleichzeitig ein Vorkaufsrecht geschaffen wird, das dazu führt, dass die Sparkassen am Schluss mehr bezahlen müssen, als es wert ist.

Zweitens haben Sie den Verwaltungsrat angesprochen. Ich habe es ganz offen gesagt. Auf den ersten Blick ist es in Ordnung. Ich habe Ihnen auch erklärt, warum ich gegen diesen Vorschlag bin. Es sind die zwei Gründe, die ich bisher erlebt habe. Ich persönlich traue es mir nicht zu, im Verwaltungsrat der Landesbank tätig zu werden, weil mir dazu die bankinterne Fachkompetenz fehlt. Ich würde auch bei mir in der Firma nicht akzeptieren, dass sich jemand einmischt, der von der Sache keine Ahnung hat. Genauso kann ich es bei der Landesbank nicht verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nochmals ums Wort gebeten hat Frau Aures.

Inge Aures (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte abschließend auf drei Punkte eingehen. Zunächst einmal warten wir jetzt sechs Monate ab. Wir werden dann das Gutachten über die Schadensersatz- und Haftungsansprüche sowohl gegen den Vorstand als auch gegen den Verwaltungsrat vorliegen haben. Für die Zukunft hätte ich noch eine herzliche Bitte: Die GBW verfügt über 34.000 Wohnungen. Damit sollte man umsichtig, sozial und vorsichtig umgehen. Das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Deutlich machen möchte ich auch noch einmal, dass es uns ein großes Anliegen ist, dass auch bei unseren bayerischen Sparkassen die Personalvertretungen in den Verwaltungsräten vertreten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Kirschner, heute haben Sie etwas staatstragend geredet, aber sonst sind Sie bei uns im Ausschuss ganz vernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zum Schluss hat noch Herr Staatsminister Fahrenschoen ums Wort gebeten.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Anfang will ich ganz klar feststellen, dass die internationale Finanzmarktkrise noch nicht beendet ist. Wir haben momentan, wenn Sie so wollen, eine gewisse aktuelle Notlage überwunden, aber von normalen Verhältnissen können wir noch nicht sprechen. Genauso ist bei aller Bedeutung des Gesetzes, die der Vorsitzende Winter zu Recht in den Mittelpunkt seines Beitrags gestellt hat, festzuhalten, dass die neue gesetzliche Grundlage für die Bayerische Landesbank auch nicht alle Probleme lösen wird. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass wir mit dem neuen Landesbankgesetz ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur notwendigen Umstrukturierung und aus der krisenhaften Situation heraus erreicht haben. Wir schaffen mit dem Gesetz einen angemessenen rechtlichen Rahmen für die Zukunft der BayernLB. Sie erhält die notwendige rechtliche Grundlage und die Sicherheit sowie das notwendige Instrumentarium, um die noch verbleibende Wegstrecke zu meistern.

Aus Sicht der Staatsregierung will ich kurz auf die drei wesentlichen Diskussionspunkte in den Ausschusssitzungen eingehen.

Die meisten Diskussionen gab es zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Die Änderungswünsche reichen von der Aufnahme von Landtagsabgeordneten über die Beteiligung von mehr Personalvertretern bis hin zur Mitgliedschaft des Ministerpräsidenten im Verwaltungsrat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst ist deutlich herauszuarbeiten, dass wir jetzt über eine Reform und notwendige strukturelle Änderungen bei der Landesbank debattieren. Die Änderungen am Sparkassengesetz werden federführend vom Innenministerium erarbeitet und jetzt vorbereitet. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir uns bei der Frage nach der Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen in den Verwaltungsräten der Stadt- und Kreissparkassen Zeit nehmen, um darüber mit den betroffenen kommunalen Mandatsträgern zu diskutieren. Darüber hier zu diskutieren, passt schlicht und einfach nicht. Aus der Tatsache, dass wir uns hier nicht mit dieser Frage auseinandersetzen, dürfen Sie noch keine Vorfestlegung ableiten.

Darauf hinweisen will ich auch, dass wir in der Abwägung zwischen den Argumenten einem kleinen, arbeitsfähigen Verwaltungsrat den Vorzug geben müssen. In der jetzigen Situation müssen wir deutlich machen, dass im Verwaltungsrat eine sehr intensive Arbeit notwendig ist. Gleichzeitig haben wir die Veränderung hin zu mehr Sachverstand und zu mehr Expertenwissen im Verwaltungsrat gut geschafft. Vorgeworfen wurde immer, dass der Sachverstand fehle und dass Kundenferne bestehe.

Lassen Sie es sich noch einmal vor Augen führen. Von 11 Mitgliedern im Verwaltungsrat sind nur vier Politiker. Sieben Mitglieder des Verwaltungsrats sind Sparkassenvorstände, Arbeitnehmervertreter, Vertreter der Wissenschaft, Vertreter der Kunden - Vertreter von Industrie und Mittelstand. Dieses Verhältnis von sieben zu vier ist schon ein Beweis dafür, dass wir mit diesem Landesbankgesetz vollkommen neue Wege gehen wollen. Eine Reduzierung der Anzahl externer Mitglieder halte ich für falsch. Das wäre nämlich das Ergebnis Ihrer Vorschläge gewesen.

Deutlich herausarbeiten will ich auch, dass wir nicht nur aus der Sicht des Landtags, des Haushaltsausschusses und des Budgetrechts, sondern auch aus der Sicht des bayerischen Steuerzahlers unbedingt vermeiden müssen, dass die BayernLB bzw. ihr Verwaltungsrat zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen wird. Die politische Auseinandersetzung gehört hier in das Plenum oder in die zuständigen Ausschüsse oder Kommissionen des Landtags. Der Verwaltungsrat der BayernLB hat jetzt nur eine Aufgabe: Er muss die Bank weiter intensiv auf ihrem Weg zurück zu ihrem zentralen Geschäftsfeld und zurück zu einer notwendigen ergänzenden Bank für die bayerischen Stadt- und Kreissparkassen begleiten. Das ist nicht das Thema einer politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem muss aufgrund der Größe der Stabilisierungsmaßnahme der Freistaat Bayern zumindest während der Umstrukturierungsphase über die Mehrheit im Aufsichtsgremium verfügen. Um aber eine unnötige personelle Ausdehnung zu vermeiden und das

Gremium arbeitsfähig und effektiv zu halten, ist das Doppelstimmrecht die richtige Lösung. Darauf können wir zu gegebener Zeit sofort verzichten, um den Weg zur notwendigen Flexibilität, oder zur Gewinnung von potentiellen Investoren oder Fusionspartnern freizumachen. Die Blaupause ist darauf ausgerichtet, den Verwaltungsrat arbeitsfähig zu erhalten. Wir brauchen keine großen Gremien, sondern wir brauchen sachverständige Gremien, denn nur die können uns auf dem wichtigen und schwierigen Weg wirklich zur Seite stehen. Das ist der Ansatzpunkt.

Darüber hinaus will ich deutlich machen, dass alle Fraktionen den Vorschlag der Staatsregierung unterstützen, das Umwandlungsrecht in das Landesbankgesetz einzuarbeiten. Das ist wichtig, weil sowohl auf die Bank als auch auf die Anteilseigner noch wichtige Aufgaben warten. Hier kann und wird das Umwandlungsrecht noch von großem Nutzen sein. So werden wir uns z. B. in den kommenden Wochen und Monaten genau ansehen, ob die sogenannten Bad-Bank-Modelle für die BayernLB und ihre Eigentümer ein sinnvoller Weg sein könnten. Hierzu hat der Bundestag erst in den letzten Wochen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Wir werden diese Modelle jetzt gemeinsam mit der Bank prüfen. In diesem Zusammenhang kann und wird der neue Artikel 1 a des Bayerischen Landesbankgesetzes hilfreich sein.

Dabei war stets beabsichtigt, den Landtag bei wichtigen und grundlegenden Entscheidungen bezüglich der Landesbank einzubinden. Der Zusammenhang zwischen dem Bayerischen Landesbankgesetz und der Bayerischen Haushaltsordnung ist nicht neu. Der Artikel 65 Absatz 7 Bayerische Haushaltsordnung verpflichtet die Staatsregierung, den Haushaltsausschuss als Vertreter des Landtages vorher einzubinden. Den Änderungsantrag, mit dem für die Vorbereitung der Umwandlung der Maßnahmen die Zustimmung des Landtags gefordert wird, kann ich deshalb problemlos mittragen.

Einen Zustimmungsvorbehalt des Sparkassenverbandes Bayern kann ich allerdings nicht befürworten. Bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf die Sparkassen, die der Freistaat Bayern Ende des vergangenen Jahres zweifellos unter Beweis gestellt hat, kann sich der Freistaat als 94-prozentiger Mehrheitseigner in diesen wichtigen Fragen

einem Vetorecht des Sparkassenverbandes nicht unterwerfen. Ich bitte Sie, sich die Größenverhältnisse deutlich zu machen.

Bezüglich der Unterstützung der Sparkassen als tragender Säule für den Finanzmarkt wird es niemanden geben, der die Bayern oder die Regierungsfractionen überzeugen muss. Unser Weg ist der richtige Weg. Andere Länder streiten seit Jahren über die Mithaftung der Sparkassen. Wir setzten sie frei, weil wir von ihrer tragenden Rolle überzeugt sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann den Wunsch der Antragsteller, durch eine Änderung der Aufgabenbeschreibung eine Wiederholung der schweren Krise der BayernLB zu vermeiden, nachvollziehen. Niemand in diesem Hause möchte, dass die BayernLB erneut in ihrer Existenz gefährdet wird. Ich glaube aber, dass der gesetzliche Ausschluss bestimmter vermeintlich risikoträchtiger Geschäftsfelder nicht das richtige Mittel ist. Die BayernLB benötigt - wie ihre Wettbewerber - Flexibilität, um sich auf Veränderungen des Marktes und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzustellen. Außerdem lässt sich heute nicht sagen, welche Geschäfte sich in ein paar Jahren als besonders risikoträchtig herausstellen werden.

Herr Kollege Hallitzky, dieser Fehler ist schon einmal gemacht worden. Wir sollten ihn jetzt nicht wiederholen. Die von Ihnen genannten Begriffe Investmentbanking und Interbankenhandel sind nicht per se abzulehnen. Kundenberatungsgeschäfte fallen genauso darunter wie der normale Geldverkehr zwischen den Banken. Ich kann Sie jedoch beruhigen: Das strategische Geschäftsfeld Interbankenhandel wurde gestrichen. Wir führen dieses falsche Geschäftsfeld zurück und konzentrieren die Bank auf die richtigen Geschäftsfelder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Ausblick auf die kommenden Entscheidungen geben. Nach der Verabschiedung des neuen Landesbankgesetzes wird zügig die Neubildung der Gremien in Angriff genommen werden. Hierzu

gehört die Bestellung der vier externen Mitglieder des Verwaltungsrats. In seiner konstituierenden Sitzung werden wir auch einen neuen stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden wählen.

Die Satzung der Bank wird an die neuen Vorgaben des Landesbankgesetzes angepasst. Neben der Änderung der Satzung plane ich noch weitere Änderungen der sogenannten Corporate Governance Richtlinie der Bank. In diesem Zusammenhang werden wir insbesondere die Zuschnitte der Ausschüsse und des Verwaltungsrats einer Überprüfung unterziehen. Wir werden neben dem großen Verwaltungsrat und dem notwendigen Bilanz- und Rechnungsprüfungsausschuss angesichts der besonderen Situation auch einen Risiko- und Kreditausschuss installieren.

Außerdem muss sich natürlich die Bank in ihrem Geschäftsmodell stabilisieren und konsequent an der Umsetzung der Ihnen bekannten Eckwerte, die wir bereits in verschiedenen Sitzungen präsentiert haben, arbeiten.

Das Beihilfeverfahren muss abgeschlossen werden. Zur Umstrukturierung und Umsetzung des neuen Geschäftsmodells gehört natürlich auch der Abschluss des Verfahrens. Da in Brüssel die Sommerpause ansteht, werden wir dies erst im Herbst vermelden können.

Schließlich werden wir als Eigentümer der Bank auch weiterhin alle strategischen Optionen aktiv und ergebnisoffen prüfen. Wir beobachten die Entwicklung der Bankenlandschaft sehr aufmerksam und genau. Neben der Prüfung der Angebote der Bad-Bank-Modelle der Bundesregierung wird im Mittelpunkt der Arbeiten die mittelfristige Abgabe der Kontrollmehrheit an der BayernLB stehen. Sofern sich hierzu interessante Optionen ergeben, werden wir zu gegebener Zeit die erforderlichen Schritte unternehmen und vor einer etwaigen Umsetzung selbstverständlich den Landtag beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeitern in den Ausschüssen, in der Parlamentarischen Kontrollkommission, im Wirtschaftsausschuss, im Rechtsausschuss und bei den Mitgliedern in allen beratenden

Gremien bedanken. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir diese konstruktive Arbeit fortsetzen müssen, um der Bayerischen Landesbank die Möglichkeit zu geben, ihre wichtige strategische Rolle am Markt so schnell wie möglich einzunehmen. Sie ist nämlich nicht erst seit der Kapitalzufuhr des vergangenen Jahres von großer Bedeutung für die Bürger, sondern hat eine wesentliche Scharnierfunktion. Wir haben den Auftrag, sorgsam mit ihr umzugehen. Ich bitte Sie deshalb nochmals um die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf in der zuletzt vom Verfassungsausschuss beschlossenen Fassung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die Staatsregierung hat etwas mehr Zeit verbraucht. Mir liegen jedoch keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Deshalb schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/1391, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/1502, 16/1524, 16/1526, 16/1584 und 16/1698 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/1831 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/1502, 16/1524, 16/1526 und 16/1584 abstimmen.

Um das Verfahren zu beschleunigen, bitte ich Sie um Ihr Einverständnis, dass wir die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen. Besteht damit Einverständnis? - Breites Nicken. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/1831.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Das sind die Freien Wähler. Frau Kollegin Pauli ist nicht anwesend. Damit ist der Gesetzentwurf so beschlossen.

Ein Antrag auf Dritte Lesung wurde nicht gestellt. Allerdings ist nach § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung über die Fassung des Gesetzentwurfes in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, der diesen Gesetzentwurf zur Zustimmung empfiehlt, namentliche Abstimmung beantragt worden. Sie finden die Urnen wie üblich an beiden Seiten des Saales sowie auf dem Stenografentisch. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung. Anschließend werden die Stimmen außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis werden Sie dann später erfahren. Mit der Abstimmung kann nun begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 19.10 bis 19.15 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Stimmabgabe. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt, und das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung des endberatenden Ausschusses hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/1698 seine Erledigung gefunden.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 15.07.2009 zu Tagesordnungspunkt 20: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes (Drucksache 16/1391)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			X
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			X
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Strehle Max	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	89	47	18

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 14	München, den 31. Juli	2009
Datum	Inhalt	Seite
27.7.2009	Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 (BayBVAnpG 2009/2010) 2032-9-F	348
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes 1100-1-I	372
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes 1100-1-I	373
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften 2010-1-I , 2010-2-I , 753-1-UG , 753-1-6-UG	376
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes, des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes und des Bayerischen Datenschutzgesetzes 2012-1-1-I , 12-1-I , 204-1-I	380
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes 2126-3-UG	384
27.7.2009	Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung, des Baukammerngesetzes und des Denkmalschutzgesetzes 2132-1-I , 2133-1-I , 2242-1-WFK	385
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes 215-4-1-I	392
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz und des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes 2230-2-1-WFK, 2230-2-2-WFK	393
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes 301-1-1-J	395
27.7.2009	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes 762-6-F , 2025-1-I	397
27.7.2009	Gesetz zur Anpassung von Landesgesetzen an das Bayerische Beamtengesetz 204-1-I, 219-2-F, 302-1-J, 312-2-1-J, 630-1-F, 763-15-I, 1102-1-F, 2012-1-1-I, 2012-2-3-I, 2020-1-1-I, 2020-3-1-I, 2020-4-2-I, 2020-6-1-I, 2022-1-I, 2025-1-I, 2032-0-F, 2032-1-1-F, 2032-5-1-F, 2032-6-F, 2032-8-F, 2035-1-F, 2120-1-UG, 2230-7-1-UK, 2238-1-UK, 7831-1-UG, 7902-0-L	400

2032-9-F

Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 (BayBVAnpG 2009/2010)

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

Art. 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen des Freistaates Bayern sowie Beamte und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; ausgenommen sind die Ehrenbeamten und Ehrenbeamtinnen sowie die ehrenamtlichen Richter und Richterinnen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist,
2. Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen sowie Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen der unter Nr. 1 genannten Dienstherren,
3. Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen mit Anspruch auf Versorgungsbezüge gegen die unter Nr. 1 genannten Dienstherren.

(2) ¹Dieses Gesetz gilt nicht für die Beamten und Beamtinnen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften und ihre Verbände. ²Es gilt auch nicht für Anwärter und Anwärterinnen, die sich bereits am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben.

(3) Soweit in anderen Rechtsnormen auf Vorschriften und Anlagen Bezug genommen wird, die durch Art. 2 Abs. 4 und 5 des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) ersetzt worden sind, gilt dieses Gesetz.

Art. 2

Anpassung der Besoldung 2009

(1) Ab 1. März 2009 erhöhen sich die Grundgehaltssätze um jeweils 40 €, die Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 €.

(2) Um 3 v. H. werden ab 1. März 2009 erhöht:

1. die Grundgehaltssätze nach Abs. 1, die Amtszulagen, die allgemeine Stellenzulage und der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
2. die am 28. Februar 2009 nach Maßgabe des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 maßgeblichen Beträge der Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1

der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,

3. die am 28. Februar 2009 nach Maßgabe des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 maßgeblichen Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
4. die in Anlage 6 BayBVAnpG 2007/2008 festgelegten Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,
5. die in festen Beträgen festgesetzten Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 der Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den sich aus den Grundgehaltssätzen der Nr. 1 ergebenden Beträgen.

(3) Die nach Abs. 1 und 2 Nrn. 1 bis 4 erhöhten Beträge ergeben sich aus den **Anlagen 1 bis 11** zu dieser Vorschrift.

Art. 3

Auslandsdienstbezüge

Ab 1. März 2009 sind für den Auslandszuschlag und den Auslandskinderzuschlag gemäß §§ 55 und 56 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung die Beträge der Anlagen VIa bis VIe zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Anhänge 16 bis 20 sowie der Anlage VII in der Fassung des Anhangs 24 zu Art. 2 Nr. 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2008/2009 vom 29. Juli 2008 (BGBl I S. 1582) maßgebend.

Art. 4

Anpassung der Besoldung 2010

¹Zum 1. März 2010 werden die nach Art. 2 Abs. 1 und 2 erhöhten Besoldungsbestandteile um 1,2 v. H. erhöht. ²Die erhöhten Beträge nach Satz 1 ergeben sich aus den **Anlagen 1 bis 11** zu dieser Vorschrift.

Art. 5

Erhöhung sonstiger Bemessungsgrundlagen

Die Erhöhungen nach Art. 2 Abs. 1 und 2 sowie Art. 4 Satz 1 gelten entsprechend für

1. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, der Aufwandsentschädigungen und der anderen Bezüge, die nach Art. 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl I S. 322), geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), fortgelten,
2. die besonderen Grundgehaltssätze, die bei Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern 1975 als fortgeltendes Recht festgelegt worden sind, sowie Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder sonstige festgesetzte Grundgehaltssätze.

Art. 6

Anpassung der Versorgung 2009

(1) ¹Für Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen gilt die Erhöhung nach Art. 2 Abs. 2 entsprechend für die in Art. 2 § 2 Abs. 4 und 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl I S. 1942), geändert durch Art. 61 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), und in Art. 14 § 1 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl I S. 322), geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl I S. 334), genannten Bezügebestandteile. ²Satz 1 gilt entsprechend für die Amtszulage nach Fußnote 7 zu Besoldungsgruppe A 12 der Anlage 7 zum BayBVAnpG 2007/2008 in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung.

(2) ¹Die Erhöhung der Grundgehaltssätze nach Art. 2 Abs. 1 gilt entsprechend für Empfänger und Empfängerinnen von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1. ²Auf die nach Satz 1 erhöhten Versorgungsbezüge ist Abs. 1 entsprechend anzuwenden.

(3) ¹Bei Versorgungsbezügen, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden die der Bemessung zugrunde liegenden Grundgehaltssätze entsprechend Art. 2 Abs. 1 erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. ²Dies gilt entsprechend für Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Empfängern und Empfängerinnen von Versorgungsbezügen im Sinn des Satzes 1, die nach dem 30. Juni 1997 verstorben sind.

(4) Um 2,9 v.H. werden ab 1. März 2009 erhöht:

1. die in Abs. 3 genannten Versorgungsbezüge,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

(5) ¹Bei Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. März 2009 um 50,61 €, wenn den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 31. Dezember 1989 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat. ²Satz 1 ist entsprechend auf die Hinterbliebenenversorgung anzuwenden.

(6) Für die Anwendung versorgungsrechtlicher Vorschriften gilt die Anpassung nach Abs. 1 bis 4 und Art. 2 als eine Anpassung im Sinn des § 70 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

Art. 7

Anpassung der Versorgung 2010

(1) Zum 1. März 2010 gilt die Erhöhung nach Art. 4 Satz 1 für die in Art. 6 Abs. 1 genannten Bezügebestandteile entsprechend; das gilt auch für die in Art. 6 Abs. 2 Satz 2 genannten Versorgungsbezüge.

(2) Um 1,1 v.H. werden ab 1. März 2010 die in Art. 6 Abs. 4 genannten Versorgungsbezüge erhöht.

(3) Art. 6 Abs. 5 ist ab 1. März 2010 mit der Maßgabe anzuwenden, dass sich das Grundgehalt um 51,22 € vermindert.

(4) Art. 6 Abs. 6 gilt entsprechend für die Anpassung nach Abs. 1 und 2 sowie Art. 4.

Art. 8

Altersteilzeit

(1) Bei Altersteilzeit gemäß Art. 91 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) oder Altersdienstermäßigung gemäß Art. 8c Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Richtergesetzes (BayRiG) gelten § 6 Abs. 2 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 2 Abs. 1 bis 3 der Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit, jeweils in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, als Landesrecht mit der Maßgabe, dass bei Antritt der Altersteilzeit bzw. Altersdienstermäßigung nach dem 31. Dezember 2009 Zuschlag und Besoldung zusammen 80 v.H. der Nettobesoldung nicht überschreiten dürfen.

(2) Wird die Altersteilzeit gemäß Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG oder die Altersdienstermäßigung gemäß Art. 8c Abs. 1 Satz 1 BayRiG nach dem 31. Dezember 2009 angetreten, sind bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie für Richter und Richterinnen im Ruhestand Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

Art. 9

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F) wird wie folgt geändert:

1. In die Inhaltsübersicht werden die Worte „Art. 142a Übergangsregelung zur Altersteilzeit“ eingefügt.
2. Art. 34 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. eine erste Staatsprüfung, ein Diplom- oder Magisterabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation an einer Universität oder Kunsthochschule oder ein Masterabschluss,“.

3. Art. 91 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „der Hälfte“ durch die Worte „60 v.H.“ ersetzt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen gilt als Altersgrenze der Beginn des Schuljahres, in dem diese das nach Satz 1 maßgebliche Lebensjahr vollenden.“

cc) In Satz 4 werden die Worte „vor dem 1. Januar 2010 angetreten werden und“ gestrichen.

b) Abs. 4 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4 und in Satz 2 werden die Worte „und 4 finden“ durch das Wort „findet“ ersetzt.

4. Es wird folgender Art. 142a eingefügt:

„Art. 142a

Übergangsregelung zur Altersteilzeit

¹Für Beamte und Beamtinnen, die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben, gilt Art. 91 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung. ²Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die das nach Art. 91 Abs. 1 Satz 1 maßgebliche Lebensjahr in der zweiten Hälfte des Schuljahres 2009/2010 vollenden, gilt als Altersgrenze der Beginn des folgenden Schuljahres. ³Für diese Lehrkräfte und für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die die gesetzlichen Voraussetzungen des Art. 91 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung erfüllt haben, die aber aus schulorganisatorischen Gründen Altersteilzeit nicht vor dem 1. August 2010 antreten können, gilt hinsichtlich des Arbeitszeitumfangs Art. 91 Abs. 1 Satz 1 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung.“

Art. 10

Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Art. 8c des Bayerischen Richtergesetzes – BayRiG – (BayRS 301–1–J), zuletzt geändert durch Art. 146 des Gesetzes vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „der Hälfte“ jeweils durch die Worte „60 v.H.“ ersetzt.

b) In Nr. 2 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.

c) Nr. 3 wird gestrichen.

d) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 3.

2. Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „der Hälfte“ durch die Worte „von 60 v.H.“ ersetzt.

b) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. der vollen dienstlichen Inanspruchnahme während der Ansparphase von 60 v.H. des Bewilligungszeitraums eine vollständige Freistellung vom Dienst während der restlichen Dauer des Bewilligungszeitraums folgt (Blockmodell).“

3. In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „Sätze 2 bis 4“ durch die Worte „Sätze 2 und 3“ ersetzt.

4. Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Für Richter, deren Altersdienstermäßigung vor dem 1. Januar 2010 begonnen hat, gelten Abs. 1 bis 6 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung.“

Art. 11

Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Art. 16 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 26. Juli 1999 (GVBl S. 309, BayRS 2032–0–F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 947), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „500 €“ durch die Worte „ab 1. März 2009 520 € und ab 1. März 2010 526 €“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Worte „genannte Betrag erhöht“ durch die Worte „genannten Beträge erhöhen“ ersetzt.

2. Abs. 3 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Bei Teilzeitbeschäftigung vermindern sich die pauschalen Zuführungsbeträge nach Abs. 1 Satz 1 ab 1. März 2009 auf 260 € und ab 1. März 2010 auf 263 €.“

Art. 12

Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

In Art. 54 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035–1–F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2007 (GVBl S. 276), werden die Worte „, wenn die einfache Entfernung zum Wohnort auf der kürzesten verkehrsüblichen Straßenverbindung mehr als 100 km beträgt,“ gestrichen.

Art. 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 2009 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 4 und 7 am 1. März 2010,
2. Art. 8, 9 Nrn. 1, 3 und 4 und Art. 10 am 1. Januar 2010
und
3. Art. 9 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Juli 2009
in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Anlage 1
zu Art. 2 Abs. 3

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.605,59	1.643,37	1.681,15	1.718,93	1.756,71	1.794,51	1.832,30					
A 3	1.670,84	1.711,04	1.751,24	1.791,43	1.831,65	1.871,86	1.912,06					
A 4	1.707,84	1.755,20	1.802,51	1.849,85	1.897,18	1.944,52	1.991,83					
A 5	1.721,32	1.781,92	1.829,02	1.876,09	1.923,20	1.970,28	2.017,37	2.064,46				
A 6	1.761,10	1.812,81	1.864,52	1.916,21	1.967,91	2.019,62	2.071,34	2.123,04	2.174,73			
A 7	1.836,69	1.883,16	1.948,22	2.013,28	2.078,33	2.143,40	2.208,47	2.254,92	2.301,38	2.347,87		
A 8		1.949,17	2.004,76	2.088,13	2.171,51	2.254,88	2.338,28	2.393,85	2.449,42	2.505,02	2.560,59	
A 9		2.073,98	2.128,68	2.217,66	2.306,63	2.395,63	2.484,61	2.545,77	2.606,96	2.668,12	2.729,30	
A 10		2.231,54	2.307,54	2.421,53	2.535,56	2.649,56	2.763,57	2.839,58	2.915,58	2.991,57	3.067,58	
A 11			2.566,08	2.682,89	2.799,70	2.916,54	3.033,36	3.111,24	3.189,12	3.267,02	3.344,89	3.422,76
A 12			2.756,60	2.895,88	3.035,14	3.174,43	3.313,71	3.406,56	3.499,39	3.592,25	3.685,11	3.777,96
A 13			3.097,61	3.248,01	3.398,42	3.548,81	3.699,20	3.799,47	3.899,73	4.000,01	4.100,28	4.200,55
A 14			3.222,21	3.417,26	3.612,28	3.807,31	4.002,34	4.132,36	4.262,39	4.392,40	4.522,43	4.652,46
A 15						4.182,71	4.397,14	4.568,69	4.740,22	4.911,77	5.083,32	5.254,85
A 16						4.615,37	4.863,35	5.061,76	5.260,17	5.458,55	5.656,95	5.855,34

Anlage 2
zu Art. 2 Abs. 3

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsgruppe	Euro
B 1	5.254,85
B 2	6.106,36
B 3	6.466,82
B 4	6.844,38
B 5	7.277,55
B 6	7.686,59
B 7	8.084,49
B 8	8.499,20
B 9	9.014,13
B 10	10.613,16
B 11	11.025,30

Anlage 3
zu Art. 2 Abs. 3

Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.323,56	3.473,96	3.553,15	3.757,39	3.961,63	4.165,87	4.370,11	4.574,36	4.778,59	4.982,85	5.187,08	5.301,34
R 2			4.042,06	4.246,30	4.450,54	4.654,79	4.859,04	5.063,27	5.267,52	5.471,74	5.676,00	5.880,21
R 3	6.466,82											
R 4	6.844,38											
R 5	7.277,55											
R 6	7.686,59											
R 7	8.084,49											
R 8	8.499,20											
R 9	9.014,13											
R 10	11.069,02											

Anlage 4
zu Art. 2 Abs. 3

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsgruppe	Stufe		
	W 1	W 2	W 3
	3.653,93	4.168,13	5.052,48

Besoldungsordnung C

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.897,08	2.997,35	3.097,61	3.197,87	3.298,16	3.398,42	3.498,67	3.598,94	3.699,20	3.799,47	3.899,73	4.000,01	4.100,28	4.200,55	
C 2	2.903,32	3.063,12	3.222,92	3.382,73	3.542,51	3.702,30	3.862,10	4.021,88	4.181,67	4.341,46	4.501,23	4.661,04	4.820,82	4.980,63	5.140,42
C 3	3.192,89	3.373,82	3.554,76	3.735,69	3.916,62	4.097,56	4.278,47	4.459,40	4.640,33	4.821,27	5.002,18	5.183,11	5.364,04	5.544,96	5.725,89
C 4	4.044,68	4.226,55	4.408,44	4.590,32	4.772,21	4.954,08	5.135,96	5.317,82	5.499,70	5.681,58	5.863,47	6.045,33	6.227,22	6.409,09	6.590,97

Stellenzulagen, Zulagen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2009

Rechtsgrundlage	Euro	Rechtsgrundlage	Vomhundertersatz	Rechtsgrundlage	Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 2b	75,56	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ¹⁾	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		in der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe C 2	Fußnote 1 104,32

1) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Besoldungsordnung HS kw**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Besol- dungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
HS 1 kw	2.931,94	3.052,71	3.173,45	3.294,23	3.414,99	3.535,74	3.656,51	3.777,27	3.898,04	4.018,77	4.139,55	4.260,33	4.381,06	4.501,83	
HS 2 kw	2.962,16	3.092,16	3.222,20	3.352,23	3.482,25	3.612,27	3.742,29	3.872,32	4.002,34	4.132,36	4.262,39	4.392,40	4.522,43	4.652,46	
HS 3 kw	3.253,52	3.396,46	3.539,42	3.682,37	3.825,34	3.968,28	4.111,23	4.254,18	4.397,14	4.540,10	4.683,05	4.825,97	4.968,95	5.111,90	5.254,85
	Sondergrundgehalt bis														
	5.814,14*)														
HS 4 kw	3.650,20	3.815,53	3.980,86	4.146,18	4.311,52	4.476,85	4.642,18	4.807,50	4.972,85	5.138,17	5.303,49	5.468,83	5.634,17	5.799,51	5.964,83
	Sondergrundgehalt bis														
	6.959,37*)														

*) Zuschuss zur Ergänzung des Grundgehalts bis 1.553,51.

Anlage 7
zu Art. 2 Abs. 3**Amtszulagen, Stellenzulagen,
Vergütungen auf Grund des Bundesbesoldungsgesetzes**Monatsbeträge
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2009

Rechtsgrundlage	Euro, Vomhundertsatz	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	76,69
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		127,82
Nummer 6 Abs. 1		
Buchst. a		460,16
Buchst. b		368,13
Buchst. c		294,50
Nummer 6a		102,26
Nummer 7		
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ²⁾	
A 2 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 und B 9	B 9	
Nummer 8		
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 9		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 12		95,53
Nummer 13a	bis zu	76,69
Nummer 21		188,28
Nummer 25		38,35
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt in den Laufbahngruppen		
des mittleren Dienstes		17,05
des gehobenen Dienstes		38,35

²⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Nummer 27		
Abs. 1		
Buchst. a		
Doppelbuchst. aa		17,38
Doppelbuchst. bb		67,98
Buchst. b und c		75,56
Abs. 2		
im Fall des Abs. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb		50,62
im Fall des Abs. 1 Buchst. b und c		75,56
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 2	1	32,46
	2	17,73
	3	59,85
A 3	1, 5	59,85
	2	32,46
A 4	1, 4	59,85
	2	32,46
A 5	3	32,46
	4, 6	59,85
A 6	6	32,46
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	3, 6	241,63
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7	206,00
	8	140,35
A 13	7	168,35
	11, 12, 13	245,55
A 14	5	168,35
A 15	7	168,35
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Die Zulage beträgt bei Verwendung an obersten Staatsbehörden, an obersten Bundesbehörden oder an obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn den Richtern und Richterinnen sowie Staatsanwälten und Staatsanwältinnen kein Richteramt übertragen ist, in den Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ³⁾	
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1, 2	186,13
R 2	3 bis 8, 10	186,13
R 3	3	186,13

³⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Anlage 8
zu Art. 2 Abs. 3

Amtszulagen, Stellenzulagen auf Grund des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Monatsbeträge
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2009

Rechtsgrundlage		Euro
Bayerische Besoldungsordnungen		
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 9	1	241,63
	2	38,35
A 10	4	38,35
	6	51,13
A 11	2	51,13
A 12	6	140,35
	8	206,00
A 13	2, 10	168,35
	6	112,24
	11	168,35
	16	206,00
A 14	3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 16	168,35
A 15	1	140,35
	4, 5, 9, 10	168,35
	12	140,35
A 16	1, 1. Spiegelstrich 2. Spiegelstrich	140,35 112,24
	2	224,44
	5, 7	188,28
A 10 kw	1	46,07
A 13 kw	2	150,29
	3	82,83
A 14 kw	3	196,38
HS 2 kw	3	89,48

Familienzuschlag

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. März 2009

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz)	(§ 40 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz)
	Euro	Euro
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	106,36	201,89
übrige Besoldungsgruppen	111,70	207,23

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 95,53 €, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 296,13 €.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 €, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 €,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 € und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 €.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	98,86
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	104,95

Anlage 10
zu Art. 2 Abs. 3

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. März 2009

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter bzw. die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Euro
A 2 bis A 4	790,28
A 5 bis A 8	902,19
A 9 bis A 11	952,23
A 12	1.081,78
A 13	1.111,25
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.143,62

Anlage 11
zu Art. 2 Abs. 3

Erschwerniszulage

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Erschwerniszulage	bis 28. Februar 2009 Euro	ab 1. März 2009 Euro
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV	2,80	2,88

Mehrarbeitsvergütung

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. März 2009

Mehrarbeitsvergütung	bis 28. Februar 2009 Euro	ab 1. März 2009 Euro
§ 4 Abs. 1 MVergV		
A 1 bis A 4	10,26	10,57
A 5 bis A 8	12,12	12,48
A 9 bis A 12	16,63	17,13
A 13 bis A 16	22,94	23,63
§ 4 Abs. 3 MVergV		
Nr. 1	15,48	15,94
Nr. 2	19,18	19,76
Nr. 3	22,77	23,45
Nrn. 4 und 5	26,60	27,40

Anlage 2
zu Art. 4**Besoldungsordnung B****Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge)**

Gültig ab 1. März 2010

Besoldungsgruppe	Euro
B 1	5.317,91
B 2	6.179,64
B 3	6.544,42
B 4	6.926,51
B 5	7.364,88
B 6	7.778,83
B 7	8.181,50
B 8	8.601,19
B 9	9.122,30
B 10	10.740,52
B 11	11.157,60

Anlage 3
zu Art. 4**Besoldungsordnung R**Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.363,44	3.515,65	3.595,79	3.802,48	4.009,17	4.215,86	4.422,55	4.629,25	4.835,93	5.042,64	5.249,32	5.456,04
R 2			4.090,56	4.297,26	4.503,95	4.710,65	4.917,35	5.124,03	5.330,73	5.537,40	5.744,11	5.950,77
R 3	6.544,42											
R 4	6.926,51											
R 5	7.364,88											
R 6	7.778,83											
R 7	8.181,50											
R 8	8.601,19											
R 9	9.122,30											
R 10	11.201,85											

Anlage 4
zu Art. 4**Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Besoldungsgruppe	Stufe		
	W 1	W 2	W 3
	3.697,78	4.218,15	5.113,11

Besoldungsordnung C
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.931,84	3.033,32	3.134,78	3.236,24	3.337,74	3.439,20	3.540,65	3.642,13	3.743,59	3.845,06	3.946,53	4.048,01	4.149,48	4.250,96	
C 2	2.938,16	3.099,88	3.261,60	3.423,32	3.585,02	3.746,73	3.908,45	4.070,14	4.231,85	4.393,56	4.555,24	4.716,97	4.878,67	5.040,40	5.202,11
C 3	3.231,20	3.414,31	3.597,42	3.780,52	3.963,62	4.146,73	4.329,81	4.512,91	4.696,01	4.879,13	5.062,21	5.245,31	5.428,41	5.611,50	5.794,60
C 4	4.093,22	4.277,27	4.461,34	4.645,40	4.829,48	5.013,53	5.197,59	5.381,63	5.565,70	5.749,76	5.933,83	6.117,87	6.301,95	6.486,00	6.670,06

Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2010

Rechtsgrundlage	Euro	Rechtsgrundlage	Vomhundertatz	Rechtsgrundlage	Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 2b	76,47	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 3	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ¹⁾	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 5	205,54 230,08
		in der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	wenn ein Amt ausübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	
				Besoldungsgruppe C 2	Fußnote I 104,32

1) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Besoldungsordnung HS kw
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Besol- dungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
HS 1 kw	2.967,12	3.089,34	3.211,53	3.333,76	3.455,97	3.578,17	3.700,39	3.822,60	3.944,82	4.067,00	4.189,22	4.311,45	4.433,63	4.555,85	
HS 2 kw	2.997,71	3.129,27	3.260,87	3.392,46	3.524,04	3.655,62	3.787,20	3.918,79	4.050,37	4.181,95	4.313,54	4.445,11	4.576,70	4.708,29	
HS 3 kw	3.292,56	3.437,22	3.581,89	3.726,56	3.871,24	4.015,90	4.160,56	4.305,23	4.449,91	4.594,58	4.739,25	4.883,88	5.028,58	5.173,24	5.317,91
	Sondergrundgehalt bis														
	5.883,91*)														
HS 4 kw	3.694,00	3.861,32	4.028,63	4.195,93	4.363,26	4.530,57	4.697,89	4.865,19	5.032,52	5.199,83	5.367,13	5.534,46	5.701,78	5.869,10	6.036,41
	Sondergrundgehalt bis														
	7.042,88*)														

*) Zuschuss zur Ergänzung des Grundgehalts bis 1.572,15.

**Amtszulagen, Stellenzulagen,
Vergütungen auf Grund des Bundesbesoldungsgesetzes**Monatsbeträge
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2010

Rechtsgrundlage	Euro, Vomhundertsatz	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	76,69
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		127,82
Nummer 6 Abs. 1		
Buchst. a		460,16
Buchst. b		368,13
Buchst. c		294,50
Nummer 6a		102,26
Nummer 7		
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	12,5 v. II. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ²⁾	
A 2 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 und B 9	B 9	
Nummer 8		
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 9		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 12		95,53
Nummer 13a	bis zu	76,69
Nummer 21		190,54
Nummer 25		38,35
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt in den Laufbahngruppen		
des mittleren Dienstes		17,05
des gehobenen Dienstes		38,35

²⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Nummer 27		
Abs. 1		
Buchst. a		
Doppelbuchst. aa		17,59
Doppelbuchst. bb		68,80
Buchst. b und c		76,47
Abs. 2		
im Fall des Abs. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb		51,23
im Fall des Abs. 1 Buchst. b und c		76,47
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 2	1	32,85
	2	17,73
	3	60,57
A 3	1, 5	60,57
	2	32,85
A 4	1, 4	60,57
	2	32,85
A 5	3	32,85
	4, 6	60,57
A 6	6	32,85
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	3, 6	244,53
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7	208,47
	8	142,03
A 13	7	170,37
	11, 12, 13	248,50
A 14	5	170,37
A 15	7	170,37
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Die Zulage beträgt bei Verwendung an obersten Staatsbehörden, an obersten Bundesbehörden oder an obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn den Richtern und Richterinnen sowie Staatsanwälten und Staatsanwältinnen kein Richteramt übertragen ist, in den Besoldungsgruppen		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe ³⁾
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1, 2	188,36
R 2	3 bis 8, 10	188,36
R 3	3	188,36

²⁾ Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl I S. 3091).

Amtszulagen, Stellenzulagen auf Grund des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Monatsbeträge
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. März 2010

Rechtsgrundlage		Euro
Bayerische Besoldungsordnungen		
Fußnoten zu Besoldungsgruppen		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 9	1	244,53
	2	38,35
A 10	4	38,35
	6	51,13
A 11	2	51,13
A 12	6	142,03
	8	208,47
A 13	2, 10	170,37
	6	113,59
	11	170,37
	16	208,47
A 14	3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 16	170,37
A 15	1	142,03
	4, 5, 9, 10	170,37
	12	142,03
A 16	1, 1. Spiegelstrich	142,03
	2. Spiegelstrich	113,59
	2	227,13
	5, 7	190,54
A 10 kw	1	46,07
A 13 kw	2	152,09
	3	82,83
A 14 kw	3	198,74
HS 2 kw	3	89,48

Familienzuschlag

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. März 2010

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz)	(§ 40 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz)
	Euro	Euro
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	107,64	204,32
übrige Besoldungsgruppen	113,04	209,72

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 96,68 €, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 299,68 €.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 €, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 €,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 € und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 €.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	100,05
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	106,21

Anlage 10
zu Art. 4**Anwärtergrundbetrag**

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. März 2010

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter bzw. die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Euro
A 2 bis A 4	799,76
A 5 bis A 8	913,02
A 9 bis A 11	963,66
A 12	1.094,76
A 13	1.124,59
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.157,34

Anlage 11
zu Art. 4**Erschwerniszulage**

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Erschwerniszulage	bis 28. Februar 2010 Euro	ab 1. März 2010 Euro
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV	2,88	2,91

Mehrarbeitsvergütung

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Mehrarbeitsvergütung	bis 28. Februar 2010 Euro	ab 1. März 2010 Euro
§ 4 Abs. 1 MVergV		
A 1 bis A 4	10,57	10,70
A 5 bis A 8	12,48	12,63
A 9 bis A 12	17,13	17,34
A 13 bis A 16	23,63	23,91
§ 4 Abs. 3 MVergV		
Nr. 1	15,94	16,13
Nr. 2	19,76	20,00
Nr. 3	23,45	23,73
Nrn. 4 und 5	27,40	27,73

1100-1-I

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 43d Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl S. 82, BayRS 1100-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2007 (GVBl S. 344), wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Dies gilt auch für die Mitglieder des Landtags, die bis zum Ende der 15. Wahlperiode eine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 14 erworben und bis zu diesem Zeitpunkt ein Mindestalter von 60 Jahren erreicht haben.“

2. Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

1100-1-I

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl S. 82, BayRS 1100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 372), wird wie folgt geändert:

1. In die Inhaltsübersicht wird folgender Art. 43e eingefügt:

„Art. 43e Übergangsregelung für den Anspruch auf Altersentschädigung und für die Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge“.

2. In Art. 4 Abs. 2 werden die Worte „§ 1“ durch die Worte „§ 1b“ ersetzt.

3. Art. 5 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie beträgt je Monat 6 641 Euro.“

- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „1. Juli 2005, 1. Juli 2006, 1. Juli 2007, und zum 1. Juli 2008“ durch die Worte „1. Juli 2010, 1. Juli 2011, 1. Juli 2012 und zum 1. Juli 2013“ ersetzt.

- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Einkommensentwicklung in Bayern, die sich zusammensetzt aus

1. dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich mit einem Anteil von 87,2 v. H.,
2. dem Monatsentgelt eines Beschäftigten der Entgeltgruppe 11 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) für das Tarifgebiet West im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 6,2 v. H.,

3. den Bruttomonatsbezügen eines verheirateten Beamten (ohne Kinder) des Freistaates Bayern der Besoldungsgruppe A 12 in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 6,6 v. H.“

4. Art. 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „2 760 Euro“ durch die Worte „3 109 Euro“ ersetzt.

- b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „10 226 Euro“ durch die Worte „12 500 Euro“ ersetzt.

- bb) Es werden folgende neue Sätze 2 und 3 eingefügt:

„²Erstattet werden Aufwendungen, die seit Beginn der Wahlperiode entstanden sind.
³Maßgebend ist das Rechnungsdatum, das unbeschadet Satz 2 bei Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen darf.“

- cc) Die bisherigen Sätze 2 bis 5 werden Sätze 4 bis 7.

- dd) In Satz 5 werden nach dem Wort „Veräußerung“ die Worte „von Erstattungsgegenständen“ eingefügt.

5. Art. 7 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 3 werden die Worte „41 Euro“ durch die Worte „100 Euro bei einer Vollversammlung, 50 Euro bei einer Ausschusssitzung“ ersetzt.

- bb) In Satz 4 wird das Wort „Abgeordneter“ durch die Worte „Mitglied des Landtags“ ersetzt.

- cc) In Satz 5 werden die Worte „Wahl mit Namensaufruf“ durch die Worte „geheimen Wahl“ ersetzt.

- b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Einem Mitglied des Bayerischen Landtags, das an einer namentlichen Abstimmung oder einer geheimen Wahl nicht teilnimmt oder das bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Namensaufruf nicht anwesend ist, werden 25 Euro von der monatlichen Kostenpau-

schale abgezogen. ²Der Betrag kommt für einen Tag höchstens viermal zum Abzug und nur insoweit, als der Abzug 100 Euro bei einer Vollversammlung nicht übersteigt.“

c) Es wird folgender neuer Abs. 4 eingefügt:

„(4) Ab dem 15. Tag einer ärztlich attestierten Erkrankung finden die Abs. 1 und 2 insoweit Anwendung, als nur eine hälftige Kürzung erfolgt.“

d) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 5 und die Worte „Absätze 1 bis 3“ werden durch die Worte „Abs. 1 bis 4“ ersetzt.

6. Art. 11 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Erwerbseinkommen sind Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit einschließlich Abfindungen sowie Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft sowie Entschädigungen als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes.“

b) Abs. 4 Satz 4 wird aufgehoben.

c) Abs. 5 wird aufgehoben.

d) Die bisherigen Abs. 6 und 7 werden Abs. 5 und 6.

e) In Abs. 6 werden jeweils die Worte „Art. 24 des Landeswahlgesetzes“ durch die Worte „Art. 22 des Landeswahlgesetzes“ ersetzt.

7. Art. 12 erhält folgende Fassung:

„Art. 12

Anspruch auf Altersentschädigung

(1) Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn es das 67. Lebensjahr vollendet und dem Bayerischen Landtag zehn Jahre angehört hat.

(2) ¹Mitglieder des Bayerischen Landtags, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. ²Für Mitglieder des Bayerischen Landtags, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
ab 1964	24	67	

(3) ¹Gehörte ein ausgeschiedenes Mitglied dem Bayerischen Landtag mehrmals mit Unterbrechung an, so sind die Zeitabschnitte zusammen zu rechnen. ²Mit jedem über das zehnte Jahr hinausgehenden Jahr bis zum 20. Jahr der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein halbes Lebensjahr früher. ³Art. 11 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

8. Dem Art. 15 Abs. 4 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Art. 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

9. Dem Art. 16 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Hat ein ausgeschiedenes Mitglied bis zu seinem Tod keinen Antrag auf Versorgungsabfindung gestellt, können sein überlebender Ehegatte oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, die leiblichen oder die als Kind angenommenen Kinder einen Antrag nach Abs. 1 stellen.“

10. In Art. 18a werden die Worte „Die Ermittlung des Wertunterschieds im Sinn des § 1587a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ durch die Worte „Die Berechnung und Durchführung des Versorgungsausgleichs“ ersetzt.

11. Art. 20 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 Satz 2 wird der Klammerzusatz „(Beitrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bayern)“ gestrichen.

b) In Abs. 5 Satz 2 werden nach den Worten „Zustellung des“ die Worte „Übergangsgeldbetrags“ bzw. „eingefügt.“

12. Art. 22 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Entsprechendes gilt für Renten im Sinn des § 55 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes mit Ausnahme von Renten aus einer freiwilligen Pflichtversicherung auf Antrag gemäß § 4 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch; § 55 Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden.“

b) In Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „§ 55 Abs. 1 Satz 1“ durch die Worte „§ 55 Abs. 1 Satz 2“ ersetzt.

c) In Abs. 6 Satz 2 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„soweit nicht bereits eine Anrechnung dieser Versorgungsbezüge durch den Deutschen Bundestag erfolgt.“

d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Die Versorgungsbezüge mit Ausnahme der Renten gemäß Abs. 2 Satz 2 werden nur mit dem Teil in die Anrechnung einbezogen, der nicht auf eigenen Beiträgen beruht.“

bb) Die bisherigen Sätze 1 bis 3 werden Sätze 2 bis 4.

e) Es wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) Versorgungsbezüge, die Hinterbliebene nach diesem Gesetz beziehen, ruhen neben eigenen Versorgungsbezügen aus einer Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag in Höhe des Betrags, um den diese Bezüge die Höchstversorgung nach diesem Gesetz übersteigen.“

13. Art. 24 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „Art. 24 Satz 2 des Landeswahlgesetzes“ durch die Worte „Art. 22 Satz 2 des Landeswahlgesetzes“ ersetzt.

b) In Abs. 5 Satz 1 wird nach den Worten „Art. 5, 6 Abs. 2,“ das Wort „Art.“ eingefügt.

14. Art. 30 Abs. 1 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„¹Ein in den Bayerischen Landtag gewählter Beamter mit Dienstbezügen scheidet mit dem Erwerb der Rechtsstellung als Mitglied des Bayerischen Landtags aus seinem Amt aus. ²Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten mit Dienstbezügen ruhen für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken.“

15. Dem Art. 43d Abs. 2 wird folgender Satz 4 angefügt:

„⁴Art. 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

16. Es wird folgender Art. 43e eingefügt:

„Art. 43e

Übergangsregelung
für den Anspruch auf Altersentschädigung
und für die Anrechnung beim
Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

(1) Bis zum Ende der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags finden Art. 12, 15 Abs. 4, Art. 22 Abs. 2 und 7 und Art. 43d Abs. 2 in der bis zum 31. Juli 2009 geltenden Fassung Anwendung.

(2) Auf die am 1. August 2009 vorhandenen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags und Hinterbliebenen, die am 31. Juli 2009 bereits entsprechende Leistungen beziehen, findet Art. 22 Abs. 11 keine Anwendung.“

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten § 1 Nrn. 3 und 4 mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften¹⁾

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

Das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz – BayVwVfG – (BayRS 2010–1–I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2008 (GVBl S. 312), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Nach Art. 42 wird folgender Art. 42a eingefügt:

„Art. 42a Genehmigungsfiktion“.

b) Der Fünfte Teil Abschnitt Ia erhält folgende Fassung:

„Abschnitt Ia

Verfahren über eine einheitliche Stelle

Art. 71a Anwendbarkeit

Art. 71b Verfahren

Art. 71c Informationspflichten

Art. 71d Gegenseitige Unterstützung

Art. 71e Elektronisches Verfahren“.

2. In Art. 2 Abs. 3 Nr. 1 werden die Worte „im Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit“ durch die Worte „durch die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit oder durch die in verwaltungsrechtlichen Anwalts- und Notarsachen zuständigen Gerichte“ ersetzt.

3. Art. 14 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Bevollmächtigte und Beistände sind zu-

rückzuweisen, wenn sie entgegen § 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes Rechtsdienstleistungen erbringen.“

b) Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Nicht zurückgewiesen werden können Personen, die nach § 67 Abs. 2 Sätze 1 und 2 Nrn. 3 bis 7 der Verwaltungsgerichtsordnung zur Vertretung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren befugt sind.“

4. Art. 16 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird das Wort „Vormundschaftsgericht“ durch die Worte „Betreuungsgericht, für einen minderjährigen Beteiligten das Familiengericht“ ersetzt.

b) In Abs. 2 wird jeweils das Wort „Vormundschaftsgericht“ durch das Wort „Gericht“ ersetzt.

5. Art. 20 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. der Ehegatte oder der Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Lebenspartner),“

bb) Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister des Ehegatten sowie Lebenspartner der Geschwister und Geschwister des Lebenspartners,“.

b) In Satz 2 Nr. 1 werden nach dem Wort „Ehe“ die Worte „oder Lebenspartnerschaft“ eingefügt.

6. Art. 23 Abs. 2 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Hat die Behörde Dolmetscher oder Übersetzer herangezogen, erhalten diese in entsprechender Anwendung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes eine Vergütung.“

7. Art. 25 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung verwaltungsverfahrenrechtlicher Bestimmungen der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl L 376 S. 36).

„(2) ¹Die Behörde erörtert, soweit erforderlich, bereits vor Stellung eines Antrags mit dem zukünftigen Antragsteller, welche Nachweise und Unterlagen von ihm zu erbringen sind und in welcher Weise das Verfahren beschleunigt werden kann. ²Soweit es der Verfahrensbeschleunigung dient, soll sie dem Antragsteller nach Eingang des Antrags unverzüglich Auskunft über die voraussichtliche Verfahrensdauer und die Vollständigkeit der Antragsunterlagen geben.“

8. Art. 26 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Falls die Behörde Zeugen und Sachverständige herangezogen hat, erhalten diese auf Antrag in entsprechender Anwendung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes eine Entschädigung oder Vergütung.“

9. Art. 41 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird durch folgenden Satz 1 und neuen Satz 2 ersetzt:

„¹Ein schriftlicher Verwaltungsakt, der im Inland durch die Post übermittelt wird, gilt am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. ²Ein Verwaltungsakt, der im Inland oder in das Ausland elektronisch übermittelt wird, gilt am dritten Tag nach der Absendung als bekannt gegeben.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

10. Nach Art. 42 wird folgender Art. 42a eingefügt:

„Art. 42a

Genehmigungsfiktion

(1) ¹Eine beantragte Genehmigung gilt nach Ablauf einer für die Entscheidung festgelegten Frist als erteilt (Genehmigungsfiktion), wenn dies durch Rechtsvorschrift angeordnet und der Antrag hinreichend bestimmt ist. ²Die Vorschriften über die Bestandskraft von Verwaltungsakten und über das Rechtsbehelfsverfahren gelten entsprechend.

(2) ¹Die Frist nach Abs. 1 Satz 1 beträgt drei Monate, soweit durch Rechtsvorschrift nichts Abweichendes bestimmt ist. ²Die Frist beginnt mit Eingang der vollständigen Unterlagen. ³Sie kann einmal angemessen verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. ⁴Die Fristverlängerung ist zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen.

(3) Auf Verlangen ist demjenigen, dem der Verwaltungsakt nach Art. 41 Abs. 1 hätte bekannt gegeben werden müssen, der Eintritt der Genehmigungsfiktion schriftlich zu bescheinigen.“

11. In Art. 69 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „Satz 3“ durch die Worte „Satz 4“ ersetzt.

12. Der Fünfte Teil Abschnitt Ia erhält folgende Fassung:

„Abschnitt Ia

Verfahren über eine einheitliche Stelle

Art. 71a

Anwendbarkeit

(1) Ist durch Rechtsvorschrift angeordnet, dass ein Verwaltungsverfahren über eine einheitliche Stelle abgewickelt werden kann, so gelten die Vorschriften dieses Abschnitts und, soweit sich aus ihnen nichts Abweichendes ergibt, die übrigen Vorschriften dieses Gesetzes.

(2) Der zuständigen Behörde obliegen die Pflichten aus Art. 71b Abs. 3, 4 und 6, Art. 71c Abs. 2 und Art. 71e auch dann, wenn sich der Antragsteller oder Anzeigepflichtige unmittelbar an die zuständige Behörde wendet.

Art. 71b

Verfahren

(1) Die einheitliche Stelle nimmt Anzeigen, Anträge, Willenserklärungen und Unterlagen entgegen und leitet sie unverzüglich an die zuständigen Behörden weiter.

(2) ¹Anzeigen, Anträge, Willenserklärungen und Unterlagen gelten am dritten Tag nach Eingang bei der einheitlichen Stelle als bei der zuständigen Behörde eingegangen. ²Fristen werden mit Eingang bei der einheitlichen Stelle gewahrt.

(3) ¹Soll durch die Anzeige, den Antrag oder die Abgabe einer Willenserklärung eine Frist in Lauf gesetzt werden, innerhalb deren die zuständige Behörde tätig werden muss, stellt die zuständige Behörde eine Empfangsbestätigung aus. ²In der Empfangsbestätigung ist das Datum des Eingangs bei der einheitlichen Stelle mitzuteilen und auf die Frist, die Voraussetzungen für den Beginn des Fristlaufs und auf eine an den Fristablauf geknüpfte Rechtsfolge sowie auf die verfügbaren Rechtsbehelfe hinzuweisen.

(4) ¹Ist die Anzeige oder der Antrag unvollständig, teilt die zuständige Behörde unverzüglich mit, welche Unterlagen nachzureichen sind. ²Die Mitteilung enthält den Hinweis, dass der Lauf der Frist nach Abs. 3 erst mit Eingang der vollständigen Unterlagen beginnt. ³Das Datum des Eingangs der nachgereichten Unterlagen bei der einheitlichen Stelle ist mitzuteilen.

(5) ¹Soweit die einheitliche Stelle zur Verfahrensentwicklung in Anspruch genommen wird, sollen Mitteilungen der zuständigen Behörde an den Antragsteller oder Anzeigepflichtigen über sie weitergegeben werden. ²Verwaltungsakte werden auf Verlangen desjenigen, an den sich der Verwaltungsakt richtet, von der zuständigen Behörde unmittelbar bekannt gegeben.

(6) ¹Ein schriftlicher Verwaltungsakt, der durch die Post in das Ausland übermittelt wird, gilt einen Monat nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben.

²Art. 41 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 71c

Informationspflichten

(1) ¹Die einheitliche Stelle erteilt auf Anfrage unverzüglich Auskunft über die maßgeblichen Vorschriften, die zuständigen Behörden, den Zugang zu den öffentlichen Registern und Datenbanken, die zustehenden Verfahrensrechte und die Einrichtungen, die den Antragsteller oder Anzeigepflichtigen bei der Aufnahme oder Ausübung seiner Tätigkeit unterstützen. ²Sie teilt unverzüglich mit, wenn eine Anfrage zu unbestimmt ist.

(2) ¹Die zuständigen Behörden erteilen auf Anfrage unverzüglich Auskunft über die maßgeblichen Vorschriften und deren gewöhnliche Auslegung. ²Nach Art. 25 erforderliche Anregungen und Auskünfte werden unverzüglich gegeben.

Art. 71d

Gegenseitige Unterstützung

¹Die einheitliche Stelle und die zuständigen Behörden wirken gemeinsam auf eine ordnungsgemäße und zügige Verfahrensabwicklung hin; die Pflicht zur Unterstützung besteht auch gegenüber einheitlichen Stellen oder sonstigen Behörden des Bundes oder anderer Länder. ²Die zuständigen Behörden stellen der einheitlichen Stelle insbesondere die erforderlichen Informationen zum Verfahrensstand zur Verfügung.

Art. 71e

Elektronisches Verfahren

¹Das Verfahren nach diesem Abschnitt wird auf Verlangen in elektronischer Form abgewickelt. ²Art. 3a Abs. 2 Sätze 2 und 3 und Abs. 3 bleiben unberührt.“

13. In Art. 72 Abs. 1 Halbsatz 2 werden die Worte „und 71a bis 71e sind“ durch das Wort „ist“ ersetzt.

14. In Art. 78f Satz 4 werden die Worte „Art. 78g Abs. 1 Satz 3“ durch die Worte „Art. 78g Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.

§ 2

Änderung des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes

Das Bayerische Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz – VwZVG – (BayRS 2010-2-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. Juni 2008 (GVBl S. 312), wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Art. 5 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 2 bleibt unberührt.“

2. Art. 5 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Die Satznummerierung in Satz 1 entfällt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Ein elektronisches Dokument kann im Übrigen unbeschadet des Abs. 4 elektronisch zugestellt werden, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet; es ist elektronisch zuzustellen, wenn auf Grund einer Rechtsvorschrift ein Verfahren auf Verlangen des Empfängers in elektronischer Form abgewickelt wird. ²Für die Übermittlung ist das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen und gegen unbefugte Kenntnisnahme Dritter zu schützen.“

c) Es werden folgende Abs. 6 und 7 angefügt:

„(6) ¹Bei der elektronischen Zustellung ist die Übermittlung mit dem Hinweis „Zustellung gegen Empfangsbekanntnis“ einzuleiten. ²Die Übermittlung muss die absendende Behörde, den Namen und die Anschrift des Zustellungsadressaten sowie den Namen des Bediensteten erkennen lassen, der das Dokument zur Übermittlung aufgegeben hat.

(7) ¹Zum Nachweis der Zustellung nach Abs. 4 und 5 genügt das mit Datum und Unterschrift versehene Empfangsbekanntnis, das an die Behörde durch die Post oder elektronisch zurückzusenden ist. ²Ein elektronisches Dokument gilt in den Fällen des Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 2 am dritten Tag nach der Absendung an den vom Empfänger hierfür eröffneten Zugang als zugestellt, wenn der Behörde nicht spätestens an diesem Tag ein Empfangsbekanntnis nach Satz 1 zugeht. ³Satz 2 gilt nicht, wenn der Empfänger glaubhaft macht, dass das Dokument nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. ⁴Der Empfänger ist in den Fällen des Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 2 vor der Übermittlung über die Rechtsfolge nach Satz 2 zu belehren. ⁵Zum Nachweis der Zustellung ist von der absendenden Behörde in den Akten zu vermerken, zu welchem Zeitpunkt und an welchen Zugang das Dokument gesendet wurde. ⁶Der Empfänger ist über den Eintritt der Zustellungsfiktion nach Satz 2 zu benachrichtigen.“

3. Art. 14 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Der Nachweis der Zustellung gemäß Abs. 1 Nr. 4 richtet sich nach Art. 5 Abs. 7 Sätze 1 bis 3 und 5.“

4. Art. 15 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:

„2. bei juristischen Personen, die zur Anmel-

derung einer inländischen Geschäftsanschrift zum Handelsregister verpflichtet sind, eine Zustellung weder unter der eingetragenen Anschrift noch unter einer im Handelsregister eingetragenen Anschrift einer für Zustellungen empfangsberechtigten Person oder einer ohne Ermittlungen bekannten anderen inländischen Anschrift möglich ist,“.

b) Die bisherigen Nrn. 2 und 3 werden Nrn. 3 und 4.

§ 3

Änderung des Bayerischen Wassergesetzes

In Art. 83 Abs. 2 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 969), werden die Worte „Abschnitte Ia und“ durch das Wort „Abschnitt“ ersetzt.

§ 4

Änderung der Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren

§ 1 der Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren (WPBV) vom 13. März 2000 (GVBl S. 156, BayRS 753-1-6-UG), zuletzt geändert durch § 1 der Verordnung vom 23. Juni 2008 (GVBl S. 397), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „nach Art. 71e des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes“ gestrichen.
2. In Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „nach Art. 71d BayVwVfG“ gestrichen.

§ 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. § 1 Nrn. 2 und 4 am 1. September 2009 und
2. § 1 Nr. 12 betreffend die Vorschrift des Art. 71e BayVwVfG am 28. Dezember 2009

in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

2012-1-1-I, 12-1-I, 204-1-I

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes, des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes und des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Polizeiaufgabengesetzes

Das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl S. 397, BayRS 2012-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 27 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 421), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Worte „Art. 34e Notwendige Begleitmaßnahmen“ gestrichen.
2. Art. 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 werden die Sätze 3 und 4 gestrichen.
 - b) Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit; die Rechtsbeschwerde ist ausgeschlossen.“
3. Art. 24 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend; die Rechtsbeschwerde ist ausgeschlossen.“
4. In Art. 32 Abs. 4 werden die Worte „zwei Monate“ durch die Worte „drei Wochen“ ersetzt.
5. Art. 34 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Polizei kann durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen (Art. 23 Abs. 1 Satz 2) personenbezogene Daten über die für eine Gefahr Verantwortlichen erheben, wenn dies erforderlich ist zur Abwehr einer dringenden Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit

des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person.“

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

- aaa) In Nr. 1 werden die Worte „oder die dort genannten Straftaten nicht anders verhütet oder abgewehrt“ gestrichen.
- bbb) In Nr. 2 Buchst. a werden die Worte „Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Gefahren oder Straftaten“ durch die Worte „Satz 1 genannten Gefahren“ ersetzt.

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In den Fällen des Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 und 3 ist eine nur automatische Aufzeichnung nicht zulässig; wird bei einer Maßnahme nach Abs. 1 Satz 1 erkennbar, dass Gespräche geführt werden, die dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzurechnen sind, und bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass sie dem Zweck der Herbeiführung eines Erhebungsverbots dienen sollen, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange erforderlich zu unterbrechen.“

c) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 Nr. 2 werden die Worte „Abs. 6“ durch „Abs. 5“ ersetzt.
- bb) In Satz 3 Nr. 3 werden die Worte „Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Gefahren oder Straftaten“ durch die Worte „Abs. 1 Satz 1 genannten Gefahren“ ersetzt.

6. Art. 34a Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nr. 2 wird gestrichen.
- b) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 2 und wie folgt geändert:
 - aa) In Buchst. a werden die Worte „Personen nach Nr. 1 oder 2“ durch die Worte „Personen nach Nr. 1“ ersetzt.
 - bb) In Buchst. b werden die Worte „unter Nr. 1 oder 2 genannten Personen“ durch die Worte „unter Nr. 1 genannten Personen“ ersetzt.

7. Art. 34c wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 werden die Worte „Art. 34a

Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Gefahren oder Straftaten“ durch die Worte „Art. 34a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Gefahren“ ersetzt.

- b) In Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „Art. 34a Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2“ durch die Worte „Art. 34a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.

8. Art. 34d wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Sätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:

„¹Die Polizei kann mit technischen Mitteln verdeckt auf informationstechnische Systeme zugreifen, um Zugangsdaten und gespeicherte Daten zu erheben von Personen,

1. die für eine Gefahr verantwortlich sind, soweit dies zur Abwehr einer dringenden Gefahr für

- a) den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
 b) Rechtsgüter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, oder
 c) Leib, Leben oder Freiheit einer Person

erforderlich ist, oder

2. soweit bestimmte Tatsachen die begründete Annahme rechtfertigen, dass

- a) sie für Personen nach Nr. 1 bestimmte oder von diesen herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder entgegengenommen haben, ohne insoweit das Recht zur Verweigerung des Zeugnisses nach §§ 53, 53a StPO zu haben, oder solche Mitteilungen weitergeben oder weitergegeben haben oder
 b) die unter Nr. 1 genannten Personen ihre informationstechnischen Systeme benutzen oder benutzt haben.

²Eine Maßnahme nach Satz 1 darf nur durchgeführt werden, wenn die Erfüllung einer polizeilichen Aufgabe auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ³Daten dürfen unter den Voraussetzungen des Satzes 1 gelöscht werden, wenn eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben nicht anders abgewehrt werden kann.“

- bb) In Satz 7 wird die Zahl „2“ durch die Zahl „3“ ersetzt.

- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „Sätze 1 und 2 gelten“ durch die Worte „Satz 1 gilt“ ersetzt.

- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Für die richterliche Anordnung ist Art. 24

Abs. 1 Satz 3 entsprechend anzuwenden; die weitere Beschwerde ist ausgeschlossen.“

- cc) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³Zuständig ist das in § 74a Abs. 4 GVG bezeichnete Gericht, in dessen Bezirk die beantragende Polizeidienststelle ihren Sitz hat; über Beschwerden entscheidet das in § 120 Abs. 4 Satz 2 GVG bezeichnete Gericht.“

- dd) Die bisherigen Sätze 3 bis 8 werden Sätze 4 bis 9.

- c) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie dürfen nur zu den Zwecken verwendet werden, zu denen sie erhoben wurden.“

- bb) In Satz 3 Nr. 3 werden die Worte „Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Gefahren oder Straftaten“ durch die Worte „Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Gefahren“ ersetzt.

- cc) In Satz 5 Halbsatz 2 werden die Worte „Art. 34 Abs. 4 Satz 2“ durch die Worte „Abs. 3 Satz 2“ ersetzt.

- d) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 Nr. 2 wird nach dem Wort „erhoben“ das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt und werden nach dem Wort „gelöscht“ die Worte „oder verändert“ gestrichen.

- bb) In Satz 2 werden die Worte „Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2“ durch die Worte „Abs. 1 Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.

- cc) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Ist wegen desselben Sachverhalts ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Betroffenen eingeleitet worden, ist die Unterrichtung in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft nachzuholen, sobald dies der Stand des Ermittlungsverfahrens zulässt.“

- dd) Es werden folgende Sätze 4 und 5 angefügt:

„⁴Art. 34 Abs. 6 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend. ⁵Die gerichtliche Zuständigkeit und das Verfahren richten sich im Fall des Satzes 3 nach den Regelungen der Strafprozessordnung, im Übrigen gelten Abs. 3 Sätze 2 und 3.“

- e) Abs. 8 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „und die Veränderung“ gestrichen und wird die Zahl „2“ durch die Zahl „3“ ersetzt.

- bb) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³In dem Bericht sind anzugeben:

1. die Anzahl der den Maßnahmen zu Grunde liegenden Anordnungen, unterschieden nach
 - a) Erstanordnungen,
 - b) Verlängerungsanordnungen,
 2. die jeweilige Anordnungsdauer,
 3. die Anzahl der Maßnahmen, unterschieden nach
 - a) Erhebungen von Daten,
 - b) Löschungen von Daten,
 4. die gesetzlichen Grundlagen der Maßnahmen.“
9. In Art. 34d Abs. 3 Satz 2 werden der Strichpunkt und die Worte „die weitere Beschwerde ist ausgeschlossen“ gestrichen.

10. Art. 34e wird aufgehoben.

11. Dem Art. 36 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Von Maßnahmen nach Abs. 1 sind

1. die Personen zu unterrichten, gegen die die Maßnahme gerichtet war, sowie
2. diejenigen, deren personenbezogene Daten gemeldet worden sind.

²Die Unterrichtung erfolgt, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme oder der ein-gesetzten nicht offen ermittelnden Beamten ge-schehen kann. ³Ist wegen desselben Sachverhalts ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Betroffenen eingeleitet worden, ist die Unter-richtung in Abstimmung mit der Staatsanwalt-schaft nachzuholen, sobald dies der Stand der Er-mittlungen zulässt. ⁴Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der richterlichen Zustimmung. ⁵Art. 34 Abs. 6 Sätze 4 und 5 gelten entsprechend. ⁶Die gerichtliche Zu-ständigkeit und das Verfahren richten sich im Fall des Satzes 3 nach den Regeln der Strafprozessord-nung, im Übrigen ist für die richterliche Entschei-dung Art. 24 Abs. 1 Satz 3 entsprechend anzu-wenden; zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die ausschreibende Polizeidienststelle ihren Sitz hat.“

12. Art. 44 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Art. 24 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.“

§ 2

Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2008 (GVBl S. 357), wird wie folgt geändert:

1. Art. 6a Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 2 und 3 ist eine nur automatische Aufzeichnung nicht zulässig; wird bei einer Maßnahme nach Abs. 1 erkennbar, dass Ge-spräche geführt werden, die dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzurechnen sind, und bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass sie dem Zweck der Herbeiführung eines Erhebungsverbots dienen sollen, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange erforderlich zu unterbrechen.“

2. Art. 6b Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Ge-setzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend; die Rechtsbeschwerde ist ausge-schlossen.“

3. In Art. 6e Abs. 1 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„die Maßnahmen sind zu dokumentieren.“

4. Art. 6f Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „und 6“ gestrichen.

b) In Satz 3 wird der Punkt am Ende durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz an-gefügt:

„Art. 6b Abs. 2 Satz 7 gilt entsprechend.“

c) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Zuständiges Gericht ist das in § 74a Abs. 4 GVG bezeichnete Gericht, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat.“

d) Es werden folgende Sätze 5 und 6 angefügt:

„⁵Über Beschwerden entscheidet das in § 120 Abs. 4 Satz 2 GVG bezeichnete Gericht. ⁶Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Ge-richtsbarkeit entsprechend; die weitere Be-schwerde ist ausgeschlossen.“

5. Art. 6f Abs. 5 Satz 6 erhält folgende Fassung:

„⁶Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Ge-setzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend; die Rechtsbeschwerde ist ausge-schlossen.“

6. Art. 6g wird aufgehoben.

§ 3

Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

In Art. 21a Abs. 5 des Bayerischen Datenschutzge-setzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498, BayRS 204-1-I), zuletzt geändert durch Art. 21 des Ge-setzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), werden die Wor-

te „zwei Monate“ durch die Worte „drei Wochen“ ersetzt.

§ 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten § 1 Nrn. 2, 3, 9 und 12 sowie § 2 Nrn. 2 und 5 am 1. September 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

2126-3-UG

Gesetz zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz – GSG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 919, BayRS 2126-3-UG), geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 465), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 2 Nrn. 6 und 8 werden jeweils die Worte „soweit sie öffentlich zugänglich sind,“ gestrichen.
2. Art. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und wie folgt geändert:
 - aa) Der Schlusspunkt wird durch ein Komma ersetzt.
 - bb) Es werden folgende Nrn. 4 und 5 angefügt:

„4. in Bier-, Wein- und Festzelten, die nur vorübergehend und in der Regel an wechselnden Standorten betrieben werden sowie in vorübergehend als Festhallen genutzten ortsfesten Hallen auf Volksfesten und vergleichbar großen Veranstaltungen; als vorübergehend gilt ein Zeitraum von höchstens 21 aufeinander folgenden Tagen bezogen auf einen Standort,

5. in getränkegeprägten Gaststätten mit weniger als 75 m² Gastfläche und ohne abgetrennten Nebenraum, wenn Kindern und Jugendlichen der Zutritt nicht gestattet ist und die Gaststätten am Eingangsbereich in deutlich erkennbarer Weise als Rauchergaststätten, zu denen Minderjährige keinen Zutritt haben, gekennzeichnet sind.“
 - b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit können weitere Ausnahmen zugelassen werden, wenn durch technische Vorkehrungen ein dem Rauch-

verbot vergleichbarer Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens geleistet werden kann.“

3. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „Nrn. 6 bis 8“ durch die Worte „Nr. 7“ ersetzt.

bb) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³In Diskotheken und anderen Tanzlokalen kann das Rauchen in einem Nebenraum nur gestattet werden, sofern sich darin keine Tanzfläche befindet.“

b) Dem Abs. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Kindern und Jugendlichen ist der Zutritt zum Raucherraum nicht gestattet; dies gilt nicht für Justizvollzugsanstalten, für Einrichtungen des Maßregelvollzugs und für die Einrichtungen der ambulanten und stationären Suchttherapie sowie der Erziehungs- und Eingliederungshilfe für Jugendliche und junge Volljährige.“

4. In Art. 7 Satz 1 werden die Worte „Kennzeichnungspflicht nach Art. 6 Abs. 3 Satz 1“ durch die Worte „Pflichten nach Art. 6 Abs. 3“ ersetzt.

5. Art. 11 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Übergangsregelung“ gestrichen.

b) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

c) Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

2132-1-I, 2133-1-I, 2242-1-WFK

Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung, des Baukammergesetzes und des Denkmalschutzgesetzes¹⁾

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung der Bayerischen Bauordnung

Die Bayerische Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I), geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2009 (GVBl S. 218), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des Gesetzes wird der Fußnotenhinweis „¹⁾“ gestrichen; der entsprechende Text wird aufgehoben.
2. In der Inhaltsübersicht erhält die Überschrift des Art. 41 folgende Fassung:
„Nicht durch Sammelkanalisation erschlossene Anwesen“.
3. Art. 2 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 8 werden nach dem Wort „Gastplätzen“ die Worte „in Gebäuden“ eingefügt.
 - b) In Nr. 15 werden nach dem Wort „bedürfen“ ein Komma und die Worte „sowie Fahrgeschäfte, die keine fliegenden Bauten und nicht verkehrsfrei sind“ eingefügt.
4. In Art. 4 Abs. 2 werden die Worte „ist im Geltungsbereich“ durch die Worte „sind im Geltungsbereich“ ersetzt.
5. Art. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Abs. 5 wird folgender Satz 4 angefügt:
„⁴Satz 3 gilt entsprechend, wenn sich einheitlich abweichende Abstandsflächentiefen aus der umgebenden Bebauung im Sinn des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB ergeben.“
 - b) Abs. 8 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Vor dem Wort „Vorbauten“ wird das Wort „untergeordnete“ eingefügt.

bbb) Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der Außenwand des jeweiligen Gebäudes, höchstens jedoch insgesamt 5 m, in Anspruch nehmen,“.

bb) Der Schlusspunkt wird durch ein Komma ersetzt.

cc) Es wird folgende Nr. 3 angefügt:

„3. untergeordnete Dachgauben, wenn

a) sie insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der Außenwand des jeweiligen Gebäudes, höchstens jedoch insgesamt 5 m, in Anspruch nehmen und

b) ihre Ansichtsfläche jeweils nicht mehr als 4 m² beträgt und eine Höhe von nicht mehr als 2,5 m aufweist.“

c) In Abs. 9 Satz 1 Nr. 1 werden die Worte „Gesamtlänge der Grundstücksgrenze“ durch die Worte „Länge der Grundstücksgrenze“ ersetzt.

5a. Art. 18 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern dürfen im Einzelfall

1. Bauprodukte, die ausschließlich nach dem Bauproduktengesetz in Verkehr gebracht werden und gehandelt werden dürfen, dessen Anforderungen jedoch nicht erfüllen,

2. Bauprodukte, die nach sonstigen Vorschriften zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union oder auf der Grundlage von unmittelbar geltendem Recht der Europäischen Union in Verkehr gebracht und gehandelt werden dürfen, hinsichtlich der nicht berücksichtigten wesentlichen Anforderungen im Sinn des Art. 15 Abs. 7 Nr. 2,

3. nicht geregelte Bauprodukte

verwendet werden, wenn ihre Verwendbarkeit im Sinn des § 3 Abs. 2 nachgewiesen ist.“

¹⁾ §§ 1 und 2 dieses Gesetzes dienen der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl L 376 S. 36).

6. Art. 23 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Person, Stelle oder Überwachungsgemeinschaft“ durch die Worte „natürliche oder juristische Person“ ersetzt.
 - b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „Person, Stelle, Überwachungsgemeinschaft“ jeweils durch die Worte „natürliche oder juristische Person“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Worte „Personen, Stellen, Überwachungsgemeinschaften“ durch die Worte „natürlichen oder juristischen Personen“ ersetzt.
7. Die Überschrift des Art. 41 erhält folgende Fassung:
- „Nicht durch Sammelkanalisation erschlossene Anwesen“.
8. Art. 48 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Die Verpflichtung nach Satz 1 kann auch durch barrierefrei erreichbare Wohnungen in mehreren Geschossen erfüllt werden.“
 - bb) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
 - b) In Abs. 4 Satz 10 wird der Schlusspunkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„es genügt ein Fahrkorb zur Aufnahme eines Rollstuhls.“
 - c) Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Abs. 1 bis 4 gelten nicht, soweit die Anforderungen wegen schwieriger Geländeverhältnisse, wegen ungünstiger vorhandener Bebauung oder im Hinblick auf die Sicherheit der Menschen mit Behinderung oder alten Menschen oder bei Anlagen nach Abs. 1 auch wegen des Einbaus eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können.“
9. In Art. 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „im Geltungsbereich“ durch die Worte „einschließlich ihrer jeweiligen Nebengebäude und Nebenanlagen im Geltungsbereich“ ersetzt.
10. In Art. 56 Satz 2 werden nach den Worten „keiner Baugenehmigung“ ein Komma und das Wort „Abweichung“ eingefügt.
11. Art. 57 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Buchst. b wird gestrichen.
 - bbb) Der bisherige Buchst. c wird Buchst. b.
 - bb) Es wird folgende neue Nr. 3 eingefügt:

„3. folgende Energiegewinnungsanlagen:

 - a) Solarenergieanlagen und Sonnenkollektoren
 - aa) in und an Dach- und Außenwandflächen sowie auf Flachdächern, im Übrigen mit einer Fläche bis zu einem Drittel der jeweiligen Dach- oder Außenwandfläche,
 - bb) gebäudeunabhängig mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge bis zu 9 m,
 - b) Kleinwindkraftanlagen mit einer Höhe bis zu 10 m,“.
 - cc) Die bisherigen Nrn. 3 bis 10 werden Nrn. 4 bis 11.
 - dd) Nach Nr. 11 (neu) wird folgende neue Nr. 12 eingefügt:

„12. Maßnahmen zur nachträglichen Wärmedämmung an Außenwänden und Dächern,“.
 - ee) Die bisherigen Nrn. 11 und 12 werden neue Nrn. 13 und 14.
 - ff) Nach Nr. 14 (neu) wird folgende Nr. 15 eingefügt:

„15. Fahrgeschäfte mit einer Höhe bis zu 5 m, die für Kinder betrieben werden und eine Geschwindigkeit von höchstens 1 m/s haben,“.
 - gg) Die bisherigen Nrn. 13 und 14 werden Nrn. 16 und 17.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. Werbeanlagen mit einer Höhe bis zu 10 m,“.
 - bb) In Nr. 8 wird nach dem Wort „Friedhöfe“ ein Komma angefügt.
 - cc) Es wird folgende Nr. 9 angefügt:

„9. Solarenergieanlagen und Sonnenkollektoren“.
 - c) In Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „Sonderbauten“ durch die Worte „Gebäude, die Sonderbauten sind“ ersetzt.

- d) In Abs. 5 Satz 3 werden die Worte „Satz 1 Halbsatz 1 und Satz 2“ durch die Worte „Satz 1 erster Spiegelstrich und Satz 3“ ersetzt.
12. In Art. 60 Satz 1 werden die Worte „genehmigungsbedürftigen baulichen Anlagen, die nicht unter Art. 59 fallen,“ durch das Wort „Sonderbauten“ ersetzt.
13. Art. 61 erhält folgende Fassung:

„Art. 61

Bauvorlageberechtigung

(1) Bauvorlagen für die nicht verfahrensfreie Errichtung und Änderung von Gebäuden müssen von einem Entwurfsverfasser unterschrieben sein, der bauvorlageberechtigt ist.

(2) Bauvorlageberechtigt ist, wer

1. die Berufsbezeichnung „Architektin“ oder „Architekt“ führen darf,
2. in die von der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau geführte Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Freistaat Bayern.

(3) ¹Bauvorlageberechtigt sind ferner die Angehörigen der Fachrichtungen Architektur, Hochbau oder Bauingenieurwesen, die nach dem Ingenieurgesetz die Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ oder „Ingenieur“ führen dürfen, sowie die staatlich geprüften Techniker der Fachrichtung Bautechnik und die Handwerksmeister des Mauer- und Betonbauer- sowie des Zimmererfachs für

1. freistehende oder nur einseitig angebaute oder anbaubare Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 mit nicht mehr als drei Wohnungen,
2. eingeschossige gewerblich genutzte Gebäude mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und nicht mehr als 250 m²,
3. land- oder forstwirtschaftlich genutzte Gebäude,
4. Kleingaragen im Sinn der Rechtsverordnung nach Art. 80 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3,
5. einfache Änderungen von sonstigen Gebäuden.

²Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staates sind im Sinn des Satzes 1 bauvorlageberechtigt, wenn sie eine vergleichbare Berechtigung besitzen und dafür den staatlich geprüften Technikern der Fachrichtung Bautechnik oder den Handwerksmeistern des Mauer- und Betonbauer- sowie des Zimmererfachs vergleichbare Anforderungen erfüllen mussten.

³Abs. 6 bis 8 gelten entsprechend.

(4) Bauvorlageberechtigt ist ferner, wer

1. unter Beschränkung auf sein Fachgebiet Bauvorlagen aufstellt, die üblicherweise von Fachkräften mit einer anderen Ausbildung als sie die in Abs. 2 genannten Personen haben, aufgestellt werden,
2. die Befähigung zum höheren oder gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienst besitzt, für seine Tätigkeit für seinen Dienstherrn,
3. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl L 255 S. 22, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008, ABl L 311 S. 1) oder Bauingenieurwesen nachweist, danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist und Bediensteter oder Bediensteter einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, für die dienstliche Tätigkeit,
4. die Berufsbezeichnung „Innenarchitektin“ oder „Innenarchitekt“ führen darf, für die mit der Berufsaufgabe verbundenen baulichen Änderungen von Gebäuden,
5. Ingenieurin oder Ingenieur der Fachrichtung Innenausbau ist und eine praktische Tätigkeit in dieser Fachrichtung von mindestens zwei Jahren ausgeübt hat, für die Planung von Innenräumen und die damit verbundenen baulichen Änderungen von Gebäuden; Abs. 3 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend,
6. einen Studiengang der Fachrichtung Holzbau und Ausbau, den das Staatsministerium des Innern als gleichwertig mit einer Ausbildung nach Abs. 3 einschließlich der Anforderungen auf Grund der Rechtsverordnung nach Art. 80 Abs. 3 anerkannt hat, erfolgreich abgeschlossen hat, für die Bauvorhaben nach Abs. 3, sofern sie in Holzbauweise errichtet werden; Abs. 3 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(5) ¹In die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure nach Abs. 2 Nr. 2 ist auf Antrag von der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau einzutragen, wer

1. auf Grund eines Studiums des Bauingenieurwesens die Voraussetzungen zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ oder „Ingenieurin“ nach dem Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und „Ingenieurin“ – Ingenieurgesetz – IngG – (BayRS 702-2-W), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 966), erfüllt oder einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG) nachweist und
2. danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist.

²Art. 6 des Baukammerngesetzes (BauKaG) gilt entsprechend. ³Dem Antrag sind die zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen beizufügen. ⁴Hat die Bayerische Ingenieurekammer-Bau nicht innerhalb der in Art. 42a BayVwVfG festgelegten Frist entschieden, gilt der Antrag als genehmigt.

(6) ¹Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staat als Bauvorlageberechtigte niedergelassen sind, sind ohne Eintragung in die Liste nach Abs. 2 Nr. 2 bauvorlageberechtigt, wenn sie

1. eine vergleichbare Berechtigung besitzen und
2. dafür dem Abs. 5 Satz 1 Nrn. 1 und 2 vergleichbare Anforderungen erfüllen mussten.

²Sie haben das erstmalige Tätigwerden als Bauvorlageberechtigter vorher der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau anzuzeigen und dabei

1. eine Bescheinigung darüber, dass sie in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staat rechtmäßig als Bauvorlageberechtigte niedergelassen sind und ihnen die Ausübung dieser Tätigkeiten zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist, und
2. einen Nachweis darüber, dass sie im Staat ihrer Niederlassung für die Tätigkeit als Bauvorlageberechtigter mindestens die Voraussetzungen des Abs. 6 Satz 1 Nrn. 1 und 2 erfüllen mussten,

vorzulegen; sie sind in einem Verzeichnis zu führen. ³Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau hat auf Antrag des Bauvorlageberechtigten zu bestätigen, dass die Anzeige nach Satz 2 erfolgt ist; sie kann das Tätigwerden als Bauvorlageberechtigter untersagen und die Eintragung in dem Verzeichnis nach Satz 2 löschen, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.

(7) ¹Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staat als Bauvorlageberechtigte niedergelassen sind, ohne dass die Voraussetzung für die Vergleichbarkeit im Sinn des Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 erfüllt ist, sind bauvorlageberechtigt, wenn ihnen die Bayerische Ingenieurekammer-Bau bescheinigt hat, dass sie die Anforderungen des Abs. 5 Satz 1 Nrn. 1 und 2 tatsächlich erfüllen; sie sind in einem Verzeichnis zu führen. ²Die Bescheinigung wird auf Antrag erteilt. ³Abs. 5 Sätze 3 und 4 sind entsprechend anzuwenden.

(8) ¹Anzeigen und Bescheinigungen nach den Abs. 6 und 7 sind nicht erforderlich, wenn bereits in einem anderen Land eine Anzeige erfolgt ist oder eine Bescheinigung erteilt wurde; eine weitere Eintragung in die von der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau geführten Verzeichnisse erfolgt nicht. ²Verfahren nach den Abs. 5 bis 7 können über die einheitliche Stelle nach den Vor-

schriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.

(9) ¹Unternehmen dürfen Bauvorlagen als Entwurfsverfasser unterschreiben, wenn sie diese unter der Leitung eines Bauvorlageberechtigten nach den Abs. 2 bis 4, 6 und 7 aufstellen. ²Auf den Bauvorlagen ist der Name des Bauvorlageberechtigten anzugeben.

(10) Für Bauvorlageberechtigte, die weder Mitglied der Bayerischen Architektenkammer noch der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau sind, gilt Art. 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BauKaG entsprechend.“

14. Art. 62 wird wie folgt geändert:

a) Dem Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Art. 61 Abs. 10 ist anzuwenden.“

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Der Standsicherheitsnachweis muss bei

1. Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3,
2. sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,

erstellt sein von

– Personen mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau (Art. 1 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG) oder des Bauingenieurwesens mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung in der Tragwerksplanung; sie dürfen auch bei anderen Bauvorhaben den Standsicherheitsnachweis erstellen,

– im Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung von staatlich geprüften Technikern der Fachrichtung Bautechnik und Handwerksmeistern des Maurer- und Betonbauer- sowie des Zimmererfachs (Art. 61 Abs. 3), wenn sie mindestens drei Jahre zusammenhängende Berufserfahrung nachweisen und die durch Rechtsverordnung gemäß Art. 80 Abs. 3 näher bestimmte Zusatzqualifikation besitzen,

– im Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung Bauvorlageberechtigten nach Art. 61 Abs. 4 Nr. 6.

²Der Brandschutznachweis muss bei Gebäuden der Gebäudeklasse 4, ausgenommen Sonderbauten sowie Mittel- und Großgaragen im Sinn der Rechtsverordnung nach Art. 80 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, erstellt sein von

1. für das Bauvorhaben Bauvorlageberechtigten, die die erforderlichen Kenntnisse des Brandschutzes nachgewiesen haben,

2. Prüfsachverständigen für Brandschutz als Brandschutzplaner; sie dürfen auch bei anderen Bauvorhaben den Brandschutznachweis erstellen.

- ³Tragwerksplaner nach Satz 1 erster Spiegelstrich und Brandschutzplaner nach Satz 2 Nr. 1 müssen unter Beachtung des Art. 61 Abs. 5 Sätze 3 und 4 in einer von der Bayerischen Architektenkammer oder der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau zu führenden Liste eingetragen sein, für die Art. 6 BauKaG entsprechend gilt; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Freistaat Bayern. ⁴Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staat zur Erstellung von Standsicherheits- oder Brandschutznachweisen niedergelassen sind, gelten Art. 61 Abs. 6 bis 8 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Anzeige bzw. der Antrag auf Erteilung einer Bescheinigung bei der nach Satz 3 zuständigen Stelle einzureichen ist.“
- c) In Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 wird das Wort „Fläche“ gestrichen.
15. Art. 63 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Worte „nach § 31 BauGB“ und die Worte „über die zulässige Art der baulichen Nutzung nach § 34 Abs. 2 Halbsatz 2 BauGB“ gestrichen.
- b) In Satz 2 wird der Schlusspunkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
- „bei Bauvorhaben, die einer Genehmigung bedürfen, ist der Abweichungsantrag mit dem Bauantrag zu stellen.“
16. Art. 64 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 2 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.
17. In Art. 65 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Baugenehmigungsverfahren“ das Wort „schriftlich“ eingefügt.
18. Art. 66 Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Die Worte „an Stelle der Nachbarbeteiligung nach Abs. 1 Sätze 1 bis 5“ werden gestrichen.
- b) Der Schlusspunkt wird durch einen Strichpunkt ersetzt.
- c) Es wird folgender Halbsatz angefügt:
- „verfährt die Bauaufsichtsbehörde nach Halbsatz 1, finden Abs. 1 und 3 keine Anwendung.“
- 18a. Art. 68 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „¹Die Baugenehmigung ist zu erteilen, wenn dem Bauvorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen, die im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen sind; die Bauaufsichtsbehörde darf den Bauantrag auch ablehnen, wenn das Bauvorhaben gegen sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften verstößt.“
19. Art. 72 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 2 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.
20. Art. 73 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Nach dem Wort „Genehmigungsfreistellung“ werden ein Komma und das Wort „Anzeige“ sowie nach dem Wort „Art.“ die Worte „57 Abs. 5, Art.“ eingefügt.
- bb) In Nr. 1 wird nach dem Wort „übertragen“ das Wort „sind“ eingefügt.
- b) In Abs. 5 Satz 1 werden nach dem Wort „ist“ die Worte „und diesen Bediensteten die Leitung der Entwurfsarbeiten und die Bauüberwachung übertragen sind“ eingefügt.
21. Art. 77 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 erhält der einleitende Satzteil folgende Fassung:
- „¹Die Bauaufsichtsbehörde sowie nach Maßgabe der Rechtsverordnung gemäß Art. 80 Abs. 2 der Prüfungsinstitut, das Prüfamts oder der Prüfsachverständige überwachen die Bauausführung bei baulichen Anlagen“.
- bb) In Satz 2 werden die Worte „Abs. 2 Satz 3“ durch die Worte „Abs. 2 Satz 2“ ersetzt.
- b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:
- „(3) ¹Bei Bauvorhaben im Sinn des Art. 62 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ist der Ersteller des Standsicherheitsnachweises nach Art. 62 Abs. 2 Satz 1 auch für die Einhaltung der bauaufsichtlichen Anforderungen an die Standsicherheit bei der Bauausführung verantwortlich; benennt der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde einen anderen Tragwerksplaner im Sinn des Art. 62 Abs. 2 Satz 1, ist dieser verantwortlich. ²Ein verantwortlicher Tragwerksplaner im Sinn des Satzes 1 ist nicht erforderlich bei land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und gewerblichen Lagergebäuden mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und
1. nicht mehr als 500 m² oder
 2. nicht mehr als 1600 m², wenn sie statisch einfach sind.“
22. Art. 79 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:
- „2. vorsätzlich unrichtige Angaben in dem Kriterienkatalog nach Art. 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 macht,“.
- b) Die bisherigen Nrn. 2 und 3 werden Nrn. 3 und 4.

§ 2

Änderung des Baukammergesetzes

Das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurekammer-Bau (Baukammergesetz – BauKaG) vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 308, BayRS 2133–1–I) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des Gesetzes wird der Fußnotenhinweis „¹⁾“ gestrichen; der entsprechende Text wird aufgehoben.

2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Art. 34 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Art. 35 wird Art. 34.

3. Dem Art. 4 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Bewerberinnen und Bewerber sowie eingetragene Architektinnen und Architekten sind verpflichtet, die einheitliche Stelle nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes über Änderungen zu informieren, die dazu führen, dass die Voraussetzungen für die Eintragung nicht mehr erfüllt sind.“

4. In Art. 5 Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „und 8“ durch die Worte „bis 9“ ersetzt.

5. In Art. 7 Abs. 3 werden die Worte „bis 8“ durch die Worte „bis 9“ ersetzt.

6. Art. 18 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Satz 1 eingefügt:

„¹Satzungen nach Abs. 2 bedürfen keiner Genehmigung.“

b) Der bisherige Wortlaut wird Satz 2.

7. Art. 21 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es werden folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

„²Die Mitglieder der Schlichtungsausschüsse werden vom Vorstand der jeweiligen Kammer für dessen Amtsdauer bestellt. ³Sofern nach einer Neuwahl des Vorstands die Mitglieder des neuen Schlichtungsausschusses noch nicht bestellt worden sind, wird bis zur Bestellung der bisherige Schlichtungsausschuss tätig, soweit und solange dies erforderlich ist. ⁴Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.“

8. Art. 22 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Die Mitglieder der Eintragungsausschüsse werden vom Vorstand der jeweiligen Kammer für dessen Amtsdauer bestellt. ²Sofern nach einer Neuwahl des Vorstands die Mitglieder des neuen Eintragungsausschusses noch nicht bestellt worden sind, wird bis zur Bestellung der bisherige Eintragungsausschuss tätig, soweit und solange dies erforderlich ist. ³Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.“

9. Art. 24 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Der Schlusspunkt wird durch ein Komma ersetzt.

b) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. Dienstleistungsempfängern und den zuständigen Behörden Informationen und Kontaktdaten gemäß Art. 22, 27 und 28 Abs. 4 der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl L 376 S. 36) zur Verfügung zu stellen.“

10. Art. 26 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Satz 4“ durch die Worte „Satz 3“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Gegen in das Verzeichnis nach Art. 2 Abs. 3 Satz 3 eingetragene Architektinnen, Architekten, Innen- und Landschaftsarchitektinnen, Innen- und Landschaftsarchitekten sowie Beratende Ingenieurinnen und Beratende Ingenieure, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, kann der Vorstand die Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens nur unter Einhaltung des Amtshilfverfahrens nach Art. 35 der Richtlinie 2006/123/EG beantragen und nur, wenn der Niederlassungsmitgliedstaat keine bzw. unzureichende Maßnahmen ergriffen hat.“

11. Art. 34 wird aufgehoben.

12. Der bisherige Art. 35 wird Art. 34.

§ 3

Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler – Denkmalschutzgesetz – DSchG – (BayRS 2242–1–WFK), zuletzt geändert durch § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 958), wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Ist eine Baugenehmigung oder an ihrer Stelle eine bauaufsichtliche Zustimmung oder abgrabungsaufsichtliche Genehmigung erforderlich, entfällt die Erlaubnis. ²Ist in den Fällen des Art. 18 Abs. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) keine Baugenehmigung oder bauaufsichtliche Zustimmung, jedoch eine durch die Denkmaleigenschaft bedingte Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 Satz 1 BayBO erforderlich, schließt die Erlaubnis nach diesem Gesetz die Zustimmung im Einzelfall nach

Art. 18 Abs. 2 BayBO und die Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 Satz 1 BayBO ein.“

2. In Art. 11 Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „der Bayerischen Bauordnung (BayBO)“ durch das Wort „BayBO“ ersetzt.

3. Art. 17 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Schließt die Erlaubnis gemäß Art. 6 Abs. 3 Satz 2 die Zustimmung im Einzelfall nach Art. 18 Abs. 2 BayBO oder die Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 Satz 1 BayBO ein, werden für die Zustimmung oder die Abweichung Kosten nach dem Kostengesetz erhoben.“

§ 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

215-4-1-I

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Katastrophenschutzgesetz (BayKSG) vom 24. Juli 1996 (GVBl S. 282, BayRS 215-4-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Mai 2008 (GVBl S. 160), wird wie folgt geändert:

1. In die Inhaltsübersicht wird folgender Art. 3b eingefügt:

„Art. 3b Externe Notfallpläne für Abfallentsorgungseinrichtungen“.

2. Es wird folgender Art. 3b eingefügt:

„Art. 3b

Externe Notfallpläne für Abfallentsorgungseinrichtungen

(1) ¹Die Kreisverwaltungsbehörde hat Alarm- und Einsatzpläne (Art. 3 Abs. 1 Nr. 1) als externe Notfallpläne für Abfallentsorgungseinrichtungen der Kategorie A gemäß Anhang III der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl L 102 S. 15) zu erstellen. ²Satz 1 gilt nicht für Abfallentsorgungseinrichtungen, für die gemäß Art. 3a Abs. 1 Satz 1 ein externer Notfallplan zu erstellen ist. ³Art. 3a Abs. 4 und 5 finden entsprechende Anwendung.

(2) ¹Die externen Notfallpläne müssen die im Notfall im Umkreis des jeweiligen Standorts zu ergreifenden Maßnahmen enthalten. ²Mit den externen Notfallplänen werden folgende Ziele verfolgt:

1. die Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen und anderen Vorfällen mit dem Ziel, deren Auswirkungen zu minimieren

und insbesondere Schäden für die menschliche Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen einzuschränken;

2. die Durchführung der Maßnahmen, die für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der natürlichen Lebensgrundlagen vor den Folgen schwerer Unfälle und sonstiger Vorfälle erforderlich sind;
 3. die Unterrichtung der Öffentlichkeit und der relevanten Stellen oder Behörden im gebotenen Umfang;
 4. die Sicherstellung der Sanierung, Wiederherstellung und Säuberung der natürlichen Lebensgrundlagen nach einem schweren Unfall.“
3. Art. 19 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Art. 3b gilt nicht für Abfallentsorgungseinrichtungen, die

1. die Annahme von Abfällen vor dem 1. Mai 2006 eingestellt haben,
2. im Begriff sind, die Stilllegungsverfahren gemäß den anzuwendenden Vorschriften oder nach den von der zuständigen Behörde genehmigten Programmen abzuschließen, und
3. bis zum 31. Dezember 2010 tatsächlich stillgelegt werden.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

2230-2-1-WFK, 2230-2-2-WFK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz und des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung – Bayerisches Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz – BayAGBAföG – (BayRS 2230-2-1-WFK) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
 - b) In Abs. 3 werden nach dem Wort „BAföG“ die Worte „sowie für die Förderung dort nach § 5 Abs. 5 BAföG abgeleiteter Praktika“ eingefügt.
2. Art. 2 wird aufgehoben.
3. Die Worte „Art. 3 (aufgehoben)“ werden gestrichen.
4. Der bisherige Art. 4 wird Art. 2 und wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

„(2) Für die Förderung des Besuchs einer im Gebiet der Schweiz und im Gebiet von Liechtenstein gelegenen Ausbildungsstätte nach § 5 Abs. 2 und § 6 BAföG sowie für die Förderung dort nach § 5 Abs. 5 BAföG abgeleiteter Praktika ist das Amt für Ausbildungsförderung beim Studentenwerk Augsburg zuständig.“
 - b) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3; in Satz 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ und die Worte „Art. 88“ durch die Worte „Art. 94“ ersetzt.
 - c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4; die Worte „Unterricht und Kultus“ werden durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
5. Art. 5 wird aufgehoben.
6. Der bisherige Art. 6 wird Art. 3 und wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 werden die Worte „Unterricht und Kul-

tus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „Art. 4 Abs. 2“ durch die Worte „Art. 2 Abs. 3“ ersetzt.

cc) Satz 3 wird aufgehoben.

7. Der bisherige Art. 7 wird Art. 4; die Worte „Unterricht und Kultus“ werden jeweils durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

8. Die Worte „Art. 8 (aufgehoben)“, „Art. 9 und 10 (Änderungsbestimmungen)“ und „Art. 11 (aufgehoben)“ werden gestrichen.

9. Der bisherige Art. 12 wird Art. 5; Satz 3 wird aufgehoben.

§ 2

Das Gesetz zur Ergänzung des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung – Bayerisches Ausbildungsförderungsgesetz – BayAföG – (BayRS 2230-2-2-WFK), zuletzt geändert durch § 39 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Satznummerierung wird gestrichen.

bbb) In Nr. 1 wird die Zahl „10“ durch die Zahl „9“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) In Abs. 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

c) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ausbildungsförderung wird nicht gewährt, wenn dem Grunde nach zu den Kosten der auswärtigen Unterbringung Ansprüche auf Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach den Art. 25, 26 oder 36 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes bestehen.“

2. Art. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Ausbildungsförderung wird Personen gewährt, die die Förderungsvoraussetzungen des § 8 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) erfüllen, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz in Bayern haben.“

3. Art. 5 erhält folgende Fassung:

„Art. 5

Besondere Vorschriften zum
Bundesausbildungsförderungsgesetz

Folgende Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes finden keine Anwendung:

§§ 1, 2 Abs. 1, 2 bis 4 und 6 Nr. 2, §§ 3, 4, 5 Abs. 2, 4 und 5, §§ 5a, 6 und 7 Abs. 1a, § 9 Abs. 3, § 12 Abs. 1, 3 und 4, §§ 13, 13a, 14, 14a, 15 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, §§ 15a, 15b Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2, §§ 16, 17 Abs. 2 bis 4, §§ 18 bis 18d, 35, 39, 40, 40a, 44, 45 Abs. 2 bis 4, § 45a Abs. 3, § 48 Abs. 1 bis 4, §§ 49, 56, 60 und 66a Abs. 1.“

4. Art. 6 wird aufgehoben.

5. Der bisherige Art. 7 wird Art. 6 und wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
- b) In Satz 2 Nr. 3 werden die Worte „des § 14a und“ gestrichen und wird das Wort „Rechtsverordnungen“ durch das Wort „Rechtsverordnung“ ersetzt.

6. Art. 7a wird aufgehoben.

7. Der bisherige Art. 8 wird Art. 7 und wie folgt geändert:

- a) Die Satznummerierung „¹“ wird gestrichen.
- b) Satz 2 wird aufgehoben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

300-1-1-J

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes – AGGVG – (BayRS 300-1-1-J), zuletzt geändert durch Art. 209 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Siebter Teil eingefügt:

„Siebter Teil

Aufbewahrung von
Schriftgut der Gerichte,
Staatsanwaltschaften und
Justizvollzugsbehörden

Art. 51a Aufbewahrung von Schriftgut

Art. 51b Verordnungsermächtigung, Aufbewahrungsfristen“.

b) Der bisherige Siebte Teil wird Achter Teil.

2. In Art. 1 Satz 2, Art. 4 Satz 1 und Art. 5 Nr. 1 werden jeweils nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

3. In Art. 11a werden die Worte „Grundbuchsachen und in den anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der“ gestrichen.

4. In Art. 12 Abs. 2 Satz 2 und Art. 14 Abs. 1 und 2 Satz 2 werden jeweils nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

5. Art. 15 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

b) In Abs. 2 werden nach dem Wort „Sozialordnung“ die Worte „, Familie und Frauen“ und nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

6. In Art. 19 Abs. 1 Satz 1 und Art. 20 Abs. 1 Satz 1

Nr. 1 werden jeweils nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

7. In Art. 27 Abs. 1 Satz 5 werden die Worte „§ 1017 Abs. 2 und 3 und in § 1022 Abs. 1 der Zivilprozessordnung“ durch die Worte „§ 478 Abs. 2 und 3 und in § 482 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)“ ersetzt.

8. In Art. 28 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „§§ 977, 982, 988, 1002 der Zivilprozessordnung“ durch die Worte „§§ 442, 447, 453, 465 FamFG“ ersetzt.

9. In Art. 34 Satz 1 werden die Worte „§§ 2 bis 34 und 199 Abs. 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ durch die Worte „§§ 2 bis 110 FamFG“ ersetzt.

10. Art. 35 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „§ 32“ durch die Worte „§ 28“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

11. Art. 38 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „§§ 86 bis 99 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ durch die Worte „§§ 363 bis 373 FamFG“ ersetzt.

b) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „§§ 87, 89 bis 95 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ durch die Worte „§§ 363, 365 bis 370 FamFG“ ersetzt.

12. In Art. 40 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

13. In Art. 41 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt und werden die Worte „und Verkehr“ durch die Worte „, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

14. In Art. 48a Satz 1 und Art. 49 Abs. 3 werden jeweils nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.

15. Es wird folgender neuer Siebter Teil eingefügt:

„Siebter Teil

Aufbewahrung von
Schriftgut der Gerichte,
Staatsanwaltschaften und
Justizvollzugsbehörden

Art. 51a

Aufbewahrung von Schriftgut

(1) Schriftgut der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden, das für das Verfahren nicht mehr erforderlich ist, darf nach Beendigung des Verfahrens nur so lange aufbewahrt werden, wie schutzwürdige Interessen der Verfahrensbeteiligten oder sonstiger Personen oder öffentliche Interessen dies erfordern.

(2) Schriftgut im Sinn des Abs. 1 sind, unabhängig von ihrer Speicherungsform, insbesondere Akten, Aktenregister, öffentliche Register, Grundbücher, Namenverzeichnisse, Karteien, Urkunden und Blattsammlungen sowie einzelne Schriftstücke, Bücher, Drucksachen, Kalender, Karten, Pläne, Zeichnungen, Lichtbilder, Bild-, Ton- und Datenträger und sonstige Gegenstände, die Bestandteile oder Anlagen der Akten geworden sind.

(3) ¹Dieses Gesetz gilt für die Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden, soweit nicht Rechtsvorschriften des Bundes oder des Landes inhaltsgleiche oder entgegenstehende Bestimmungen enthalten. ²Die Regelungen über die Anbietungs- und Übergabepflichten nach den Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes bleiben unberührt.

Art. 51b

Verordnungsermächtigung,
Aufbewahrungsfristen

(1) Das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, das Staatsministerium der Finanzen, das Staatsministerium des Innern und das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen werden ermächtigt, durch gemeinsame Rechtsverordnung das Nähere über das aufzubewahrende Schriftgut und die hierbei zu beachtenden Aufbewahrungsfristen für die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden zu bestimmen.

(2) ¹Die Regelungen zur Aufbewahrung des Schriftguts haben dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, insbesondere der Beschränkung der

Aufbewahrungsfristen auf das Erforderliche, Rechnung zu tragen. ²Bei der Bestimmung der Aufbewahrungsfristen sind insbesondere zu berücksichtigen

1. das Interesse der Betroffenen daran, dass die zu ihrer Person erhobenen Daten nicht länger als erforderlich gespeichert werden,
2. ein Interesse der Verfahrensbeteiligten, auch nach Beendigung des Verfahrens Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften aus den Akten erhalten zu können,
3. ein rechtliches Interesse nicht am Verfahren Beteiligter, Auskünfte aus den Akten erhalten zu können,
4. das Interesse von Verfahrensbeteiligten, Gerichten und Staatsanwaltschaften, dass die Akten nach Beendigung des Verfahrens noch für Wiederaufnahmeverfahren, zur Wahrung der Rechtseinheit, zur Fortbildung des Rechts oder für sonstige verfahrenübergreifende Zwecke der Rechtspflege zur Verfügung stehen.

(3) Die Aufbewahrungsfristen beginnen, soweit in der gemäß Abs. 1 erlassenen Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird, mit dem Ablauf des Jahres, in dem nach Beendigung des Verfahrens die Weglegung der Akten angeordnet wurde.“

16. Der bisherige Siebte Teil wird Achter Teil.

17. Dem Art. 55 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) Für Verfahren, auf die nach Art. 111 des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl I S. 2586) die vor Inkrafttreten des FGG-Reformgesetzes geltenden Vorschriften weiter anzuwenden sind, gelten die Vorschriften dieses Gesetzes in der bis zum 1. September 2009 geltenden Fassung fort.“

§ 2

¹Dieses Gesetz tritt am 1. September 2009 in Kraft.
²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 15 betreffend Art. 51a AGGVG am 1. Januar 2010 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

762-6-F, 2025-1-I

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762-6-F), zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender Art. 1a eingefügt:

„Art. 1a

Umwandlung

(1) ¹Die Bank kann nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften an einer Vereinigung, Spaltung (Ausgliederung, Abspaltung), Vermögensübertragung und einem Rechtsformwechsel beteiligt sein. ²Sie kann durch Beschluss der Generalversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde

1. mit anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder sonstigen Rechtsträgern durch Verschmelzungsvertrag im Weg der Übertragung ihres Vermögens auf den anderen Rechtsträger oder der Neugründung unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge verschmolzen werden;
2. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Spaltungs- und Übernahmevertrag ganz oder zum Teil auf andere bestehende oder dadurch gegründete Rechtsträger unter eigener oder unter Beteiligung der Träger der Bank an diesem Rechtsträger übertragen; wird eine unselbständige Anstalt der Bank ausgegliedert oder abgespalten, kann an die Stelle der Übertragung auf einen neu gegründeten übernehmenden Rechtsträger die rechtliche Verselbständigung der unselbständigen Anstalt unter Beteiligung der Bank, der Träger oder mittelbaren Träger der Bank an der verselbständigten Anstalt treten;
3. einen oder mehrere Teile ihres Vermögens, einschließlich der rechtlich unselbständigen Anstalten, unter Eintritt von Gesamtrechtsnachfolge durch Übertragungsvertrag auf andere bestehende Rechtsträger gegen Gewährung einer Gegen-

leistung an die Bank oder die Träger der Bank, die nicht in einer Beteiligung besteht, übertragen;

4. durch Formwechsel in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden; die Generalversammlung stellt die Satzung der Aktiengesellschaft fest; eine notarielle Beurkundung ist nicht erforderlich; die Träger der Bank gelten als Gründer der Aktiengesellschaft und erhalten die Aktien entsprechend ihrem Anteil am Grundkapital der Bank;
5. als übernehmender Rechtsträger an Verschmelzungen, Spaltungen oder Vermögensübertragungen beteiligt sein.

³Maßnahmen nach Satz 2 bedürfen der Einwilligung des Landtags oder des vom Landtag hierzu beauftragten Landtagsausschusses, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist; ist die Einwilligung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald zu unterrichten. ⁴Art. 65 Abs. 7 der Bayerischen Haushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) ¹Bei einer Umwandlung nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 sind bestehende Rechte der Gläubiger der Bank zu wahren. ²Die Gewährträgerhaftung nach Art. 4 und 22 gilt fort. ³Das Nähere über die Umwandlung regelt die Satzung der Bank.

(3) ¹Wird die Bank nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 als übertragender Rechtsträger mit einem anderen Rechtsträger verschmolzen oder überträgt sie nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 oder 3 eine rechtlich unselbständige Anstalt auf einen anderen Rechtsträger, geht die Trägerstellung der Bank an der unselbständigen Anstalt auf den übernehmenden Rechtsträger über. ²Ist der übernehmende Rechtsträger eine juristische Person des Privatrechts, wird dieser mit der Trägerschaft an der unselbständigen Anstalt beliehen. ³Im Fall des Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 wird die Bank mit Wirksamwerden eines Formwechsels mit der Trägerschaft an ihren rechtlich unselbständigen Anstalten beliehen. ⁴Die Anstalten unterliegen der Rechtsaufsicht entsprechend Art. 17 Abs. 1 und 2. ⁵Der beliebige Träger unterliegt hinsichtlich der Beachtung des öffentlichen Auftrags der Anstalten der Fachaufsicht der Aufsichtsbehörde gemäß Art. 17 Abs. 1 Satz 1; sie kann ihm insoweit Weisungen erteilen.

(4) ¹Im Rahmen von Umwandlungsvorgängen nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2 kann die Bank zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte auch rechtlich selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts als übernehmende Rechtsträger errichten oder ihre unselbständigen Anstalten verselbständi-

gen. ²Diese selbständigen Anstalten haben einen Vorstand, dem die Geschäftsführung der Anstalten obliegt, und einen Verwaltungsrat. ³Weitere Einzelheiten über die Aufgaben, Befugnisse, Vertretung und Rechtsverhältnisse dieser Anstalten sowie über die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse ihrer Gremien werden in einem von der Bank zu erlassenden Statut bestimmt, soweit dieses Gesetz keine Regelung trifft. ⁴Art. 17 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. ⁵Geht die Trägerschaft an diesen Anstalten nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 auf eine juristische Person des Privatrechts über, wird diese mit der Trägerschaft an der übernehmenden Anstalt beliehen. ⁶Abs. 3 Satz 5 gilt entsprechend.

(5) Umwandlungen nach Abs. 1 sind Umwandlungen im Sinn des Umwandlungsgesetzes, auf die dessen Vorschriften entsprechend anzuwenden sind, soweit dieses Gesetz, die Satzung der Bank oder ein Staatsvertrag nicht etwas anderes bestimmen.

(6) Bei Umwandlungen nach Abs. 1 ist das besondere Interesse der Träger, im Fall der Beleihung der mittelbaren Träger an der Aufgabenerfüllung der unselbständigen Anstalten zu berücksichtigen.“

3. Art. 2 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Die Bank hat insbesondere die Aufgabe, in Bayern durch ihre Geschäftstätigkeit unter Beachtung der Markt- und Wettbewerbsanfordernisse den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. ²Sie ist eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert.

(2) ¹Die Bank unterstützt durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben. ²Sie ist Sparkassenzentralbank und betreibt ihre Geschäfte insoweit unter Berücksichtigung der Belange der Sparkassen. ³Sie ist auch Kommunalbank und übernimmt für den Freistaat Bayern die Funktion einer Hausbank.“

b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Bank kann zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte insbesondere

1. Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen ausgeben und sonstige Schuldbuchforderungen begründen,
2. Unternehmen oder Beteiligungen daran erwerben oder veräußern,
3. sich an Verbänden beteiligen,
4. Gesellschaften gründen,

5. rechtlich unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts innerhalb der Bank errichten,

6. die Trägerschaft an anderen Anstalten des öffentlichen Rechts ganz oder zum Teil durch Vertrag übernehmen; dies gilt nicht für Sparkassen.“

4. Art. 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:

„⁴Die Anteilsinhaber des beliebigen Trägers sind mittelbare Träger der Bank (mittelbare Träger).“

bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

b) In Abs. 2 Nr. 5 werden die Worte „und die Generalversammlung“ gestrichen.

5. In Art. 4 Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „ihren“ die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden“ eingefügt.

6. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Der Verwaltungsrat besteht vorbehaltlich der Regelung in Abs. 3 aus elf Mitgliedern. ²Er setzt sich zusammen aus

1. dem Staatsminister der Finanzen,
2. dem Staatsminister des Innern,
3. dem Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie,
4. einem weiteren Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen,
5. einem Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse,
6. einem Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände,
7. einem Vertreter der Personalvertretung der Bayerischen Landesbank,
8. vier weiteren externen Mitgliedern, die vom Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bestellt werden.

³Für jedes Verwaltungsratsmitglied können bis zu zwei Stellvertreter bestellt werden. ⁴Die Mitglieder gemäß Nrn. 5 und 6 werden vom Sparkassenverband Bayern, das Mitglied gemäß Nr. 7 wird von der Personalvertretung der Bank bestellt.“

b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Staatsminister der Finanzen.“

c) Abs. 5 Satz 3 wird aufgehoben.

d) Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Mitglieder gemäß Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 verfügen über ein doppeltes Stimmrecht, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.“

e) Es werden folgende Abs. 7 und 8 angefügt:

„(7) Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats muss über Sachverstand in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen.

(8) Das Nähere über Zusammensetzung, Aufgaben, Geschäftsgang und sonstige Rechtsverhältnisse des Verwaltungsrats regelt die Satzung.“

7. Art. 10 erhält folgende Fassung:

„Art. 10

Generalversammlung

(1) ¹Die Träger bzw. im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 die mittelbaren Träger üben ihre Rechte in Bezug auf die Bank in der Generalversammlung aus. ²Die Generalversammlung beschließt insbesondere über die Satzung der Bank.

(2) ¹Die Träger entsenden jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung. ²Im Fall der Beleihung gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 2 entsenden die mittelbaren Träger an Stelle des beleihenden Trägers jeweils bis zu drei Vertreter in die Generalversammlung.

(3) ¹Das Stimmrecht wird entsprechend dem Anteil der Träger am Grundkapital der Bank einheitlich durch jeweils einen Vertreter des jeweiligen Trägers (Stimmführer) ausgeübt. ²Im Fall der Beleihung richtet sich das Stimmrecht der Stimmführer der mittelbaren Träger nach ihrem mittelbaren Kapitalanteil an der Bank.

(4) Das Nähere regelt die Satzung.“

8. Art. 21 Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„²Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden und bis

zu sechs weiteren Mitgliedern, die auf Vorschlag des Staatsministers des Innern berufen werden. ³Den Vorsitz führt der Staatsminister des Innern oder ein von ihm benannter Vertreter.“

9. Art. 22 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die Haftung des Sparkassenverbands Bayern entfällt für zukünftig begründete Verbindlichkeiten, sobald der Sparkassenverband Bayern nicht mehr unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Landesbodenkreditanstalt beteiligt ist.“

b) In Abs. 3 wird das Wort „Kapitalanteilen“ durch die Worte „zum Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit bestehenden unmittelbaren oder mittelbaren Anteilen am Kapital der Landesbodenkreditanstalt“ ersetzt.

§ 2

Art. 24 des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen - Sparkassengesetz - SpkG - (BayRS 2025-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 461), wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 wird aufgehoben.

2. Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Gesetz zur Anpassung von Landesgesetzen an das Bayerische Beamtengesetz

Vom 27. Juli 2009

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

In Art. 29 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498, BayRS 204-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 380), werden die Worte „Art. 70 Abs. 3“ durch die Worte „Art. 6 Abs. 3 Satz 3“ ersetzt.

§ 2

Änderung des Abmarkungsgesetzes

In Art. 13 Abs. 5 des Gesetzes über die Abmarkung der Grundstücke – Abmarkungsgesetz – AbmG – (BayRS 219-2-F), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 405), werden die Worte „Art. 85 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2, 3 und 4“ durch die Worte „§ 48 des Beamtenstatusgesetzes und Art. 78“ ersetzt.

§ 3

Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

In Art. 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl S. 529, BayRS 302-1-J), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987), werden die Worte „der Art. 66, 86a und 90“ durch die Worte „des § 38 des Beamtenstatusgesetzes und der Art. 5, 96 und 105“ ersetzt.

§ 4

Änderung des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes

Art. 104 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Sicherungsverwahrung (Bayerisches Strafvollzugsgesetz – BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866, BayRS 312-2-1-J), geändert durch § 3 des Gesetzes

vom 10. Juni 2008 (GVBl S. 315), erhält folgende Fassung:

„²Abweichende Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts über die Mitteilung solcher Bedenken an einen Vorgesetzten (§ 36 Abs. 2 und 3 des Beamtenstatusgesetzes) sind nicht anzuwenden.“

§ 5

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Die Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. Art. 17 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) Es werden folgende neue Sätze 1 und 2 eingefügt:

„¹Planstellen sind Stellen für planmäßige Beamte. ²Planmäßige Beamte sind Beamte, denen ein Amt gemäß § 8 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 sowie Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG) verliehen ist.“

b) Der bisherige Satz 1 wird Satz 3; die Worte „für Beamte“ werden gestrichen.

c) Der bisherige Satz 2 wird Satz 4.

2. Art. 50 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Art. 56 Abs. 4 Satz 1 BayBG“ durch die Worte „§ 26 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 BeamStG“ ersetzt.

b) In Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „Art. 80b, 80c“ durch die Worte „Art. 89, 90“ ersetzt.

§ 6

Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern

In Art. 23 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern vom 23. Juli 1994 (GVBl S. 603, BayRS 763-15-I) werden die Worte „Art. 120“ durch die Worte „Art. 145“ ersetzt.

§ 7

Änderung des
Gesetzes über die
Rechtsverhältnisse der Mitglieder
der Staatsregierung

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (BayRS 1102-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 489), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 3 Abs. 1 werden die Satznummerierung „1“ und die Worte „2 und 3 (aufgehoben)“ gestrichen.
2. In Art. 10 Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „Art. 96“ durch die Worte „Art. 14“ ersetzt.
3. In Art. 11 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „§§ 31, 31a, 46a in Verbindung mit § 31a“ durch die Worte „§§ 31 und 31a“ ersetzt.
4. Art. 14 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Satznummerierung „1“ wird gestrichen.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
5. In Art. 15 Abs. 5 werden die Worte „Absatzes 3“ durch die Worte „Abs. 4“ ersetzt.
6. In Art. 16 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen.
7. Art. 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Sinn“ die Worte „des Beamtenstatusgesetzes und“ eingefügt.
 - b) Abs. 3 wird aufgehoben.
 - c) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.
8. In Art. 20 Abs. 2 wird die Satznummerierung „1“ gestrichen.
9. In Art. 21 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen.
10. Art. 22 Abs. 6 Satz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Worte „und 4“ werden gestrichen.
 - b) Das Wort „sind“ wird durch das Wort „ist“ ersetzt.

§ 8

Änderung des
Polizeiaufgabengesetzes

In Art. 62 Abs. 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl S. 397, BayRS 2012-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 380), werden die Wor-

te „Art. 65 Abs. 2 und 3 des Bayerischen Beamtenstatusgesetzes ist“ durch die Worte „§ 36 Abs. 2 und 3 des Beamtenstatusgesetzes sind“ ersetzt.

§ 9

Änderung des
Sicherheitswachtgesetzes

Das Gesetz über die Sicherheitswacht in Bayern (Sicherheitswachtgesetz – SWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1997 (GVBl S. 88, BayRS 2012-2-3-I), geändert durch § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 944), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 13 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „die Art. 69 Abs. 2 Satz 2 und Art. 70“ durch die Worte „§ 37 Abs. 4 Sätze 1 und 3, Abs. 5 des Beamtenstatusgesetzes und Art. 6 Abs. 3 Sätze 1, 3 und 4“ ersetzt.
2. In Art. 18 werden die Worte „Art. 85 des Bayerischen Beamtenstatusgesetzes gilt“ durch die Worte „§ 48 des Beamtenstatusgesetzes und Art. 78 des Bayerischen Beamtenstatusgesetzes gelten“ ersetzt.

§ 10

Änderung der
Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 958), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 5a Abs. 2 Satz 4 werden die Worte „§ 128 des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „Art. 51 des Bayerischen Beamtenstatusgesetzes (BayBG)“ ersetzt.
2. In Art. 90 Abs. 4 Satz 3 wird das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und werden die Worte „Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „Art. 51 bis 54 und 69 BayBG, bei länderübergreifendem Vermögensübergang §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

§ 11

Änderung der
Landkreisordnung

In Art. 78 Abs. 4 Satz 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung – LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 826, BayRS 2020-3-1-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 461), wird das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und werden die Worte „Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „Art. 51 bis 54 und 69 des Bayerischen Beamtenstatusgesetzes, bei länderübergreifendem Vermögensübergang §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

§ 12

Änderung der
Bezirksordnung

In Art. 76 Abs. 4 Satz 3 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (Bezirksordnung – BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 850, BayRS 2020–4–2–I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 461), wird das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und werden die Worte „Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „Art. 51 bis 54 und 69 des Bayerischen Beamtengesetzes, bei länderübergreifendem Vermögensübergang §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

§ 13

Änderung des
Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit

In Art. 23 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555, ber. 1995 S. 98, BayRS 2020–6–1–I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. April 2007 (GVBl S. 271), wird das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und werden die Worte „Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „Art. 51 bis 54 und 69 des Bayerischen Beamtengesetzes, bei länderübergreifendem Aufgabenübergang §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

§ 14

Änderung des
Gesetzes über kommunale Wahlbeamte

Das Gesetz über kommunale Wahlbeamte – KWBG – (BayRS 2022–1–I), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 23. Januar 2008 (GVBl S. 36), wird wie folgt geändert:

1. Art. 14 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und werden die Worte „Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG)“ durch die Worte „Art. 51 bis 54 und 69 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „§ 130 Abs. 2 Satz 4 des genannten Gesetzes“ durch die Worte „Art. 69 Abs. 1 Satz 4 BayBG“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „§ 132 Abs. 1 BRRG“ durch die Worte „Art. 54 Abs. 1 BayBG“ und die Worte „§ 128 Abs. 1 BRRG“ durch die Worte „Art. 51 Abs. 1 BayBG“ ersetzt.

2. In Art. 33a werden die Worte „Art. 55 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes –“ durch die Worte „Art. 62“ ersetzt.

3. Art. 43 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „Art. 73 bis 76 und 78“ durch die Worte „Art. 81 bis 84 und 86“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

b) Abs. 3 Satz 3 wird aufgehoben.

4. In Art. 44 werden der Strichpunkt und die Worte „Art. 79a BayBG gilt entsprechend“ gestrichen.

5. In Art. 48 Abs. 2 Nr. 4 werden die Worte „Art. 78 Abs. 1 BayBG“ durch die Worte „§ 41 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG)“ und die Worte „Art. 78 Abs. 3 BayBG“ durch die Worte „§ 41 Satz 2 BeamStG“ ersetzt.

§ 15

Änderung des
Sparkassengesetzes

In Art. 20 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen – Sparkassengesetz – SpkG – (BayRS 2025–1–I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 397), werden die Worte „Art. 73“ durch die Worte „Art. 81“ ersetzt.

§ 16

Änderung des
Gesetzes über die Bildung
von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

In Art. 7 Abs. 6 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 26. Juli 1999 (GVBl S. 309, BayRS 2032–0–F), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetz vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348), werden die Worte „Art. 141“ durch die Worte „Art. 137“ ersetzt.

§ 17

Änderung des
Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032–1–1–F), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 10 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „Art. 130“ durch die Worte „Art. 125“ ersetzt.

2. Art. 30 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Art. 34“ durch die Worte „Art. 48“ ersetzt.

b) In Abs. 2 werden die Worte „Art. 89“ durch die Worte „Art. 76“ ersetzt.

§ 18

Änderung des
Bayerischen Umzugskostengesetzes

In Art. 4 Abs. 1 Nr. 6 des Bayerischen Gesetzes über die Umzugskostenvergütung der Beamten und Richter (Bayerisches Umzugskostengesetz – BayUKG) vom 24. Juni 2005 (GVBl S. 192, BayRS 2032–5–1–F) werden die Worte „Art. 82“ durch die Worte „Art. 74“ ersetzt.

§ 19

Änderung des
Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes

In Art. 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über eine bayerische Sonderzahlung (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz – BaySZG) vom 24. März 2004 (GVBl S. 84, BayRS 2032–6–F), zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), werden die Worte „Art. 27“ durch die Worte „Art. 35“ ersetzt.

§ 20

Änderung des
Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008

Art. 5 des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931, BayRS 2032–8–F), geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 3 werden die Worte „Art. 80 Abs. 5 des Bayerischen Beamtengesetzes in der Fassung des § 2 Nr. 2 Buchst. b dieses Gesetzes“ durch die Worte „Art. 87 Abs. 5 des Bayerischen Beamtengesetzes“ ersetzt.
2. In Abs. 5 werden die Worte „Art. 55 Abs. 1, Art. 135, 136 oder 138“ durch die Worte „Art. 62, 129, 130 oder 132“ ersetzt.

§ 21

Änderung des
Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035–1–F), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Sechster Teil eingefügt:

„Sechster Teil

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte

Art. 80a“.

- b) Die bisherigen Teile Sechs, Sieben, Acht, Neun

und Zehn werden Siebter Teil, Achter Teil, Neunter Teil, Zehnter Teil und Elfter Teil.

2. In Art. 2 Abs. 4 werden die Worte „Art. 104“ durch die Worte „Art. 16“ ersetzt.
3. In Art. 46 Abs. 2 Satz 2 und Art. 50 Abs. 1 Satz 4 werden die Worte „Art. 80“ jeweils durch die Worte „Art. 87“ ersetzt.
4. Art. 75 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden die Worte „Art. 43 Abs. 2 BayBG“ durch die Worte „§ 20 Abs. 1 Nr. 2 der Laufbahnverordnung“ ersetzt und die Worte „Ablehnung der Anstellung,“ gestrichen.
 - b) In Nr. 14 werden die Worte „§ 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes“ durch die Worte „§ 20 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG)“ ersetzt.
5. Es wird folgender neuer Sechster Teil eingefügt:

„Sechster Teil

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte

Art. 80a

(1) ¹Die Hauptpersonalräte bei den obersten Dienstbehörden bilden die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte. ²Die Personalräte der obersten Dienstbehörden, bei denen kein Hauptpersonalrat gebildet wird, gelten insoweit als Hauptpersonalräte. ³Jeder Hauptpersonalrat entsendet ein Mitglied.

(2) ¹Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte ist anzuhören bei Entscheidungen

1. der Staatsregierung, die für Geschäftsbereiche der obersten Dienstbehörden unmittelbar verbindliche Regelungen enthalten,
2. von obersten Dienstbehörden, die den Geschäftsbereich anderer oberster Dienstbehörden betreffen,

wenn diese Maßnahmen nach Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 5, 12, 13, Art. 75a Abs. 1, Art. 76 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 oder Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 zum Gegenstand haben.

²Dies gilt nicht, wenn nach gesetzlichen Vorschriften die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände zu beteiligen sind.

(3) ¹Die nach der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung für die Entscheidung bzw. die Vorbereitung der Entscheidung zuständige oberste Dienstbehörde unterrichtet die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte rechtzeitig und umfassend von der beabsichtigten Maßnahme. ²Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte ist der nach Satz 1 zuständigen obersten Dienstbehörde innerhalb von vier Wochen mitzuteilen. ³Die Befugnisse und Pflichten der Personalvertretungen werden durch diese Regelung nicht berührt.

(4) Die oberste Dienstbehörde, deren Geschäftsbereich der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte angehört, hat die durch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte entstehenden Kosten zu tragen sowie für die Sitzungen und die laufende Geschäftsführung im erforderlichen Umfang Räume, Geschäftsbedarf und Büropersonal zur Verfügung zu stellen.

(5) Art. 8, 10, 11, 29 Abs. 1, Art. 30, 31 Abs. 1, Art. 35, 40, 44 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 3 und Art. 46 Abs. 1 und 2 finden auf die rechtliche Stellung der Mitglieder bzw. die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte entsprechende Anwendung.

(6) Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte gibt sich mit der Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder eine Geschäftsordnung.“

6. Die bisherigen Teile Sechs, Sieben, Acht, Neun und Zehn werden Siebter Teil, Achter Teil, Neunter Teil, Zehnter Teil und Elfter Teil.

7. Art. 85 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Nicht wählbar ist ein Beamter auch, wenn gegen ihn im letzten Jahr vor dem Tag der Wahl wegen eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue (§ 33 Abs. 1 BeamStG), gegen die Gehorsamspflicht (§ 35 Sätze 2 und 3 BeamStG) oder gegen das Streikverbot eine Disziplinarmaßnahme verhängt worden ist, die nur im gerichtlichen Disziplinarverfahren ausgesprochen werden kann. Die Mitgliedschaft im Personalrat erlischt außer in den Fällen des Art. 29, wenn gegen den Beamten eine in Satz 1 bezeichnete Disziplinarmaßnahme verhängt wird.“

b) In Nr. 3 werden die Worte „und Anstellung“ gestrichen.

§ 22

Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes

In Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheits- und Veterinärdienst, die Ernährung und den Verbraucherschutz sowie die Lebensmittelüberwachung (Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz – GDVG) vom 24. Juli 2003 (GVBl S. 452, BayRS 2120–1–UG), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. April 2009 (GVBl S. 46), werden die Worte „Art. 56 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Beamtengesetz (BayBG)“ durch die Worte „§ 26 Abs. 1 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG), Art. 65 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ sowie die Worte „Art. 56a BayBG“ durch die Worte „§ 27 Abs. 1 BeamStG“ ersetzt.

§ 23

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 7 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 und 2, Art. 18 Abs. 3

Satz 2 und Art. 41 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230–7–1–UK), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), werden die Worte „Art. 86b“ jeweils durch die Worte „Art. 97“ ersetzt.

§ 24

Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238–1–UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 536), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 19a Satz 2 Halbsatz 2 werden die Worte „Art. 26 Abs. 1 Nr. 1 BayBG“ durch die Worte „Art. 34 Abs. 1 Nr. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ ersetzt.

2. In Art. 22 Abs. 6 werden die Worte „Art. 9 und 31“ durch die Worte „Art. 22 und 39“ ersetzt.

3. Art. 28 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „Art. 19“ durch die Worte „Art. 26“ ersetzt.

b) In Abs. 2 werden die Worte „Art. 115“ durch die Worte „Art. 41“ ersetzt.

§ 25

Änderung des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts

Art. 8a des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts (BayRS 7831–1–UG), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 3 des Gesetzes vom 2. April 2009 (GVBl S. 46), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Art. 4 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes“ durch die Worte „Art. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ ersetzt.

2. In Abs. 3 werden die Worte „Art. 120 des Bayerischen Beamtengesetzes“ durch die Worte „Art. 145 BayBG“ ersetzt.

§ 26

Änderung des Staatsforstengesetzes

Das Gesetz zur Errichtung des Unternehmens „Bayerische Staatsforsten“ (Staatsforstengesetz – StFoG) vom 9. Mai 2005 (GVBl S. 138, BayRS 7902–0–L) wird wie folgt geändert:

1. Art. 19 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Nr. 2 wird aufgehoben.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 3 Satz 1 werden die Worte „Art. 3 Abs. 3 BayBG“ durch die Worte „§ 2 Nr. 2 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

bb) In Nr. 6 werden die Worte „Art. 144b“ durch die Worte „Art. 139“ ersetzt und die Worte „Nr. 2 und“ gestrichen.

2. In Art. 20 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Art. 120“ durch die Worte „Art. 145“ ersetzt.

§ 27

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 2009 in Kraft.

München, den 27. Juli 2009

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B

Einbanddecken

des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes
für die Jahrgänge **1998 bis 2008**
sind per **Telefax (0 89 / 42 84 88)**
zu beziehen bei

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag,
Karl-Schmid-Straße 13,
81829 München

Einbanddecke 2008 zum Preis von je € 9,35
zuzüglich Vertriebskosten und gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Achtung:

Einbanddecken für die Jahre 2007 bis 2009 sind nur im Abonnement erhältlich!

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01 / 02, Telefax 0 89 / 42 84 88.

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer) jährlich 40,00 € zzgl. Vertriebskosten; für Einzelnummern bis 8 Seiten 2,42 €, für weitere 4 angefangene Seiten 0,30 €, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten 0,30 € zzgl. Vertriebskosten und gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Bankverbindung: Bayer. Landesbank München, Kto.Nr. 110 24 592, BLZ 700 500 00.

ISSN 0005-7134